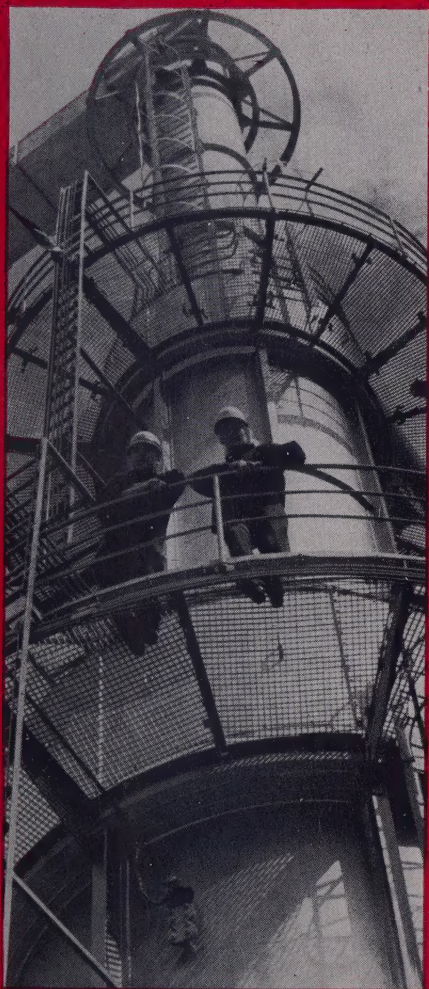
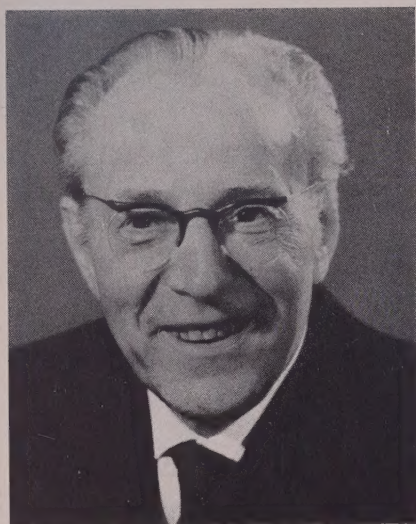


9 Deutsche Architektur



Otto Grotewohl



Am 21. September 1964 verschied unser verehrter Vorsitzender des Ministerrates Otto Grotewohl. Mit ihm verlieren wir einen hervorragenden Staatsmann, dessen unermüdliches Wirken für die Sicherung des Friedens, für den Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik und für die Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten unvergessen bleibt. Sein Vermächtnis wird uns Verpflichtung sein.

9 Deutsche Architektur

XIII. Jahrgang
Berlin
September 1964

- | | | |
|-------|--|--------------------------------------|
| ■ 516 | 15 Jahre Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik | |
| 516 | Auf festen Fundamenten | red. |
| 517 | Bauten der Industrie | |
| 517 | ▪ Erdölverarbeitungswerk Schwedt (Oder) | Ambros G. Gross |
| 520 | ▪ Dresden – Heizkraftwerk an der Nossener Brücke | VEB Industrieprojektierung Dresden I |
| 521 | ▪ Dresden – Druckerei „Sächsische Zeitung“ | VEB Hochbauprojektierung Dresden |
| 522 | ▪ Dresden – Lagergebäude des Versorgungskontors für Maschinenbauerzeugnisse | Lothar Schendel |
| 524 | ▪ Überseehafen Rostock | VEB Industrieprojektierung Stralsund |
| 525 | ▪ Wilhelm-Pieck-Stadt-Guben – VEB Chemiefaserkombinat | VEB Industrieprojektierung Jena |
| 526 | ▪ Torgau – Flachglaskombinat | VEB Industrieprojektierung Dresden I |
| 528 | Städte und Wohngebiete | |
| 528 | ▪ Gera – Aufbau des Stadtzentrums | VEB Hochbauprojektierung Gera |
| 530 | ▪ Schwerin – Wohnungsbau in der Weststadt | VEB Hochbauprojektierung Schwerin |
| 531 | ▪ Halle – Punkthäuser an der Leninallee | VEB Hochbauprojektierung Halle |
| 532 | ▪ Dessau – Stadtzentrum und Muldeufer | Stadtbauamt Dessau |
| 534 | ▪ Leipzig – Bereich Altmarkt – Karl-Marx-Platz | VEB Hochbauprojektierung I Leipzig |
| 536 | ▪ Stahlbetontürme für Funkzwecke | |
| 536 | Richtfunkturm Kulpenberg | red. |
| 537 | Richtfunkturm Schwerin-Zippendorf | red. |
| 538 | ▪ Schwedt (Oder) – Wohnkomplex II | Erich Rank |
| 539 | Bauten der DDR im Ausland | |
| 539 | ▪ Volksrepublik Vietnam – Glaswerk Hai-Phong | Erich Sobe |
| 540 | ▪ Ghana – Regierungsdruckerei in Tema | Kurt Fiedler |
| 544 | ▪ Sansibar – Wohnungsbau | Günther Hirschfelder |
| 546 | ▪ Ungarische Volksrepublik – Zementwerk „Donau-Zement“ | Günther Stiepel |
| ■ 548 | Projektiertung und wissenschaftlich-technischer Höchststand | |
| 548 | Kommuniqué der 12. Plenartagung der Deutschen Bauakademie | red. |
| 549 | Die Aufgaben der Projektiertung zur Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes – Aus dem Referat zur 12. Plenartagung der Deutschen Bauakademie | Gerhard Kosel |
| ■ 552 | Wettbewerb Chemiearbeiterstadt Halle-West | |
| 552 | Bemerkungen zum Wettbewerb | Richard Paulick |
| 556 | Aus der Direktive für die städtebauliche Gestaltung und den Aufbau der Chemiearbeiterstadt Halle-West | red. |
| 556 | ▪ Die Mitglieder der Jury | red. |
| 557 | Die sechs prämierten Entwürfe des Wettbewerbes Halle-West | |
| 557 | ▪ 2. Prämie | |
| 560 | ▪ 3. Prämie | |
| 561 | ▪ 4. Prämie | |
| 562 | ▪ Eine Anerkennung | |
| 562 | ▪ Eine Anerkennung | |
| 563 | ▪ Eine Anerkennung | |
| 564 | Drei nicht prämierte Entwürfe | |
| ■ 565 | UIA-Kommission „Städtebau“ tagte in Berlin | Edmund Colleln |
| ■ 566 | Zur städtebaulichen Planung und Projektiertung | |
| 566 | Erfahrungen und Ergebnisse der Stadtplanung | Wolfgang Weigel, Hubert Scholz |
| 568 | Einige Ergebnisse der Stadtplanung in Magdeburg | Horst Heinemann |
| ■ 570 | Entwicklungstendenzen im Wohnungsbau der DDR | Richard Wagner |

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Redaktion: Gerhard Krenz, Chefredakteur
Walter Stiebitz, Eckhard Feige, Redakteure
Fritz Bachinger, Typohersteller

Redaktionsbeirat: Helmut Achenbach, Ekkehard Böttcher, Edmund Colleln, Hans Gericke, Hermann Henselmann, Walter Howard, Eberhard Just, Hermann Kant, Gerhard Krenz, Gerhard Kröber, Joachim Näther, Günter Peters, Christian Schädlich, Hans Schmidt, Kurt Tauscher, Lothar Trautmann, Helmut Trautzettel

Mitarbeiter im Ausland: Janos Böhönyey (Budapest), Vladimir Cervenka (Prag)
D. G. Chodscharjewa (Moskau), Jan Tetzlaff (Warschau)

15 Jahre Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik
 Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 9, S. 516 bis 547, 94 Abb., 9 Grundrisse, 5 Lagepläne
 Am 7. Oktober 1964 jährte sich zum 15. Male der Tag, an dem die Deutsche Demokratische Republik gegründet wurde. Nach der Periode des Wiederaufbaus der kriegszerstörten Betriebe wurde sehr schnell mit der Erweiterung und Rekonstruktion bestehender Betriebe und dem Bau neuer Betriebe begonnen. Völlig neue Industriezweige entstanden und mit den Bauten für die Industrie neue Wohngebiete und gesellschaftliche Einrichtungen. Die Stadtzentren der im Kriege zerstörten Städte sind wieder aufgebaut oder im Aufbau begriffen. Auch auf dem Lande fanden die gesellschaftlichen Umwälzungen im Bauwesen ihren Ausdruck.
 Den Anforderungen an das Bauwesen, die in den fünfzehn Jahren ständig größer geworden sind und künftig noch weiter wachsen werden, konnte nur durch den Übergang von den traditionellen handwerklichen Methoden zum industriellen Bauen entsprochen werden. Heute steht das Bauwesen in der DDR, was die Anwendung von Montagebauweisen betrifft, mit an der Spitze in der Welt.
 Im einzelnen wird eine Auswahl des in den letzten Jahren in der DDR Gebauten vorgestellt.

Kosel, Gerhard
 Die Aufgaben der Projektierung zur Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes - Aus dem Referat zur 12. Plenartagung der Deutschen Bauakademie
 Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 9, S. 549 bis 551
 Das Bauwesen in der Deutschen Demokratischen Republik wird bis zum Jahre 1970 gegenüber 1964 um mehr als 50 Prozent und im Bereich der chemischen Industrie sogar um 70 Prozent ansteigen. Daher müssen die Leistungen der Projektierung beträchtlich gesteigert werden. Dabei spielen die Einführung neuer Projektierungsmethoden, die Durchsetzung der optimalen Projektierung, die Anwendung der modernen Rechentechnik sowie eine starke Konzentration insbesondere der technologischen Projektierung eine entscheidende Rolle.
 Im Investitionsbauwesen kommt es darauf an, in zweckmäßigster Zusammenfassung ganze Industriekomplexe mit gemeinsamen Hilfsproduktionen, Verkehrs- und Versorgungsanlagen zu projektieren und dabei die mit den neuen Industriegebieten zusammenhängend zu errichtenden Wohnkomplexe einzubeziehen.

Wettbewerb Chemiearbeiterstadt Halle-West
 Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 9, S. 552 bis 564, 10 Abb., 10 Lagepläne
 Seit dem ersten Weltkrieg hat sich ein großer Teil der chemischen Industrie im Gebiet von Halle konzentriert. Infolge der neuen ökonomischen Entwicklung in der DDR wurden in den chemischen Werken umfangreiche Rekonstruktionen und Erweiterungen zur Aufnahme neuer Produktionen notwendig. Daneben entstanden und entstehen neue chemische Betriebe. Die Mehrzahl der Arbeiter und Angestellten dieser Werke wohnt in Landgemeinden und hat täglich große Entfernungen von zur Arbeitsstelle zurückzulegen. Der beste Weg, um diese noch aus der kapitalistischen Zeit herrührende Situation der Werktätigen zu lösen, ist der Bau einer neuen Stadt, deren Standort westlich der Saale nahe der Bezirkshauptstadt Halle festgelegt wurde.
 Die städtebauliche Aufgabe beim Aufbau von Halle-West besteht in der entscheidenden Verbesserung der Arbeits-, Wohn- und Lebensbedingungen der Werktätigen und insbesondere darin, die Formen des gesellschaftlichen Lebens in Halle-West fortschreitend zu verändern.
 Der Wettbewerb brachte eine ganze Reihe von Anregungen für den Aufbau der neuen Stadt. Vorgestellt werden im einzelnen die sechs prämierten sowie drei nicht prämierte Entwürfe.

■ Zur Generellen Stadtplanung
 Weigel, Wolfgang; Scholz, Herbert
 Erfahrungen und Ergebnisse der Generellen Stadtplanung
 Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 9, S. 566 bis 567
 Nachdem in einer Reihe von Städten der Deutschen Demokratischen Republik die ersten Arbeitsergebnisse der Generellen Stadtplanung vorliegen, wird eine Einschätzung dieser ersten Planungsstufe vorgenommen. Die Autoren ziehen die Schlussfolgerung, daß es zweckmäßig sei, die Generelle Stadtplanung in Anlehnung an die Phasen des Volkswirtschaftsplanes in drei Etappen durchzuführen.

Heinemann, Horst
 Einige Ergebnisse der Generellen Stadtplanung in Magdeburg
 Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 9, S. 568 bis 569, 2 Lagepläne
 Mit dem Ergebnis der bisherigen Arbeiten an der Generellen Stadtplanung (Angebotsplanung) wurde den staatlichen Organen ein wichtiges Instrument für eine perspektivische Planung in die Hand gegeben. Besonderen Nutzen brachten die Ergebnisse der Stadtplanung der Vorbereitung von Bauvorhaben wichtiger Industriebetriebe in der Stadt.

Wagner, Richard
 Entwicklungstendenzen im Wohnungsbau der DDR
 Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 9, Seite 570 bis 575, 12 Tab., 1 Graphik, 12 Grundrisse
 Die Entwicklung des Wohnungsbaus wird vornehmlich von den ökonomischen Möglichkeiten, dem Wohnungsbedarf und dem wissenschaftlich-technischen Höchststand bestimmt. In der Deutschen Demokratischen Republik wurden bisher 10 bis 15 Prozent des gesellschaftlichen Akkumulationsfonds für den Wohnungsbau verwandt; dieser Anteil wird auch in den nächsten Jahren beibehalten werden. Entsprechend den verschiedenen Etappen der ökonomischen Entwicklung in der DDR haben die Wohnungsbautätigkeit, die Ausführung und Ausstattung der Wohnungen sowie die Art und Weise ihrer Herstellung sichtbare Veränderungen durchgemacht. Aus diesen Veränderungen und aus ihren Ursachen werden die Tendenzen sichtbar gemacht, die für die künftige Bautätigkeit lehrreich sind.

15 лет строительства в Германской Демократической Республике
 Журнал «Дейче Архитектур», Берлин 13 (1964 г.) 9, стр. 516 до 547, 94 рис., 9 схемы, 5 планы
 7-го октября 1964 года исполняется 15-летие основания Германской Демократической Республики. После периода восстановительных работ в области разрушенных во время войны предприятий, быстро перешли к расширению и реконструкции неповрежденных фабрик и заводов, а также к сооружению новых предприятий. Были рождены совершенно новые отрасли промышленности, а параллельно с созданием новых промышленных зданий были рождены также новые жилые комплексы и общественные сооружения. Центры разрушенных во время войны городов были опять восстановлены или восстанавливаются. В сельских местностях общественный переворот в строительном деле не остался безрезультатным.
 Проявляемые к строительному делу требования, которые в течение пятнадцати лет постоянно росли и в будущем еще больше увеличатся, были полностью удовлетворены, благодаря переходу от традиционных ручных методов работы к методу промышленного строительства. В настоящее время строительное дело в ГДР, что касается монтажных методов строительства, является ведущим во всем мире.
 В отдельности представляется обзор всех созданных за последние годы в ГДР строений и сооружений.

Козель, Герхард
 Задачи проектировки для достижения научно-технического высшего уровня - Выдержки из реферата к пленарному заседанию Немецкой академии архитектуры
 Журнал «Дейче Архитектур», Берлин 13 (1964 г.) 9, стр. 549 до 551
 Объем строительства в Германской Демократической Республике увеличился до 1970 года, по сравнению с 1964 годом, более чем на 50 %, а области химической промышленности - даже на 70 %. На основании этого, производительность проектирования должна узнать значительное повышение. При этом значительную роль играют введение новых проектировочных методов, проведение оптимальной проектировки, применение современной техники расчета и усиленная концентрация особенно технологической проектировки.
 В области инвестиционного строительства необходимо обратить особое внимание на целесообразное сплочение целых промышленных комплексов при проектировании совместно с вспомогательной производительностью, а также транспортных сооружений и установок снабжения, включая при этом сооружаемые жилые комплексы, связанные с новыми промышленными областями.

Конкурс на создание города для химических работников Галле-Вест
 Журнал «Дейче Архитектур», Берлин 13 (1964 г.) 9, стр. 552 до 564, 10 рис., 10 планов
 Со времен первой мировой войны большинство химической промышленности сконцентрировалось в районе города Галле. В связи с новым экономическим развитием в ГДР стало необходимым осуществление больших реконструкций и расширений в химических заводах и фабриках с целью выпуска новой продукции. Помимо этого создавались и создаются все еще новые химические предприятия. Большинство рабочих и служащих этих предприятий живет в сельских областях и должны преодолевать большие расстояния от места жительства к рабочему месту и наоборот. Лучший путь к преодолению этой ситуации трудящихся, создавшейся и сохраняющейся из времен капитализма, это сооружение нового города, местонахождение которого находится на запад реки Заале близ районного города Галле.
 Градостроительная задача при восстановлении города Галле-Вест заключается в решительном улучшении условий труда, а также жилищных и бытовых условий трудящихся, а в особенности в прогрессивном улучшении форм общественной жизни в городе Галле-Вест.
 Конкурс принес с собой целый ряд положительных примеров и предложений в отношении восстановительного строительства нового города. В данной статье представляются в отдельности шесть премированных и три непремиированных предложений-эскизов.

■ О генеральном градопланировании
 Вейгель, Вольфганг; Шольц, Герберт
 Опыт и результаты генерального градопланирования
 Журнал «Дейче Архитектур», Берлин 13 (1964 г.) 9, стр. 566 до 567
 После того, как в целом ряде городов Германской Демократической Республики уже имеются результаты работ генерального градопланирования, предпринимается оценка этой первой ступени планирования. Авторы делают выводы такого рода, что целесообразно проводить генеральное градопланирование в последовательности за фазами плана народного хозяйства, подразделяя его на три этапа.

Хейнеман, Хорст
 Некоторые результаты генерального градопланирования в городе Магдебурге
 Журнал «Дейче Архитектур», Берлин 13 (1964 г.) 9, стр. 568 до 569, 2 плана
 В лице результатов проведенных до сих пор работ в области генерального градопланирования (предлагаемые планы) государственным органам был дан в руки важный инструмент для перспективного планирования. Особенно большую пользу принесли результаты градопланирования по подготовке строительства важных производственных предприятий в городе.

Ватнер, Рихард
 Тенденции развития жилищного строительства в ГДР
 Журнал «Дейче Архитектур», Берлин 13 (1964 г.) 9, стр. 570 до 575, 12 таблиц, 1 график, 12 схем
 Решающим для жилищного строительства в основном являются экономические возможности, потребность в жилищной площади и научно-технический высший уровень. В Германской Демократической Республике до сих пор использовалось 10-15 % общественного аккумуляционного (накопительного) фонда для жилищного строительства. В будущем эти цифры останутся неизменными. Соответственно различным этапам экономического развития в ГДР, работы по жилищному строительству, выполнение и оборудование квартир, а также род и вид их изготовления узнали заметные изменения. На основании этих изменений и исходя из их причин, делаются заметными тенденции, которые весьма поучительны для целей будущего строительного дела.

15 years reconstruction in the German Democratic Republic

Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 9, p. 516-547, 94 pictures, 9 plans, 5 layouts

The 15th anniversary of the foundation of the German Democratic Republic will be celebrated on October 7th, 1964. The restoration and extension of factories that had existed already before as well as the construction of new enterprises was started as soon as the war-damaged plants were repaired. Brand-new industrial branches came into being, and the construction of industrial buildings was accompanied by the development of new housing areas and public facilities. The reconstruction of war-damaged centres has been completed or is in full swing. The social changes have been reflected also by the building activities on the countryside.

The transition from the traditional trades-manlike methods to industrialized manufacturing was the only way to meet the requirements of building which, after having steadily grown during the past 15 years, will continue to grow. Building in the GDR now takes a top place in the world as far as the application of assembly methods is concerned.

The variety of buildings which have been completed in the GDR, during the last years, is presented in detail.

Kosel, Gerhard

Objectives of the design sector to attain the techno-scientific maximum level - from the report delivered to the 12th Plenary Meeting of the German Academy of Building

Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 9, p. 549-551

The construction volume of the German Democratic Republic will, compared to 1964, be increased by more than 50 %, by 1970, while the building activity within the chemical industry will be raised even by 70 %. That is why the results of the design sector should be improved considerably. Decisive factors on this line are the introduction of new design methods, the implementation of optimum design, the application of modern computation techniques, as well as an intensive concentration of technological design work.

An important task in the sphere of investment building involves a purposeful concentration of entire industrial complexes by means of common auxiliary productions, the design of traffic and supply facilities, and the incorporation of the housing estates which are required for the new industries.

Competition Halle-West chemical workers' town

Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 9, p. 552-564, 10 pictures, 10 layouts

A high percentage of the former industries has been shifted to the region of Halle, after the first world war. Extensive reconstruction schemes and enlargements for the introduction of new production branches have become necessary in the chemical works, due to the new economic development that took place in the GDR, and, furthermore, new chemical enterprises were and are still developed. The majority of workers and other staff employed in these works still lives in villages, so that they have to cover large distances, every day. The best way to solve this problem of the workers which is a remnant of the capitalist period is the construction of a new town, with its location being determined West from the Saale River, near Halle, the capital of the region.

The decisive improvement of the working, dwelling, and general living conditions which must also be reflected by new forms of social life in Halle-West is considered the most important town planning objective of the Halle-West construction scheme.

A number of ideas for the construction of the new town was received through a competition. Six awarded designs and three non-awarded ones are presented.

■ Town planning in general

Weigel, Wolfgang; Scholz, Horst

Experiences and results obtained from the general town planning

Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 9, p. 566-567

An estimation of general town planning has been made on the basis of the first results which were received in regard to this first stage of planning, from a number of cities of the German Democratic Republic. The authors have arrived at the conclusion that it was useful to carry out the general town planning in three stages, on the basis of the phases of the National Economic Plan.

Heinemann, Horst

Some results of general town planning in Magdeburg

Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 9, p. 568-569, 2 layouts

The results of the so far accomplished general town planning activities (tender planning) were important instruments for a long-term planning to be set up by the public authorities. Particular advantage was taken from the results of town planning in regard to job preparations for important municipal industries.

Wagner, Richard

Tendencies of the development in house-building in the G.D.R.

Deutsche Architektur, Berlin 13 (1964) 9, p. 570-575, 12 schedules, 1 graph., 12 planes

The development of residential construction is determined mainly by the economic possibilities, housing demand, and techno-scientific maximum levels. Some 10 to 15 % of the social accumulation fund have by now been used for residential construction in the German Democratic Republic. This proportion will be kept also for the coming years. The various activities in the sector of residential construction, the execution and equipment of the flats, as well as the methods of building production have undergone obvious changes, according to the different stages of the GDR's economic development. The trends which might be of interest in regard to future building activities are made visible on the basis of these changes and their causes.

516 15 ans de construction dans la République Démocratique Allemande

Architecture Allemande, Berlin 13 (1964) 9, pages 516 à 547, 94 fotos, 9 tracés, 5 plans de situation

Le 7 octobre 1964 il y avait 15 ans que la République Démocratique Allemande fut fondée. Après la période de la reconstruction des usines démolies par la guerre on a commencé très vite avec l'extension et la reconstruction d'usines existantes et avec la construction de nouvelles fabriques. Des branches d'industries complètement nouvelles furent créées et avec les constructions pour l'industrie des nouveaux quartiers d'habitations et des installations sociales. Les centres des villes démolies par la guerre sont construits de nouveau ou en train de reconstruction. Egalement à la campagne les bouleversements sociaux dans les travaux de construction trouvaient leur expression.

Les exigences vis-à-vis des travaux de construction, qui dans les quinze ans passés augmentaient toujours et qui à venir augmenteront encore, pouvaient être remplies uniquement par la transition de méthodes traditionnelles à la construction industrielle. En ce qui concerne les modes de construction par montages, c'est la RDA qui se trouve aujourd'hui parmi les premiers du monde.

En détail une collection des constructions réalisées pendant les derniers ans dans la RDA est présentée.

549 Kosel, Gerhard

Les buts des projets pour obtenir le niveau maximum scientifique-technique - Extrait du rapport à l'occasion de la 12^e séance plénière de l'académie d'architecture allemande

Architecture Allemande, Berlin 13 (1964) 9, pages 549 à 551

Le volume de construction dans la République Démocratique Allemande augmentera jusqu'à 1970 - en comparaison avec 1964 - plus de 50 % et sur le secteur de l'industrie chimique même de 70 %. C'est pourquoi les rendements des études doivent être augmentés considérablement. Il va sans dire qu'en même temps l'introduction de nouvelles méthodes pour les études, la réalisation d'un optimum d'études, l'application de la nouvelle technique des calculs ainsi qu'une forte concentration tout spécialement des études technologiques jouent un rôle décisif.

Pour les travaux de construction d'investissements il est d'importance d'étudier dans la concentration la plus utile des complexes industriels entiers avec des productions auxiliaires communes, installations de circulation et d'approvisionnement et de comprendre dans les études en même temps les complexes d'habitation à monter dans les nouveaux secteurs industriels.

552 Concours « ville des ouvriers de l'industrie chimique » à Halle-West

Architecture Allemande, Berlin 13 (1964) 9, pages 552 à 564

10 fotos, 10 plans de situation

Depuis la première guerre mondiale une grande partie de l'industrie chimique s'est concentrée dans la région de Halle. En considération du nouveau développement économique dans la RDA des reconstructions volumineuses et des agrandissements dans l'intérêt de la mise en marche de nouvelles productions dans les usines chimiques étaient indispensables. En outre des nouvelles usines chimiques se construisaient ou sont encore en construction. La plupart des ouvriers et employés de ces usines demeure la campagne et est tenue de parcourir - aller et retour - par jour des grandes distances pour arriver à la place de travail. La meilleure route pour modifier cette situation des ouvriers provenant encore du temps capitaliste, est la construction d'une nouvelle ville qui sera montée à l'ouest de Halle, grande ville du district du même nom.

Le but du point de vue architecturale dans la construction de Halle-West consiste dans l'amélioration décisive des conditions de travail, de logement et des conditions vitales des ouvriers et tout spécialement dans la modification progressive des formes de la vie sociale à Halle-West.

Le résultat du concours était un bon nombre de propositions pour la construction de la nouvelle ville. Présentés sont en détail les six projets auxquels étaient accordées des primes, ainsi que trois desseins restés sans primes.

566 ■ Au sujet de la planification de ville générale

par Weigel, Wolfgang; Scholz, Herbert

566 Expériences et résultats de la planification de ville générale

Architecture Allemande, Berlin 13 (1964) 9, pages 566 à 567

En considération du fait que dans un certain nombre de villes de la République Démocratique Allemande existent déjà les premiers résultats de travail de la planification de ville générale, une première estimation de ce premier degré de planification est faite. Les auteurs concluent qu'il soit nécessaire de réaliser la planification de ville générale en trois étapes en s'appuyant aux phases du plan de l'économie politique.

568 Heinemann, Horst

Quelques résultats de la planification de ville générale à Magdeburg

Architecture Allemande, Berlin 13 (1964) 9, pages 568 à 569, 2 plans de situation

Par le résultat des travaux réalisés jusqu'à présent dans l'intérêt de la planification de ville générale (planification d'offres) est confié aux organes de l'état un instrument assez important pour une planification perspective. Tout spécialement utiles étaient les résultats de la planification de ville pour la préparation de projets de construction d'usines industrielles importantes dans la ville même.

570 Wagner, Richard

Tendances de développement dans la construction de logements de la RDA

Architecture Allemande, Berlin 13 (1964) 9, pages 570 à 575, 12 tableaux, 1 graphique, 12 tracés

Le développement de la construction de logements particulièrement est déterminé par les possibilités économiques, le besoin de logements et le niveau maximum scientifique-technique. Dans la République Démocratique Allemande jusqu'à présent furent employés 10-15 % du fonds d'accumulation social pour la construction de logements; cette quote-part sera maintenue également pour les prochaines années. Correspondant aux différentes étapes du développement économique dans la RDA l'activité de construction, l'exécution et l'équipement des logements mêmes ainsi que classe et forme de la construction ont passé des changements évidents. Par ces modifications et leurs causes sont reconnues les tendances qui sont instructives pour l'activité de construction future.

15 Jahre Aufbau in der Deutschen Demokratischen Republik

Auf festen Fundamenten

Eineinhalb Jahrzehnte besteht unser Arbeiter-und-Bauern-Staat. Schon fünfzehn Jahre, wenn man daran denkt, daß gewisse Leute die Existenz dieses ersten Friedensstaates in Deutschland bis heute noch nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Erst fünfzehn Jahre, wenn wir das in dieser Zeit Geleistete resümieren. Wer diese Jahre bewußt miterlebt hat, wird sich erinnern, wie wir mit aus Trümmern geborgenen Ziegeln und verrosteten Trägern begannen, unsere Betriebe und Wohnstätten wiederaufzubauen.

Mit bloßen Händen, aber mit dem festen Willen, ein neues Deutschland zu schaffen, hatten wir angefangen. Heute, nach fünfzehn Jahren, ist dieser Staat ein wichtiger politischer und ökonomischer Faktor in der Welt geworden. Die DDR gehört heute mit ihrem relativ kleinen Territorium zu den bedeutendsten Industrieländern Europas. Viele Erzeugnisse mit Weltniveau repräsentieren unsere volkseigene Industrie auf allen Kontinenten der Erde. Ganze Industriezweige, die es früher auf unserem Territorium nicht gab, wie die Metallurgie, den Schiffsbau und die Petrochemie, wurden neu aufgebaut. Das Bauwesen der DDR hat an diesen Erfolgen einen bedeutenden Anteil. Davon zeugen solche Großbauten wie das Eisenhüttenkombinat Ost, das Kombinat „Schwarze Pumpe“, der Überseehafen in Rostock, zahlreiche Großkraftwerke und die neuen Bauvorhaben in Schwedt, Leuna und Guben. Neue Städte wie Eisenhüttenstadt und Hoyerswerda wuchsen in wenigen Jahren aus der Erde. Die zerstörten Zentren von Berlin, Dresden, Leipzig, Magdeburg und vielen anderen Städten werden nach sozialistischen Prinzipien großzügig und modern wiederaufgebaut. In über 900 000 neuen Wohnungen fanden Millionen unserer Bürger in Stadt und Land ein neues Heim. Dank der weitsichtigen Baupolitik und der sozialistischen Grundlage unseres Staates konnte der Aufbau unserer Städte und Dörfer planmäßig entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung vorgenommen werden. Die ganze Bevölkerung nahm als neuer Bauherr in demokratischer Weise am Aufbau Anteil und befruchtete Architekten und Städtebauer zu schöpferischem Schaffen. Besonders die architektonischen und städtebaulichen Leistungen der letzten Jahre finden auch in der internationalen Fachwelt nicht nur aufmerksames Interesse, sondern auch immer stärkere Anerkennung. Baufachleute aus den nordischen Ländern, die anlässlich der Ostseewoche in der DDR weilten, äußerten sich anerkennend über unseren Wohnungsbau, der heute, was die Anwendung von Montagebauweisen betrifft, an der Weltspitze steht. Auch namhafte Mitglieder der UIA-Städtebaukommission, die kürzlich in der Hauptstadt der DDR tagten und für ihren kritischen Blick bekannt sind, sparten nicht mit anerkennenden Worten für den Aufbau unserer Städte.

Was uns selbst in der täglichen Arbeit und im Ringen mit Schwierigkeiten nicht immer so bewußt wird, ist heute offensichtlich: Wir haben in der DDR mit eigener Hände Arbeit und mit der Unterstützung unserer Freunde etwas geschaffen, auf das wir stolz sein können. Der Aufbau des Sozialismus, der unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei alle Bürger unseres Staates zu schöpferischen Leistungen vereint und uns mit dem gesamten sozialistischen Weltsystem verbindet, trägt reiche Früchte. Unser Stolz darauf ist keine Selbstzufriedenheit.

Wir haben in den vergangenen Jahren ein festes Fundament geschaffen. Jetzt wollen wir höher hinaus. Gemeinsam mit den sozialistischen Ländern und gestützt auf den Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion gehen wir nun daran, die Perspektive des Jahres 2000 zu gestalten. Schon die Jahre bis 1970 werden durch eine rasche und allseitige Entwicklung der Produktion und der Lebensbedingungen gekennzeichnet sein. Im Zusammenhang mit der technischen Revolution werden die Investitionen von Jahr zu Jahr umfangreicher und komplizierter. Bis 1970 werden wir in der Volkswirtschaft mehr investieren als in den vergangenen fünfzehn Jahren zusammengekommen. Der Aufbau unserer Städte und Dörfer, der Bau von Wohnungen und gesellschaftlichen Einrichtungen soll noch schneller erfolgen. Alles das stellt an das Investitionsbauwesen höchste Anforderungen. Vom wissenschaftlich-technischen Niveau des Investitionsbaus werden das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung und der Nutzeffekt der Investitionen in entscheidendem Maße beeinflußt. Die Architekten und Ingenieure in den Projektierungsbetrieben, die Stadt- und Dorfplaner tragen dafür eine überaus große Verantwortung. Technische und baukünstlerische Qualität, Kosten, Bautempo und Arbeitsproduktivität werden bereits auf dem Tisch der Planung und Projektierung entschieden. Weltstand im Bauwesen erfordert Weltstand in der Projektierung! Diese Erkenntnis setzt sich immer mehr durch. Schon in den kommenden Monaten sind im Zusammenhang mit der Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft in der Projektierung grundlegende Veränderungen notwendig. Durchsetzung der Optimalprojektierung, der Katalogprojektierung, der Fotomodellprojektierung, Anwendung ökonomischer Hebel und wissenschaftliche Leitungsmethoden sind einige der Fragen, die für die Vorbereitung des Planes 1965 auf der Tagesordnung stehen. Wir sind gewiß, daß diese überaus komplizierten Aufgaben der vor uns stehenden Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus durch unsere gemeinsamen Anstrengungen gelöst werden. Unsere Gesellschaftsordnung gibt dafür alle Voraussetzungen. Das lehren uns die vergangenen fünfzehn Jahre, in denen wir unseren Staat mitgestalteten. Gemeinsam werden wir in den kommenden Jahren unseren Staat weiter aufbauen und festigen, den Staat, dem die Zukunft gehört. red.

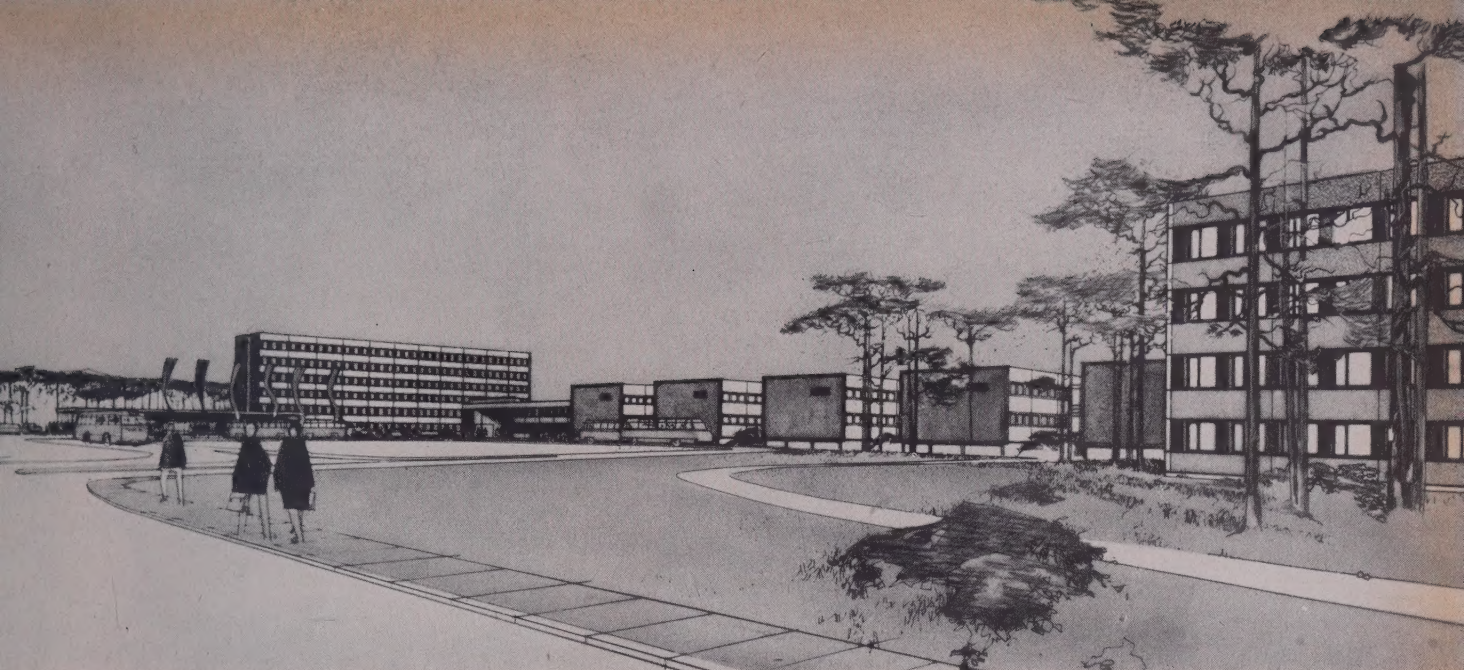
Wurde schon in den vergangenen 15 Jahren bei uns viel gebaut, so kann man heute sagen, daß die ganze DDR eine Großbaustelle ist.

Überall in den Städten und Dörfern unserer Republik sind die Bauschaffenden mit an erster Stelle dabei, die auf dem VI. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossenen Aufgaben beim umfassenden Aufbau des Sozialismus zu verwirklichen. Im Wettbewerb zu Ehren des 15. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik werden auf den Baustellen, in Werken der Baustoffindustrie, in Projektierungsbüros und wissenschaftlichen Instituten hervorragende Leistungen vollbracht.

Unsere Großbaustelle DDR ist zu einer modernen Baustelle geworden. Nicht nur in Berlin, der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, über deren Aufbau wir in den letzten Heften ausführlich berichtet haben, sondern auch in den anderen Bezirken der Republik ragen die Turmdrehkräne unserer Baukombinate empor, entstehen neue Bauten für die Industrie, neue Wohn-, gesellschaftliche und landwirtschaftliche Bauten. Darüber wird in diesem Heft in einer Umschau berichtet.

Dieser Überblick kann bei weitem nicht vollständig sein. Aus der Fülle des Neugebauten wurde das ausgewählt, worüber wir in der letzten Zeit in unserer Zeitschrift weniger berichtet haben oder was schon vor Jahren als Projekt vorgestellt wurde.

Damit wollen wir zugleich allen Bauschaffenden der Republik, den befreundeten sozialistischen Ländern, die uns bei unserem Aufbau unterstützen, und unserem Staat, der durch seine Politik unser friedliches Aufbauwerk leitet und schützt, unseren Dank und Glückwünsche zum 15. Jahrestag der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik aussprechen. red.



1 Perspektive vom Vorplatz. Links das Verwaltungsgebäude mit Haupteingang, in der Mitte die zentralen Sozialgebäude, rechts das Berufsbildungszentrum

Bauten der Industrie

Dipl.-Ing. Ambros G. Gross

Hauptarchitekt für die Projektierung des EVW

Schwedt

VEB Industrieprojektierung Leipzig

Schwedt war einst eine kleine Ackerbürgerstadt an der Oder, im zweiten Weltkrieg fast völlig zerstört. Die Tabakscheunen am Rande der Stadt bleiben als Wahrzeichen stehen.

Schwedt ist heute eine aufblühende Stadt mit einer großen Perspektive. Hier entsteht ein modernes Industriezentrum, hier endet die gewaltige Erdölföhrleitung der Freundschaft. Am Kilometer 4003 ergießt sich sowjetisches Erdöl in die Tanks des Erdölverarbeitungswerkes.

Schwedt bedeutet heute Chemie, denn das Erdölverarbeitungswerk ist das größte Bauvorhaben der chemischen Industrie in der DDR, Schwerpunkt Nr. 1 im sozialistischen Aufbau. Die erste Anfahrstufe hat in diesem Jahr die Produktion aufgenommen.

Erdölverarbeitungswerk Schwedt (Oder)

Die wichtigsten Daten

Gebäudeerschließung und Baubeginn: 1959/1960 (1. Ausbaustufe)

Fertigstellung der ersten Nebenanlagen: 1962/1963

Inbetriebnahme der ersten Tanklager: 1963

Inbetriebnahme der Erdölföhrleitung: 18. Dezember 1963

Probetrieb der 1. Anfahrstufe: 1. April 1964

Inbetriebnahme der 1. Anfahrstufe (2 Mill. t/Jahr Rohöldurchsatz): 1. Juli 1964

2. Anfahrstufe (4 Mill. t/Jahr Rohöldurchsatz): Im Bau

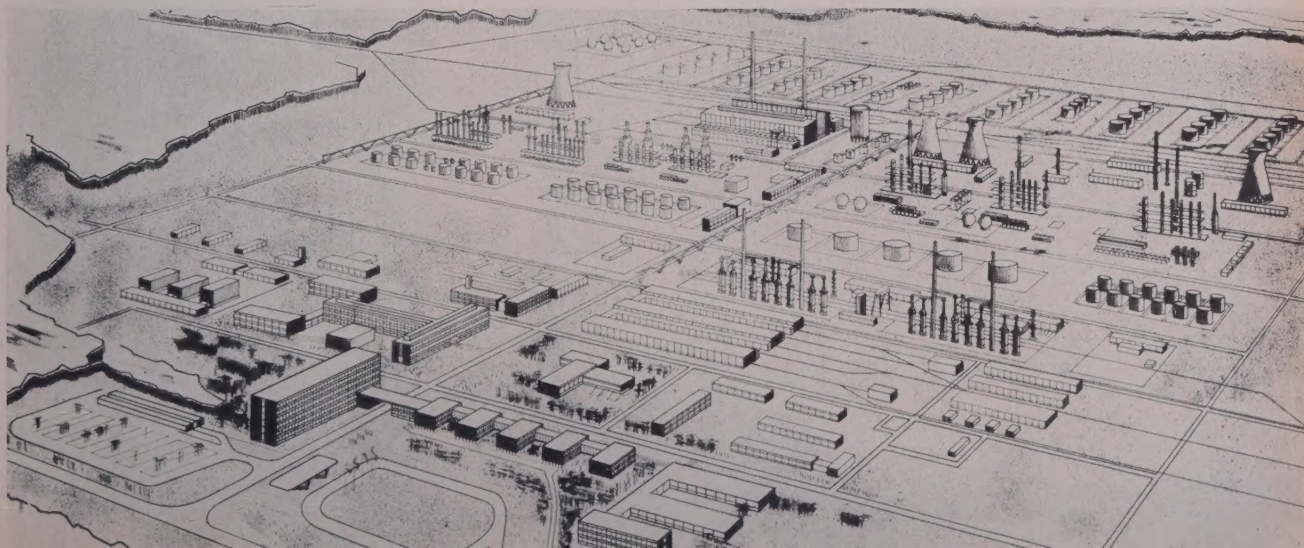
Zweite Ausbaustufe (6 Mill. t/Jahr Rohöldurchsatz und petrochemische Anlagen):

Projektierung im wesentlichen abgeschlossen. Aufbau und Inbetriebnahme bis 1966

Perspektivplanung für den Aufbau bis 1970

- Aufbau einer Stickstoffdüngemittelfabrik (Ammoniak- und Synthesegaserzeugung, Salpetersäureanlage, Kalkammonsalpetererzeugung)
- Weiterer Ausbau der Petrochemie (Anlagen der Olefinchemie)
- Aufbau einer Bitumenfabrik
- Weiterer Ausbau der primären Erdölverarbeitung

2 Schaubild der Gesamtanlage von Süden. Bei den Produktionsanlagen ist nur die erste und zum Teil die zweite Ausbaustufe dargestellt





3

Zu den einzelnen Komplexen der Produktionsanlagen (siehe auch den Beitrag „Planung und Aufbau“ im Heft 5/1963) gehören Meßwarten, Kompressorenhallen, Pumpen- und Maschinenhäuser, Fundamente, Gerüste, Behälter und andere Freianlagen, ferner Anlagen der Energie- und Wasserversorgung sowie Hilfs- und Nebenanlagen (Betriebsstützpunkte, Werkstätten, Labors und Verwaltungseinrichtungen).

Der Ausbau erfolgt nach den im Lageplan festgelegten Prinzipien, die auf den technologischen Prozessen beruhen: Transportwege der Produkte, kürzeste Wege der Belegschaft vom Stützpunkt zum Arbeitsplatz und so weiter.

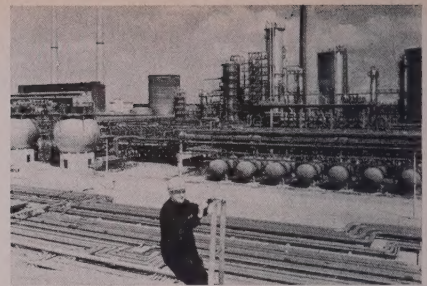
Da nach dem Endausbau des Erdölverarbeitungswerkes mit rund 15 000 Beschäftigten und während der Aufbauzeit durch die Bau- und Montagearbeiter mit etwa der gleichen Arbeitskräfteanzahl zu rechnen ist, haben wir zur Sicherung der Versorgung ein System von Betriebsstützpunkten mit Endküchen, Speisesälen und Sozialräumen geplant, die zuerst errichtet werden sollen und sowohl die zwischenzeitliche Nutzung durch das Bau- und Montagekombinat als auch die Endfunktion im Betrieb gewährleisten. Für die Stützpunkte, die als „Typ“ mehrfach im Werksgelände gebaut werden, ist eine Lösung in kompakter Bauform entwickelt worden.

Kennzeichnend für die bautechnische Konzeption des weiteren Ausbaus ist das Bestreben, durch Konzentration der Einzelobjekte oder durch die Anwendung der kompakten Bauform und des Pavillonbaus zu einer rationalen Lageplangestaltung zu kommen. Für die Hochbauten ist eine weitere Erhöhung des Anteils im Montagebau vorgesehen, während zugleich vom Generalprojektanten und technologischen Hauptprojektanten, Ingenieurtechnische Zentrale Böhlen, Anstrengungen unternommen werden, um den Anteil der im Freien aufzustellenden Aggregate zu erhöhen. Die neuesten Erkenntnisse der Forschungs- und Entwicklungsarbeit fließen unmittelbar in die Projektierung ein.

Eine Hauptaufgabe für die Architekten und Ingenieure des VEB Industrieprojektierung Leipzig ist die Verkürzung der Projektierungszeit für die Schwedtprojekte. In erheblichem Umfang ist das schon durch die Fotomodellprojektierung gelungen.

Das Erdölverarbeitungswerk Schwedt ist die Großbaustelle der Jugend. Aber nicht nur die Bauleute sind jung, auch junge Fachleute meistern die modernsten Produktionstechnologien und Verfahrenstechniken. Beachtenswert ist die außerordentlich hohe Arbeitsproduktivität, die diese Anlagen mit großer Durchsatzfähigkeit gewähren und die elfmal so hoch ist wie bei anderen chemischen Großbetrieben.

Das Erdölverarbeitungswerk Schwedt ist nicht nur technisch und architektonisch ein bedeutender Schwerpunkt unseres Industriebaus. Auch der bildenden Kunst wurde in der Planung und Baugestaltung ein würdiger Platz eingeräumt. In der Zone der Nebenanlagen wurde für zwei hervorragende künstlerische Aufgaben (ein Wandbild 18 m × 4 m im Werkrestaurant und eine Gruppenplastik im Freigelände) ein Wettbewerb für Maler und Bildhauer der Deutschen Demokratischen Republik ausgeschrieben. Wie über den weiteren Aufbau wird auch über die „Kunst in Schwedt“ noch zu berichten sein.



4



5

3

Teil der Reformierungsanlage. Die Problematik des Korrosionsschutzes der Produktionsanlagen im Freibau wird im EVW Schwedt durch Spritzmetallisierung gelöst

4

Blick vom Zwischentanklager zur Rohöldestillation I. Links die Kugelbehälter, im Hintergrund das Kraftwerk

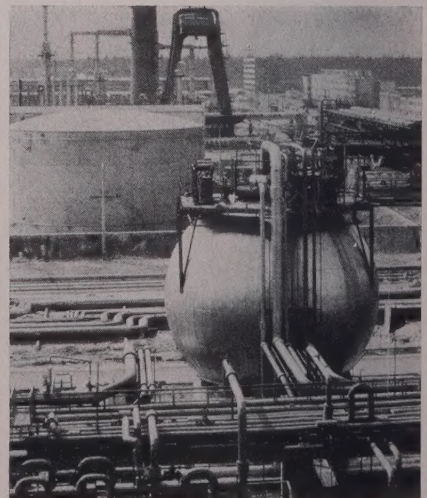
5

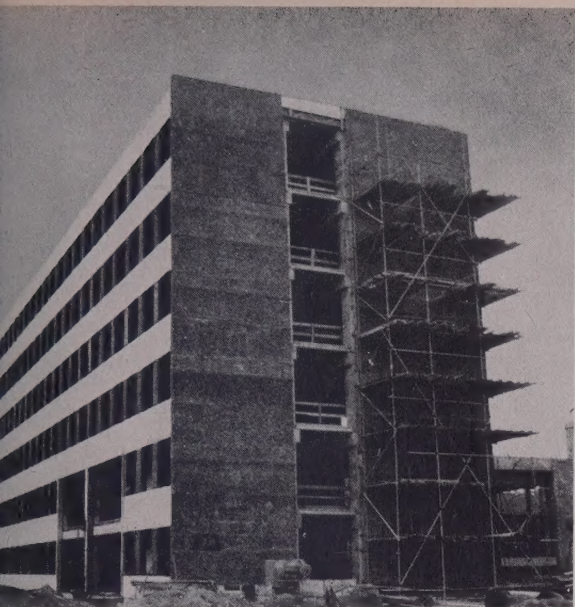
Blick aus einer Meßwarte auf die Reformierungsanlage

6

Hauptanlagen. Blick von der Rohöldestillation I auf Kugelbehälter, Zwischentanklager, Bockkranbahn und Reformierungsanlage. Im Hintergrund die Nebenanlagen (Verwaltungsgebäude, Hauptlabor usw.)

6





7



8

7 | 8

Verwaltungsgebäude, Stand der Bauarbeiten Mai 1964. Sechsgeschossiger Montagebau nach dem Typenprojekt „Leichter Geschoßbau“ (5 Mp). Vorgesetzte Großwandplatten mit Vorsatzmaterial aus Marmorsplitt für die Brüstungsbänder und Serpentin Splitt für die Giebel- und Stützelemente

9

Werkrestaurant, Saalteil und Hauptzugang, Stand der Bauarbeiten Mai 1964

10

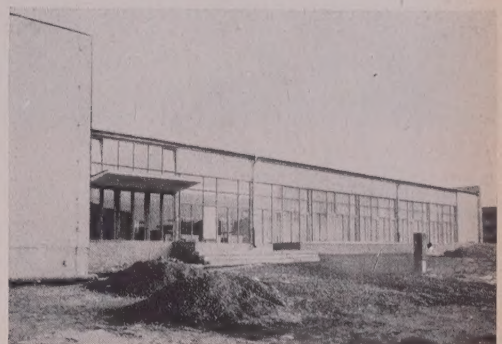
Hauptkontroll-Laboratorium, Stand der Bauarbeiten Mai 1964. Stahlbetonskelett-Montagebau mit vorgesetzten Großwandplatten

11

Großer Speisesaal des Werkrestaurants

12

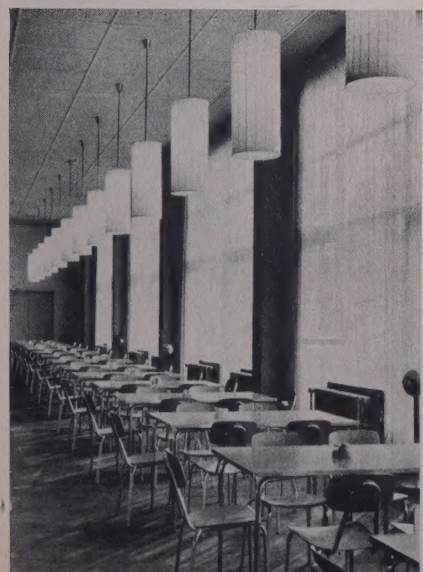
Werkrestaurant, Eingangshalle, zugleich als Imbißhalle und Speisenausgabe genutzt



9



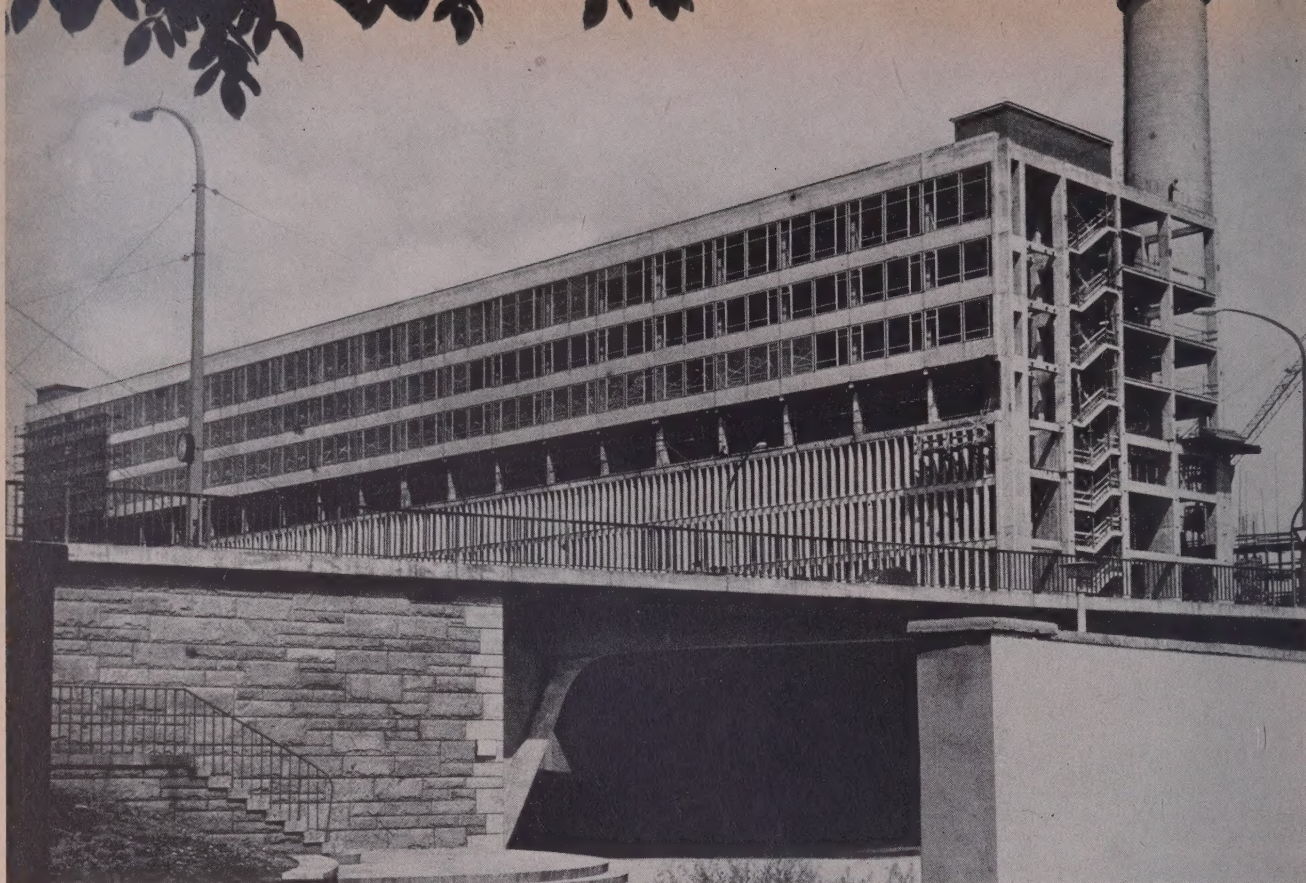
10



11



12



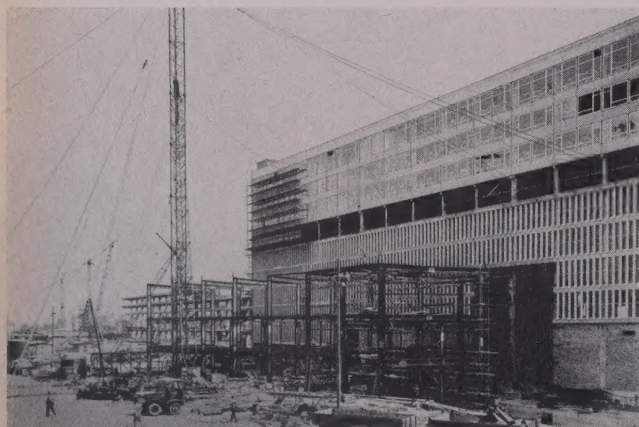
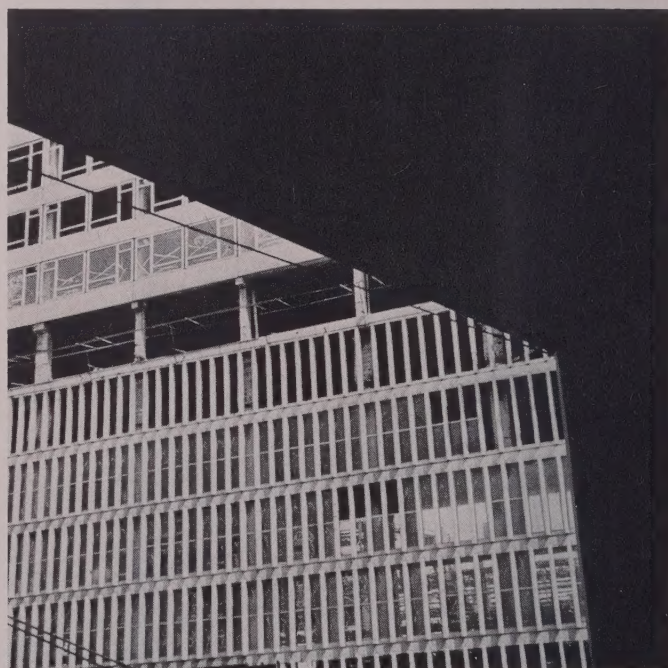
1
2

Dresden

Heizkraftwerk an der Nossener Brücke

VEB Industrieprojektierung Dresden I

Entwurf: Brigade Gerhard Liebers
 Grundprojekt: Architekt Chr. Wiesenhütter, BDA
 Dipl.-Ing. Eberhard Renner
 Dipl.-Ing. Günter Schmidt
 Dipl.-Ing. Heinz Hahmann
 Dipl.-Ing. Heinz Stoll
 Ausführungs-
 projekt: Dipl.-Ing. Heinz Hahmann
 Projektierung: 1960 bis 1963
 Bauzeit: 1960 bis 1965
 Inbetriebnahme
 des letzten
 Aggregates: I. Quartal 1967
 Bausumme
 insgesamt: etwa 35 Mill. MDN
 (Vergleiche auch Heft 11/1962)



3

1
Der Kraftwerkblock von Südwesten gesehen, im
Vordergrund die Nossener Brücke

2
Ausschnitt aus der Westfassade des Kraftwerkblocks

3
Westfassade des Kraftwerkblocks mit einem Teil
des Stahlskeletts der Warte von der Fabrikstraße
aus gesehen
Bauzustand am 8. Juni 1964



Dresden

Druckerei „Sächsische Zeitung“
an der Julian-Grimau-Allee

VEB Hochbauprojektierung Dresden

Entwurf: Architekt Wolfgang Hänsch, BDA
Architekt Herbert Löschau, BDA
Architekt Joachim Findeisen
Architekt Rolf Köhler
Dipl.-Ing. Christine Fröster
Architekt Herbert Wolf
(Vergleiche auch Heft 11/1962)

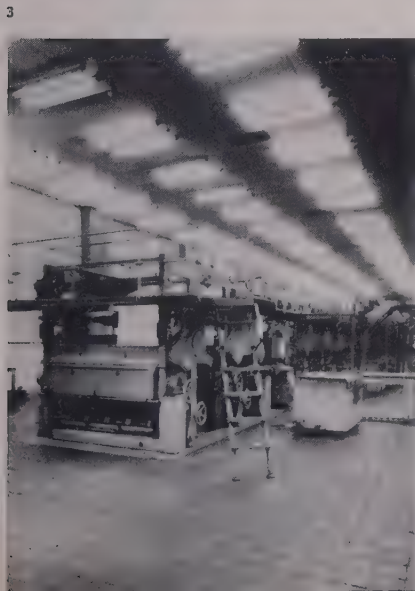
1
Blick von Osten auf das Rampengebäude der Druckerei

2
Blick in ein Geschoß des zwölfgeschossigen Verlags- und Redaktionsgebäudes

3
Die Rotationsmaschinenstraße

4
In der Maschinensetzerei

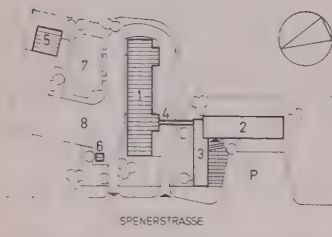
5
Blick auf das Produktionsgebäude von Südwesten



Lagergebäude des Versorgungskontors
für Maschinenbauerzeugnisse

Dipl.-Ing. Lothar Schendel

Entwurf: Dipl.-Ing. Lothar Schendel, BDA
Architekt Herbert Schwenke, BDA
Mitarbeiter: Bauingenieur Harry Holst, Architekt
Statik: Dipl.-Ing. Gerhard Mörbitz
Dipl.-Ing. Manfred Roch
Bauingenieur Gottfried Wohlrab



Das Lagergebäude ist der erste Abschnitt einer komplexen Anlage. Im Zusammenhang mit diesem Gebäude wurden Bauten für Verwaltung, Ausstellung und Verkauf in Vorplanung und Grundprojekt erfaßt.

Da der Hauptanteil des Lagergutes durch Kraftfahrzeuge an- und abtransportiert wird, konnte auf Gleisanschluß verzichtet werden. Der verkehrsgünstige Standort am Rande des Stadtzentrums wird vor allen Dingen der Vielzahl der Abholer gerecht. Das Lagergebäude wurde senkrecht zur Spenerstraße in Ost-West-Richtung angeordnet. Eine Straßenumfahrt erschließt das Gelände.

Funktion

Das Erdgeschoß des Lagergebäudes dient dem Warenumsatz und ist längsgeteilt. In der nördlichen Hälfte befindet sich der Wareneingang. Hier wird das über die Rampe angelieferte Lagergut erfaßt und auf die Lagergeschosse verteilt. Das Lagergut wird über den Warenausgang und die Ausgangsrampe an der Nordseite des Erdgeschosses ausgeliefert. Der Vertikaltransport erfolgt mit vier Lastenaufzügen, der Horizontaltransport mit Hubstapler und Hubwagen. Die Hauptverkehrswege innerhalb der Lagergeschosse liegen an den beiden Längsseiten des Gebäudes, während der Mittelraum als Lagerfläche dient. Die zwei Treppenhäuser an der Südseite nehmen außer den Treppen die zur Lagerhaltung notwendigen Verwaltungs- und Sozialräume auf, da der Bau der übrigen Gebäude erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen kann. Die Verbindung dieser Gebäude mit dem Lagergebäude wird durch einen Übergang hergestellt, in dem auch die Rohrpostverbindung zwischen Verkauf und Lager geführt wird.

Konstruktion und Ausführung

Wegen der erforderlichen Geschoßanzahl und der geforderten hohen Belastbarkeit der Decken wurde die Stahlbetonskelettbauweise mit kreuzweise bewehrten Decken gewählt. Die Horizontalkräfte werden durch die Giebel- und Brandscheiben aufgenommen. Das Skelett läßt sich auf diese Weise außerordentlich wirtschaftlich gestalten. Zur Vereinfachung der Arbeiten auf der Baustelle wurden Decken und Stützenquerschnitte weitgehend vereinheitlicht. Für die Betonarbeiten wurden Schalungsträger und mit Sperlacart beschlagene Schaltafeln benutzt. Die Förderung des Betons erfolgte von den Fundamenten bis zur Dachkonstruktion mit Pumpen.

Gestaltung

Die Gestaltung ist dem Industriebau gemäß sparsam und entspricht der Lage im Stadtgebiet. Giebelscheiben und Rinne bilden einen umlaufenden Rahmen, in den Fenster- und Brüstungsbänder eingesetzt sind. Die Fensterflächen wurden für ein Lagergebäude verhältnismäßig groß gewählt, da die Erschließungsflächen parallel zu den Längswänden angeordnet sind und die Lagergassen im Innern des Gebäudes weitgehend mit Tageslicht ausgeleuchtet werden sollen. Es wurde Wert auf eine möglichst flächige Wirkung der Gesamtfassade gelegt.

Die Giebelseiten und Treppenhäuser sind außen mit dreifachem Permentin-Anstrich, die Brüstungen mit zweifachem Permentin-Anstrich und einfachem Cirine-Anstrich und die Stahlfenster mit Vinox-Anstrich versehen. Die Anstriche stehen zwei Jahre und haben sich im allgemeinen gut bewährt.

1 Lageplan

1 : 5000

- | | |
|--|--|
| 1 Lagergebäude | 5 Heizprovisorium mit überd. Lagerfläche |
| 2 Verkaufs- und Austellungsgebäude (gepl.) | 6 Trafostation |
| 3 Verwaltung (gepl.) | 7 Abstellfläche |
| 4 Übergang (gepl.) | 8 Platz für Leergutlager |

- 2 Blick aus einem Fenster des Festpunktes
- 3 Die Wareneingangsrampe an der Nordseite
- 4 Blick von der Spenerstraße auf die Südfassade
- 5 Detail der Nordfassade
- 6 Fassadenschnitt

7 Querschnitt 1 : 500

8 | 9 Erdgeschoß und Normalgeschoß 1 : 500

- | | |
|---|-----------------------|
| 1 Lagerfläche | 5 Wareneingang |
| 2 Treppenhaus mit Verwaltungs- und Sozialr. | 6 Warenausgang |
| 3 Wareneingangsrampe | 7 Packerei |
| 4 Warenausgangsrampe | 8 Büro |
| | 9 Verpackungsmaterial |



5

+29.100

+25.200

+21.600

+18.000

+14.400

+10.800

+7.200

+3.600

+0.00

-3.600

Raster:

in Gebäudequerrichtung 3 × 6 m
in Gebäudelängsrichtung 14 × 6 m

Geschoßhöhe:

3,60 m

Geschoßanzahl:

neun einschließlich Kellergeschoß

Bebaute Fläche:

1 819 m²

Bruttogeschoßfläche:

16 443 m²

Nutzfläche:

13 770 m²

Deckenbelastbarkeit:

1 und 2 Mp/m²

Kosten/m² umbauter Raum:

57,20 MDN

Kosten/m² Nutzfläche:

215,90 MDN

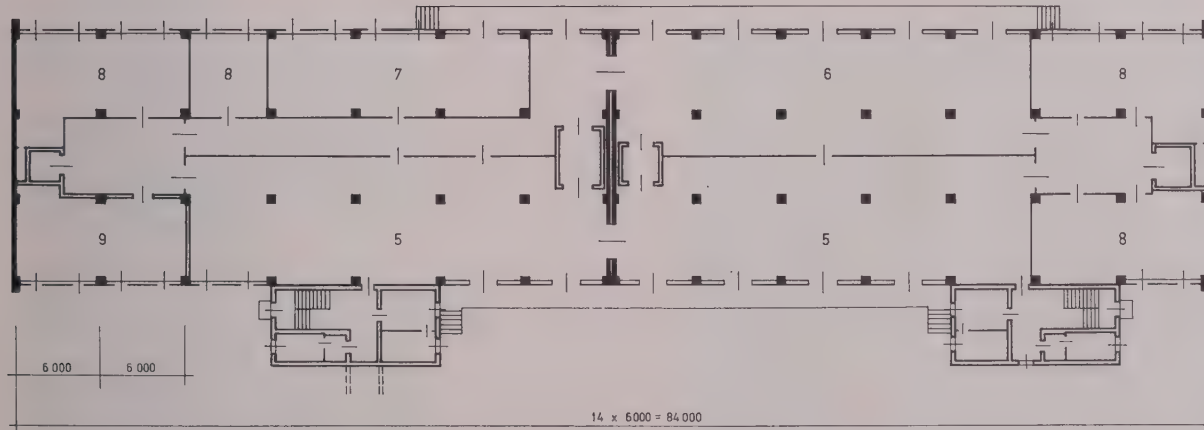
Gesamtkosten:

2,974 Mill. MDN

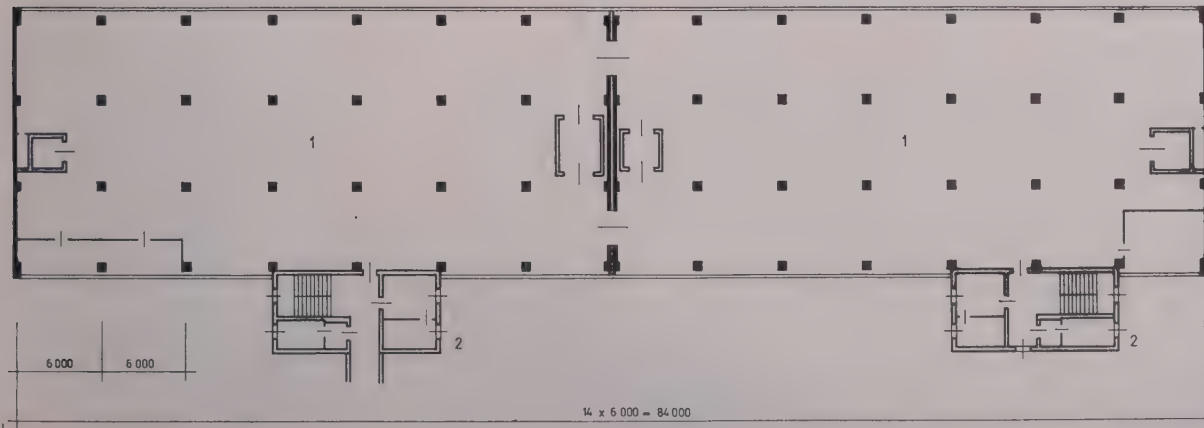
+20

OF STRASSE
-100

9



8





Überseehafen Rostock

Kaihalle IV am Pier II West

VEB Industrieprojektierung Stralsund

Entwurf: Dipl.-Ing. Eberhardt Bodenstein

Statik: Ingenieur Ulrich Müller

Binder: Dipl.-Ing. Karl-Heinz Lübke

Projektierung: 1962

Bauzeit: 1963/1964



2



3



4



5



6

1 Die Kaihalle IV für die Lagerung von Stückgut und den Hafenumschlag

2 Bei der Montage der Spannbetonfachwerkbinder von 30 000 mm Länge

3 Blick in die montierte Halle, Stützweite 12 000 mm mal 30 000 mm. Die Dachkassettenplatten sind 12 000 mm lang

4 Überdachung der Verladerampe

5 | 6 Die Kaihallen des Rostocker Hafens

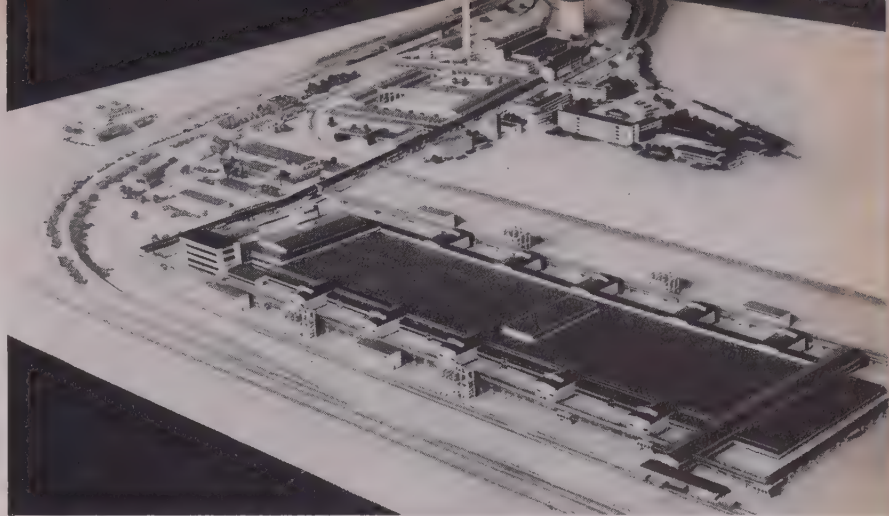
1
Modellfoto des ersten und zweiten Bauabschnittes

2
Der erste Bauabschnitt: Dederonfeinseidenanlage mit der Textilanlage im Flachbau und der Spinnerei im Geschößbau

3
Bei der Montage des Gebäudeteiles für die Polymerisation

4
Aufspulmaschine in der Dederonfeinseidenanlage

5
Montage der Etagnachzwirnmachine



Wilhelm-Pieck-Stadt Guben

VEB Chemiefaserkombinat

Hauptprojektant:
VEB Konstruktions- und Ingenieurbüro Chemie
Leipzig

Bautechnischer Projektant:
VEB Industrieprojektierung Jena, Brigade III
Brigadeleiter Otto Domhardt, KDT
Bauingenieur Helmut Weinhold, KDT
Dipl.-Ing. Ulrich Balke, BDA
Architekt Hans Cott, BDA

Bautechnischer Projektant für das Kraftwerk:
VEB Industrieprojektierung Halle

Geplante Kapazität

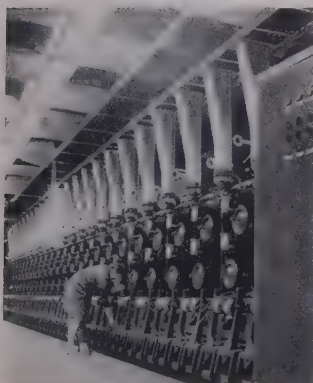
1. Bauabschnitt: 2000 t/Ja Dederon-Feinseide
2. Bauabschnitt: 2000 t/Ja Dederon-Feinseide
3. Bauabschnitt: 4000 t/Ja Polyamid-Stapelfaser (Cord-Typ)

Projektierungszeit

1. Bauabschnitt: 1959 bis 1962
2. Bauabschnitt: 1963 bis 1964
3. Bauabschnitt: 1964 bis 1965

Bauzeiten

1. Bauabschnitt: 1960 bis 1964
2. Bauabschnitt: 1964 bis 1967
3. Bauabschnitt: 1965 bis 1967



VEB Industrieprojektierung Dresden I, Brigade V
 Brigadeleiter: Architekt Peter A. Kluge, BDA
 Projektierung: 1960 bis 1962
 Bauzeit: 1960 bis 1964



Im Flachglaskombinat werden Tafelglas als Fensterglas, Einscheibensicherheitsglas und Verbundglas hergestellt.

Für die angewandte Baukonstruktion ist die Kreiszyinderschale mit einer Spannweite von 6 m mal 18 m als ein Montageelement typisch. Diese Schalelemente sind sowohl bei Flach- als auch bei Geschoßbauten verschiedener Funktionen angewandt worden. Dazu wurde für mehrere Geschoßbauten eine Deckenplatte von 6 m mal 6 m konstruiert, deren Montagegewicht dem der Kreiszyinderschale entspricht.

Der einheitliche Charakter des Werkes, der hier durch die bei den Fotos gewählten Ausschnitte nicht voll zur Geltung kommt, wird durch die architektonische Form des Schalelementes gewahrt.

Das gesamte Bauvolumen des 1. Bauabschnittes, der zur Zeit fertiggestellt wird, beträgt etwa 40 Mill. MDN.



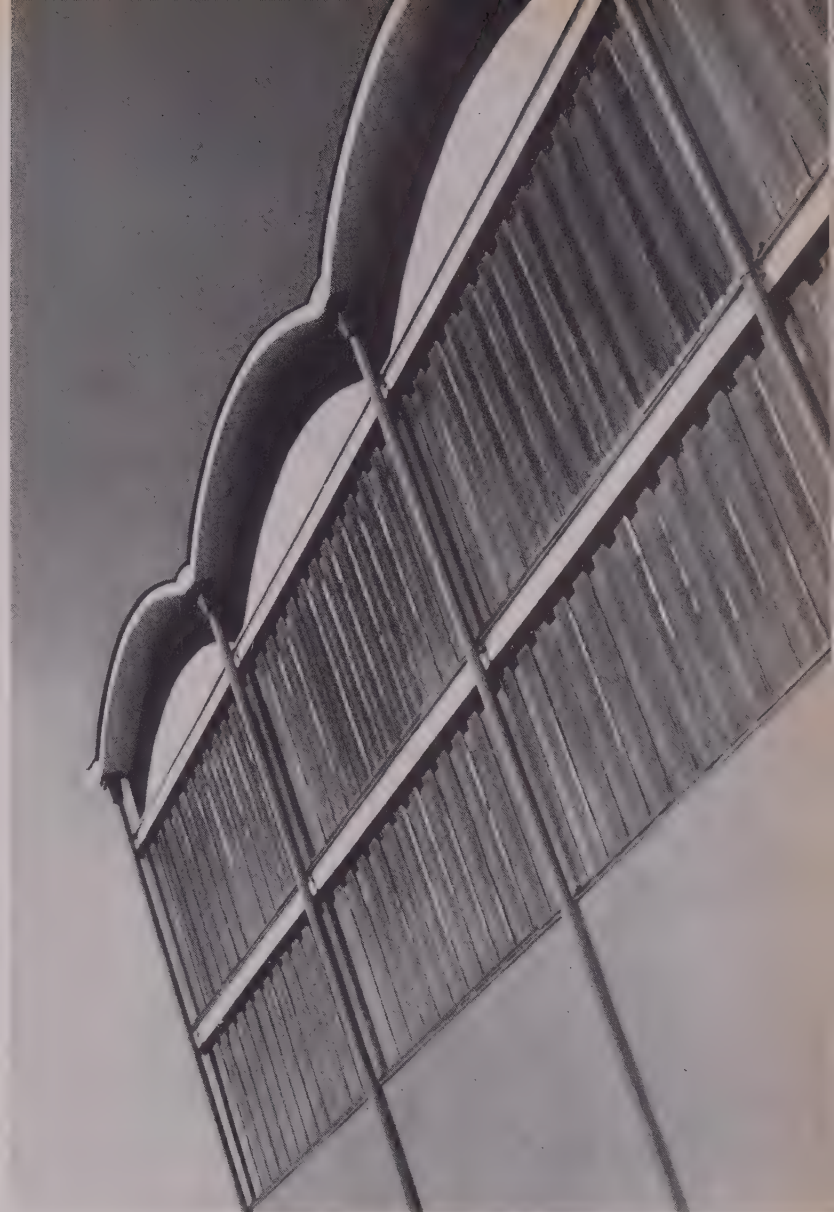
1
Rohstofflager mit Gemengehaus. Im Vordergrund
ein Teil der Energieanlagen

2
Fassadendetail der Ziehmaschinenhalle. In diesem
Objekt sind neun Ziehmaschinen zur Herstellung
von Fourcoulglas sowie die erforderliche Brech-
bühne untergebracht. Die Hauptabmessungen des
Gebäudes betragen im Grundriß 42 m mal 60 m.
Das Gebäude ist ein monolithischer Stahlbeton-
skelettbau mit Außenwandplatten

3
Ausschnitt eines Fassadendetails des Rohstofflagers
mit Endfeld

4
Fassadenausschnitt des Rohstofflagers mit geputz-
ten Außenwandplatten und Verkleidung mit U-Pro-
filgläsern als Fensterband

5
Blick auf das Rohstofflager mit der im Vordergrund
liegenden Düsenstube und der Hauptgasleitung,
dahinter Giebel der Wannenhalle. Außenwandplat-
ten mit Spritzputz. Rohstofflager und Düsenstube
dienen zur Lagerung von Sand, Soda sowie weite-
ren Glasrohstoffen und schließen unmittelbar an
das Gemengehaus als Rohstoffaufbereitung an

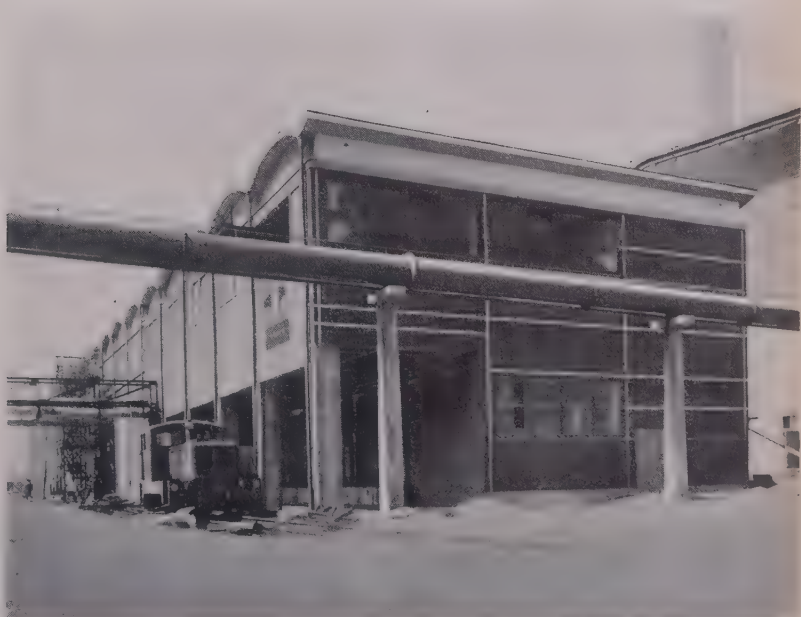


3



5

4





Städte und Wohngebiete

Gera

Aufbau des Stadtzentrums

Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung
Gera

Hochbau: VEB Hochbauprojektierung Gera
Autoren: Dipl.-Architekt Werner Lonitz, BDA
Architekt Günter Vogel, BDA
Architekt Günter Meißgeier, BDA
Architekt Walter Reif, BDA
Innenarch. Karl-Heinz Günther, BDA
Innenarch. Klaus Heer, BDA
Projektierung: 1960/1961
Baujahr: 1961 bis 1964
Bauweise: 750-kp-Großblock,
Keramikverkleidung



2



3



4

1
Gesamtansicht Stadtzentrum

2
Ladenstraße am Zentrum

3 | 4
Blick in den Wohnhof am Zentrum

5

Zehngeschossiges Hochhaus am Zentrum

6

Blick in das Modezentrum



6



5



7

7

Bebauungsplan Zentrum Gera 1 : 10 000

- 1 Zehngeschossiges Wohnhochhaus mit Selbstbedienungsgaststätte und Spezialcafé
- 2 Wohngebäude mit Spezialverkaufsstellen für Damen- und Herrenmoden
- 3 Wohngebäude mit Volksbuchhandlung und VEB Gartenbau
- 4 Einkaufsbasis
- 5 Hotel mit 354 Betten
- 6 Gaststättenkomplex
- 7 Kulturhaus – Klubteil
- 8 Kulturhaus – kleiner Theatersaal
- 9 Kulturhaus – großer Mehrzwecksaal
- 10 Einkaufszentrum
- 11 Bezirks- und Stadtbibliothek



Altbestand



Neubauten und geplant

Stand vom 30. Juli 1962



8

8

Deutsches Reisebüro in der Ladenstraße

9

Modezentrum des Herrn



9



1



2



3



4

Schwerin

Wohnungsbau in der Weststadt

1

Blick von Süden auf das Hochhaus in Schwerin-Weststadt, im Vordergrund das Heizhaus, links Wohnungsbau IW 61 – P1 mit Loggien

2

Blick vom Sportforum auf das Hochhaus, links im Bild die Sport- und Kongreßhalle (siehe Heft 11/1963)

3

Die Juri-Gagarin-Oberschule, Blick von Südosten. Die Schule hat 20 Klassen, im Vordergrund die Klassenräume der Unterstufen mit überdachtem Verbindungsgang, der zur Aula führt. Die Klassenräume der Oberstufen und die Spezialunterrichtsräume sind im dreigeschossigen Baukörper angeordnet

Projektant: VEB Hochbauprojektierung Schwerin

Entwurf: Architekt Heinrich Handorf, BDA

Projektierung: 1958, 1959

Bauzeit: 1959, 1961

4

Der Wohnungsbau in der Schweriner Weststadt. Wohnbauten IW 58 – L4 mit Steildach und im Hintergrund Wohnbauten IW 61 – P1 mit Flachdach



1



2

Halle

Punkthäuser an der Leninallee

VEB Hochbauprojektierung Halle

Entwurf: Architekt Oswald Arit, BDA
 Statik: Bauingenieur Achim Agt
 Vorplanung: 1962
 Projektierung: 1962/1963
 Bauzeit: 1963/1964

1

Die dreizehngeschossigen Punkthäuser wurden in vier Monaten montiert. Jedes Haus hat 20 Zweieinhalbzimmer- und 20 Zweizimmerwohnungen

3

4



2 | 3 | 4

Die Punkthäuser sind aus Fertigteilen der P 1-Serie, Laststufe 5 Mp, montiert. Die Außenwand ist mit Keramik verkleidet. Die Loggienwände sind in Sichtbeton mit Zement-Kalk-Latex-Anstrich ausgeführt

Dessau

Stadtzentrum und Muldeufer

1

Stadtzentrum Dessau — Stand 1962
Modellfoto, Blick nach Süden

Planung: Stadtbauamt Dessau, Abt. Stadtplanung
Leitung: Dipl.-Ing. Hans Krause, BDA
Dipl.-Ing. Karlheinz Schlesier, BDA
Bearbeiter: Dipl.-Ing. Gottfried Rudowsky
Dipl.-Ing. Joachim Tautz
Dipl.-Ing. Horst Letzel
Dipl.-Ing. Dorothea Krause, BDA
Gartenbauing. Hans Keller, BDA

2

Objekt „Scheibe Nord“ am Zentralen Platz
Schaubild der Südseite

Städtebauliche

Konzeption: Stadtbauamt Dessau
Hochbau: VEB Hochbauprojektierung Halle, Brigade „John Schehr“, Leiter: Arch. Heinz Dietrich, BDA
Projektierung: 1962/1963
Bauzeit: 1963 bis 1965
Bauweise: 2-Mp-Montagebauweise ab Keller, geschoßhohe Streifen
Kapazität: 3 Einraumwohnungen
182 Zweiraumwohnungen
3 Dreieinhalbraumwohnungen
5 Läden im Erdgeschoß

3

Wohnkomplex Muldeufer

Blick vom Hochhaus III nach Süden in die Straße des NAW, links das Muldeufer

Städtebauliche Stadtbauamt Dessau und Entwurfs-

Konzeption: büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Halle

Hochbau: VEB Hochbauprojektierung Halle

Hochhäuser: Brigade „John Schehr“,

Leiter: Arch. Hermann Rey, BDA

Projektierung: 1959

Bauzeit: 1960 bis 1963 (Hochbaumaßnahmen)

Bauweise: Traditionell

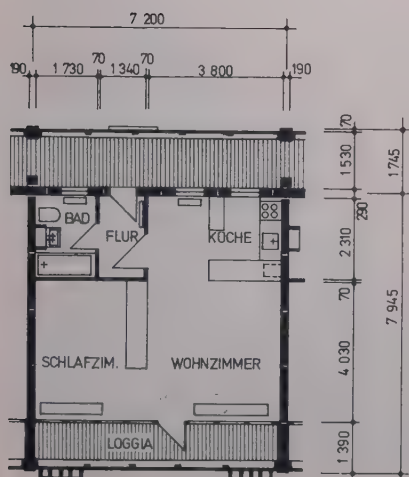
Kapazität: 9 Einraumwohnungen
18 Eineinhalbraumwohnungen
18 Zweiraumwohnungen
1 Atelierwohnung im Dachgeschoß
Waschhaus und Trockenräume im Dachgeschoß

5
Wohnzimmer in der „Scheibe Nord“, Schaubild

6
Grundriß einer Zweiraumwohnung 1 : 200



5



6



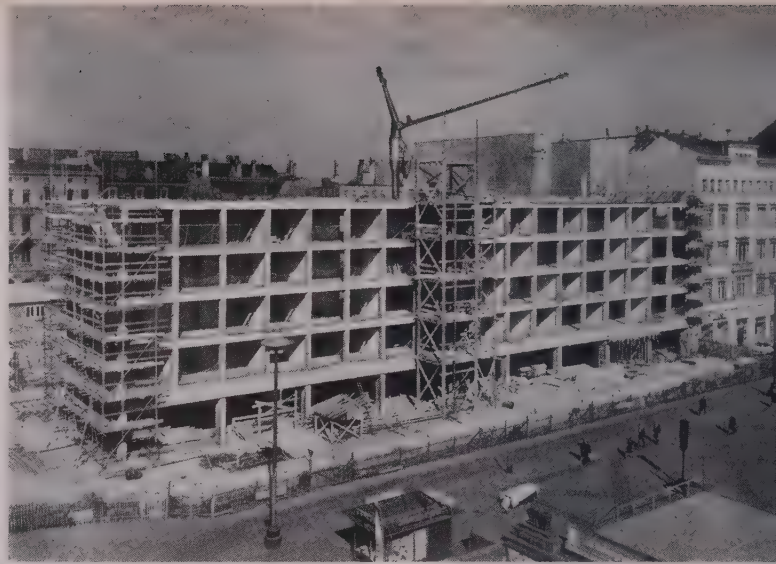
7
Verkaufseinrichtungen und Wohnungen an der Wilhelm-Pieck-Straße
VEB Hochbauprojektierung Halle, Brigade „F. W. v. Erdmannsdorff“
Spezialläden: Leiter: Architekt Kurt Bentfeld, BDA
Projektierung: 1958
Bauzeit: 1959/1960
„Haushelfer“: Leiter: Architekt Paul v. Sommer, BDA
Projektierung: 1958
Bauzeit: 1959 bis 1961
Bauweise: Keller, Erd- und Zwischengeschoß monolithisch, Obergeschoße aus Großblöcken der Serie L 4, Mittelgang, Zweispänner
Kapazität: 25 Einraumwohnungen
20 Eineinhalbraumwohnungen
10 Zweiraumwohnungen



7



„Alte Waage“ (mit Baugerüst), Wohngebäude J 6 und Altes Rathaus am Markt



Mehrzweckgebäude am Markt während der Montage

Leipzig

Bereich Altmarkt – Karl-Marx-Platz

Wohngebäude J 6

VEB Hochbauprojektierung I Leipzig

Entwurf: Brigade Architekt BDA Heinrich Göller

Projektierung: 1958 bis 1960

Bauzeit: 1961 bis 1964

Im Erdgeschoß befinden sich die Eisbar „Pinguin“, der Laden „Kunst der Zeit“ mit Ausstellungsräumen und Vortragssaal sowie „Exquisite“-Läden für Damen und Herren.

Kellergeschoß und Erdgeschoß sind aus monolithischem Stahlbeton, die Obergeschosse aus Ziegelmauerwerk. Die Fassade wurde mit Sandstein verkleidet, die Brüstungsfelder erhielten Mosaik. Das massive Dach besteht aus Stahlbeton und ist mit Aluminium eingedeckt (siehe auch Heft 2/1962).

„Alte Waage“

VEB Hochbauprojektierung I Leipzig

Entwurf: Brigade Architekt Rudolf Rohrer, BDA

Mitarbeiter: Architekt Hasso Busch, BDA

Projektierung: 1962/1963

Bauzeit: 1964 bis 1965

Der Wiederaufbau des im Kriege zerstörten historischen Bauwerkes erfolgt im Stahlbetonskelett mit Ziegelmauerwerk (siehe auch Heft 2/1962).

Mehrzweckgebäude am Markt

VEB Hochbauprojektierung I Leipzig

Entwurf: Brigade Architekt Rudolf Rohrer, BDA

Mitarbeiter: Architekt BDA Dipl.-Ing. Rudolf Skoda und Rudolf Dietrich

Projektierung: 1961/1962

Bauzeit: 1963 bis 1965

Das Mehrzweckgebäude hat insgesamt 350 Arbeitsplätze und ist zur Nutzung als Verwaltungs- und Konstruktionsbüro vorgesehen.

Keller- und Erdgeschoß sind aus monolithischem Stahlbeton, die Obergeschosse werden in der 2-Mp-Stahlbetonskelett-Montagebauweise errichtet. Das Dachgeschoß besteht aus monolithischem Stahlbeton. Die Giebelflächen werden mit Naturstein verkleidet, die Längsseiten erhalten geschoßhohe Vorhangfassaden in Holz-Aluminium-Verbundkonstruktion. Der Achsabstand beträgt im Erdgeschoß 7,20 m, in den Obergeschossen 3,60 m. Die Trennwände bestehen aus raumhohen Kröporit-Gipswänden von 70 mm Dicke (siehe auch Heft 2/1962).





Studenteninternat an der Goethestraße im Bauzustand



Blick von der Südseite des Karl-Marx-Platzes auf die Wohnbauten am Georgiring, das Mehrzweckgebäude (Baugerüst), Postgebäude und Hotel „Deutschland“

Studenteninternat Goethestraße

VEB Hochbauprojektierung I Leipzig

Entwurf: Brigade Architekt Horst Krantz, BDA
Mitarbeiter: Architekt Wolfgang Schreiner, BDA, Kollektivleiter
Projektierung: 1963 bis 1964
Bauzeit: 1963 bis 1965

Das Internat enthält 211 Zimmer mit 433 Plätzen. Der Frühstücksraum im Erdgeschoß weist 184 Plätze auf. Wannenbäder und Duschen liegen im Kellergeschoß. Während der Messen soll das Internat als Touristenhotel genutzt werden.

Keller- und Erdgeschoß sind aus monolithischem Stahlbeton, das 2. bis 7. Geschoß und das 1. Dachgeschoß werden im Wandbau in der 2-Mp-Laststufe errichtet. Das Dach ist ein einseitig abgewalmtes Satteldach in Holzkonstruktion. Die Brüstungselemente haben einen mehrschichtigen Aufbau mit äußerer Steinzeugplattenverkleidung. Die Außenwandstützen erhalten Betonwerkstein-Vorsatz.

Hotel „Deutschland“ am Karl-Marx-Platz

VEB Hochbauprojektierung I Leipzig

Entwurf: Brigade Architekt Helmut Ullmann, BDA
Mitarbeiter: Architekt Wolfgang Scheibe, BDA, Kollektivleiter
Projektierung: 1963/1964
Bauzeit: 1963 bis 1965

Das Hotel hat 437 Betten ohne Aufbettung. 850 Gaststättenplätze sind auf folgende Räume verteilt: Stadrestaurant, Hotelrestaurant, verschiedene Mehrzweckräume, Hotelbar, Atrium und Hotelhalle.

Keller- und Erdgeschoß in monolithischem Stahlbetonskelett. Die sieben Bettengeschosse und das Installationsgeschoß (Drempelgeschoß) werden in Plattenbauweise in der 5-Mp-Laststufe errichtet. Die Giebel erhalten einen Vorsatz aus weißem und grauem Kalk-Marmor-Splitt, die Längsseiten Vorhangfassaden in Holz-Stahl-Aluminium-Verbundkonstruktion.

Helmut Ullmann





2



3

4



Richtfunkturm Kulpenberg

Amt für Projektierung der Deutschen Post

Entwurf: Architekt Kurt Nowotny
Architekt Johannes Braune
Konstruktion und Statik: Dr.-Ing. Herrmann Rühle
Bauing. Gerhard Kistenmacher
Bauing. Ullrich Longer

Nördlich von Bad Frankenhausen steht auf dem 550 m hohen Kulpenberg ein Richtfunkturm, der nach dem Berg seinen Namen erhielt. Seine Höhe beträgt ohne Antenne rund 86 m. Über den vier Betriebsgeschossen liegt in 75 m Höhe das am 29. April 1964 eröffnete Café, das 70 Personen Platz bietet und mit einer Klimaanlage ausgestattet ist. Zwei Aufzüge dienen der Personen- und Lastenbeförderung.

Der Stahlbetonschaft hat einen Durchmesser von 6,50 m; er ist im unteren Teil vorgespannt und steht auf einer Kegelschale. Der Turmkopf ist aus Stahlbetonelementen montiert und mit vorgefertigten Aluminium-Wandelementen verkleidet.

red.

(Siehe auch „Deutsche Architektur“, Heft 2 1962)

1
Schaft mit Turmkopf

2
Blick vom Turm zum Kyffhäuser

3
Blick in das Cafégeschoß und auf einen Teil der Theke

4
Turmkopf mit den vier Betriebsgeschossen und dem Café

5
Schaft mit Turmkopf und Antenne

6
Turmkopf mit einem Teil der Betriebsgeschosse und Café

7
Blick in das Cafégeschoß

6



5



Richtfunkurm Schwerin-Zippendorf

VEB Industrieprojektierung Berlin

Entwurf: Dipl.-Architekt Günther Kollmann
Dipl.-Ing. Karl-Heinrich Benkert

In Zippendorf bei Schwerin wurde am 30. Juni 1964 das zweite Turmcafé in der Deutschen Demokratischen Republik der Öffentlichkeit übergeben. Das Café liegt im obersten Geschoß des 106,50 m hohen Richtfunkturmes und bietet 74 Personen Platz. Über dem Café befindet sich eine Aussichtsplattform, von der aus man einen herrlichen Ausblick auf die Umgebung mit ihren Seen und Wäldern und auf das nahegelegene Schwerin hat. Zwei Aufzüge besorgen die Personen- und Lastenbeförderung. In 45 Sekunden befördert der Aufzug die Gäste in das Café.

Der Turmschaft mit einem Durchmesser von 10,60 m wurde in Gleitschalung hochgezogen. Neben dem Turm, auf dem sich noch eine 30 m hohe Antenne befindet, ragt ein schon vor einigen Jahren errichteter 264 m hoher Fernsehmast aus Stahl empor.

(Siehe auch „Deutsche Architektur“, Heft 2/1962)

red.

7





1

Schwedt (Oder) ■

Wohnkomplex II



2



3



4

1

Wohnkomplex II in Schwedt (Oder). Die Größe der Stadt ist mit 54 000 Einwohnern und einer Reserve von 6000 Einwohnern geplant. Im Wohnkomplex II werden 4117 Wohnungen für etwa 14 000 Einwohner gebaut.

Baubeginn: 1962

Fertigstellung: 1966

Gesamtleitung: Prof. Dr.-Ing. Richard Paulick,
Vizepräsident
der Deutschen Bauakademie

Haupt-

projektant: VEB Hochbauprojektierung
Frankfurt (Oder)

2 | 3

Das Ledigenwohnheim nach Abschluß der Montage (Plattenbauweise 5 Mp). Es hat 408 Einzelzimmer. Ein Zimmer ist 16,53 m² groß und mit Einbauschränken und zwei festeingebauten Klappbetten ausgestattet. Das Gebäude wird zunächst zur Unterbringung von Bau- und Montagearbeitern genutzt.

Baubeginn: 1963

Fertigstellung: 1964

Projektant: VEB Hochbauprojektierung
Frankfurt (Oder),
Außenstelle Eisenhüttenstadt

Programm-

stellung: VEB Typenprojektierung

4

Ein Teil des Wohnkomplexes II. Die Wohnbauten werden nach Typ Q 6 / Strausberg und dem Projekt QS (Plattenbauweise) errichtet; sie haben generell Zentralheizung und zentrale Warmwasserversorgung.

Die Kombination Kindergarten-Kinderkrippe im Vordergrund hat gemeinsame Kücheneinrichtungen und Sanitärräume.

Erich Rank

Kapazität: 100 Kindergartenplätze und
64 Krippenplätze

Bauweise: Geschosshohe Wandelemente
des Wohnungsbaus

Baubeginn: 1963

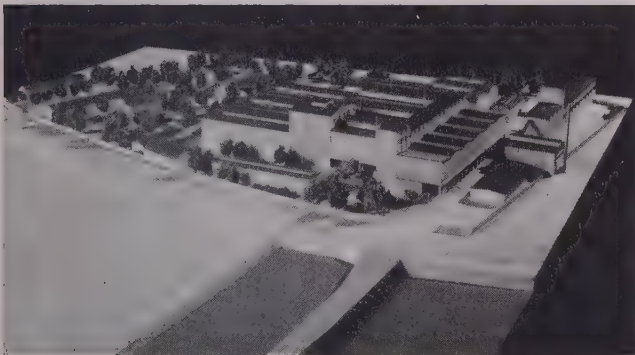
Fertigstellung: 1964

Projektant: VEB Hochbauprojektierung
Frankfurt (Oder)

In den letzten Jahren wurde von Projektierungs-
betrieben der Deutschen Demokratischen Republik
eine Reihe von Industriewerken für das Ausland
projektiert und zum größten Teil auch mit Maschi-
nen aus der Deutschen Demokratischen Republik
ausgerüstet. Die hier getroffene Auswahl be-
schränkt sich auf einige wenige Beispiele. red.



1



2

Volksrepublik Vietnam

Glaswerk Hai-Phong

Architekt Erich Sobe, BDA
VEB Industrieprojektierung Dresden I, Brigade V

Entwurf: Architekt Erich Sobe, BDA
Mitarbeiter: Architekt Karl-Heinz Brade
Architekt Robert Grundig
Statik: Bauingenieur Günther Fleischer
Bauingenieur Jochen Gerhard
Bauingenieur Heinrich Timme

1 | 2 Modellaufnahme des Werkgeländes

Die Projektanten hatten die Aufgabe, ein von der ehemaligen Kolonialmacht 1953 demontiertes und teilzerstörtes Glaswerk entsprechend den modernen Erfordernissen aufzubauen und zu erweitern. Im neuen Werk sollen Flach- und Behälterglas in einem großen Sortiment hergestellt werden.

Die Glashütte liegt nordöstlich von Hai-Phong, hat eine gute Straßenzuführung und kann auch von einem Mündungsarm des Roten Flusses aus vom Seewege her mit Rohstoffen versorgt werden.

In der Gestaltung mußte vorwiegend den klimatischen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Die neuen Hallen für Wannen und Weiterverarbeitung sind weitläufig und natürlich be- und entlüftet. Für die Bauausführung, die in den Jahren 1959 bis 1963 erfolgte, boten sich die größten Schwierigkeiten im Baugrund, der noch in einer Tiefe von 30 m Schlickschichten aufwies. Aus diesem Grunde wurden die Hauptgebäude auf 2300 bis zu 15 m langen Stahlbeton-Rammpfählen errichtet. Der Überbauten wurden als statisch bestimmte Stahlbetonskelette vorgesehen.

Ausschlaggebend für die Lage der neuen Produktionsgebäude war der vorhandene Gebäudebestand, die Lage der Anschlußgleise und die Verladeeinrichtung am Fluß. Die Lage der Gebäude zueinander kann als sehr konzentriert bezeichnet werden und kommt einem Kompaktbau nahe.

Im Zentrum der neu errichteten Produktionsgebäude steht das Gemeindehaus. Von hier aus werden die aufbereiteten Rohstoffe so-

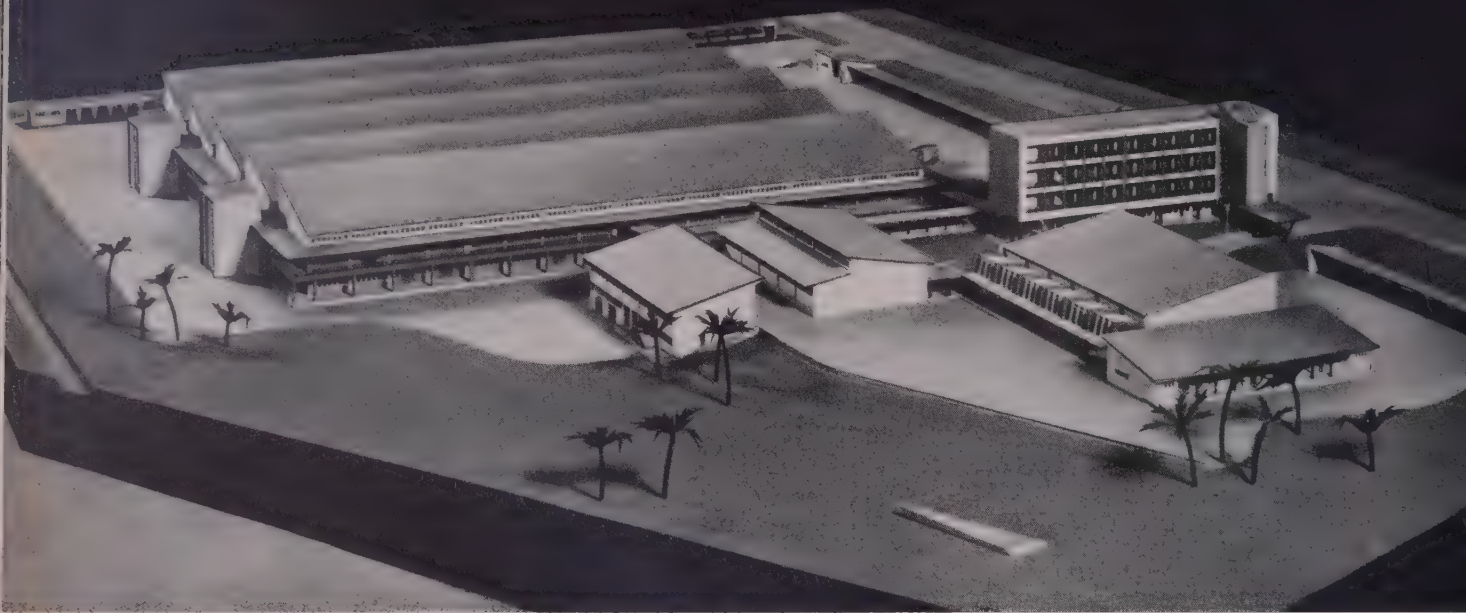
wohl nach Süden über eine Brücke in die alte Wannenhalle I, als auch nach Osten in die neue Wannenhalle II befördert. In östlicher Richtung schließen sich jeweils an die Wannenhallen die Weiterverarbeitungen an.

Bei der Gestaltung der einzelnen Gebäude mußten vor allem die Leichtigkeit der Konstruktion, die hohe Temperatur im Innern der Gebäude und die verhältnismäßig hohen Außentemperaturen und die Luftfeuchtigkeit berücksichtigt werden. Stahlkonstruktionen konnten aus den genannten Gründen keine Anwendung finden. Das leichte Stahlbetonskelett blieb in jedem Falle nach außen sichtbar und wurde mit Mauerwerk ausgefacht. Große Fensterflächen wurden in der Nordrichtung angeordnet, wobei rund die Hälfte aller Öffnungen mit Stahlbeton-Jalousien als Fertigteile geschlossen wurde.

Alle Dächer sind mit Wellasbestzement-Platten gedeckt, und auch das Wellblech der vorhandenen Gebäude wurde durch diese neue Deckung ersetzt.

Entgegen den Modellfotos wurden die Aufbauten der Dachentlüftung in einem V-förmigen Querschnitt errichtet. Die unteren Geschosse erhielten fast ausnahmslos keine Außenwände, damit ein ständiger Zutritt von Frischluft gewährleistet ist.

Für sämtliche Nebengebäude (Sozialgebäude, Verwaltungsgebäude, Lagerräume, Garagen usw.) mußte auf vorhandene Baulichkeiten zurückgegriffen werden.



1

Ghana

Regierungsdrukerei in Tema

Bauingenieur Kurt Fiedler, BDA

VEB Industrieprojektierung Leipzig
Bautechnischer Spezialprojektant
für die grafische Industrie

Bautechnische Gesamtplanung:
Bauingenieur Kurt Fiedler, BDA

Verantwortlich für Funktion und Gestaltung:
Baumeister Hermann Pape, BDA
Dipl.-Ing. Wolfgang Stagun, BDA

Mitarbeiter Entwurf:
Bauingenieur Ronald Brandt, BDA
Dipl.-Ing. Erich Hoffmann, BDA
Baumeister Walter Süßkind, BDA

Mitarbeiter Statik und Konstruktion:
Dipl.-Ing. Dieter Bartsch
Bauingenieur Heinz Kober, KDT
Bauingenieur Peter Kossiel
Bauingenieur Willy Szyszka

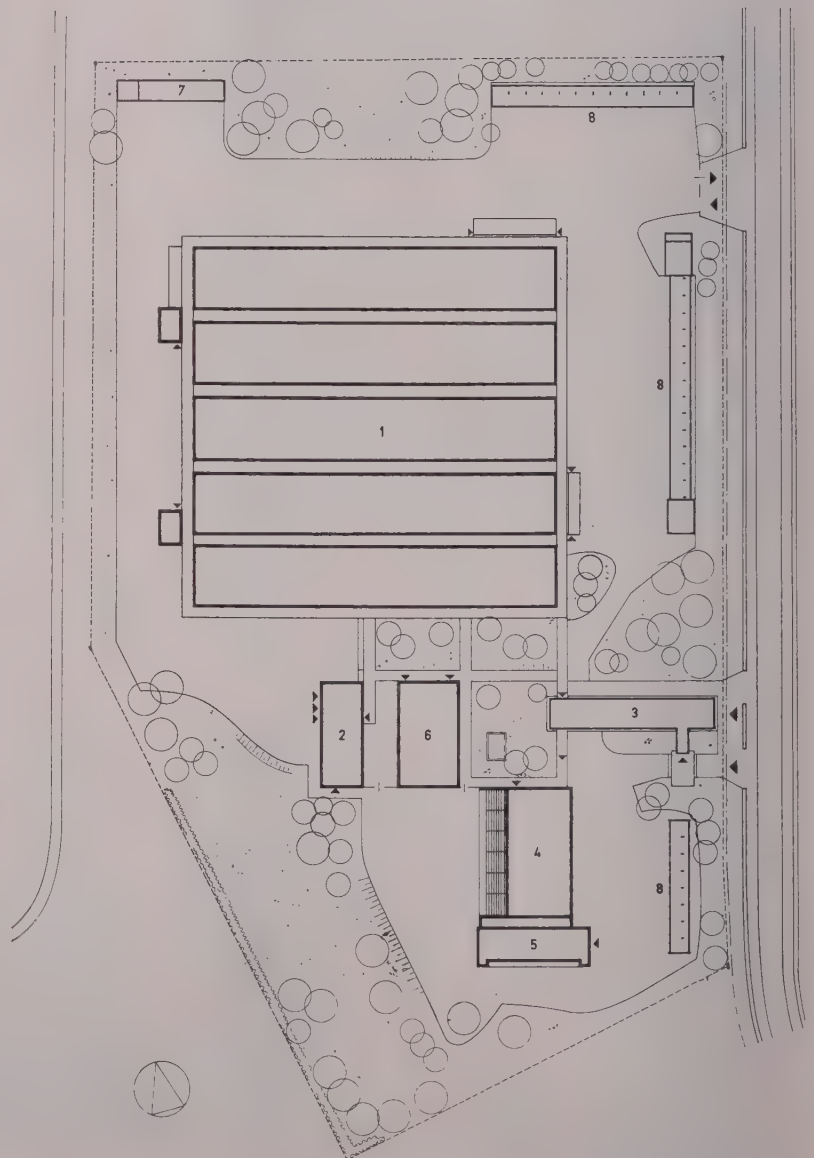
1
Modellaufnahme der Gesamtanlage

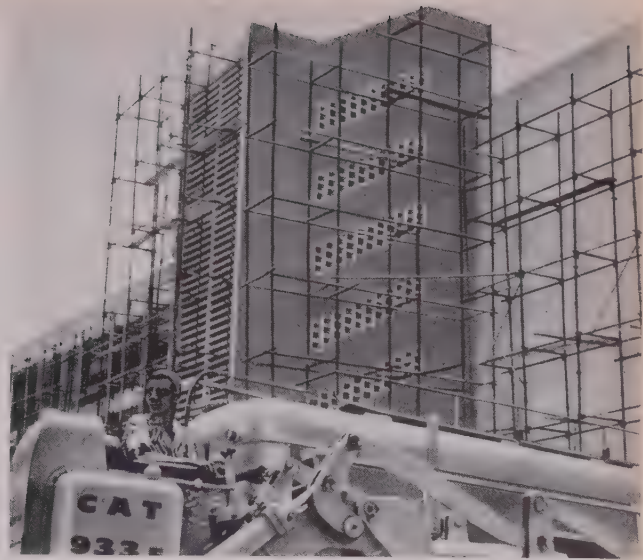
2
Lageplan 1 : 2000

- 1 Produktionsgebäude (Schiffe I-V)
- 2 Trafostation
- 3 Redaktions- und Verwaltungsgebäude
- 4 Speisesaal
- 5 Küche
- 6 WC-, Wasch- und Umkleideräume
- 7 Werkgaragen
- 8 Kraftwagenunterstellräume, Pfortnergebäude

3
Bauarbeiten am Redaktions- und Verwaltungsgebäude

2





Am 21. September 1964 wurde anlässlich des Geburtstages des Präsidenten der Republik Ghana, Nkrumah, in Tema, der neuen, aufwärtsstrebenden Hafenstadt an der Atlantikküste, ein polygrafischer Großbetrieb an die ghanesische Regierung – Ministerium für Information und Rundfunk – übergeben und in Betrieb genommen. Diese Großdruckerei wurde als komplette Anlage von dem Generalprojektanten VEB Zentrales Projektierungsbüro „Polygraph“ Leipzig projiziert und ausgeliefert. Die Ausarbeitung des bautechnischen Projektes lag in Händen des bautechnischen Spezialprojektanten für den Industriezweig Polygraphie VEB Industrieprojektierung Leipzig.

Die technologischen und bautechnischen Projektierungen der Teilobjekte erfolgten nach einem mit dem Auftraggeber und dem staatlichen Baubetrieb G. N. C. C. abgestimmten Projektierungs- und Bauablaufplan in dem Zeitraum März 1961 bis Anfang Dezember 1962. Mit dem Bau wurde im Juni 1962 begonnen.

Die Problematik für die bautechnische Projektierung bestand darin, daß eine umfassende Klärung der Materialsituation des Landes in relativ kurzer Zeit herbeigeführt werden mußte. Im weiteren mußten die örtlichen klimatischen Verhältnisse genauestens studiert werden, um einwandfreie bautechnische Konstruktionen und Funktionen finden zu können. Sonne, Wind, Regen, Temperatur und Luftfeuchte waren für die Entwurfsbearbeitungen stark zu beachtende Faktoren. Weiterhin mußten die für Tema zutreffenden Baugesetze beachtet werden. Für die statischen und konstruktiven Bearbeitungen waren die englischen Stahlbetonbestimmungen als auch das englische Maß- und Gewichtssystem Grundlage. Mit gewissen Hauptproblemen, die für eine Projektierung von grafischen Großbetrieben in tropischen Gebieten mit feuchtwarmem Klima stehen, war der bautechnische Projektant durch andere, bereits von ihm projektierte grafische Betriebe vertraut (s. auch Heft 10/1962).

Lageplansituation

Das Baugrundstück liegt im Südzipfel des für die Hafenstadt Tema ausgewiesenen Industriegeländes an einem wichtigen Berührungspunkt zwischen Wohnbebauung, Industriebebauung, Hafengelände und der Hauptstraße nach Accra (Hauptstadt des Landes). Dieser Standort war deswegen von der Stadtplanung Temas gewählt worden, weil die zu bauende Regierungsdruckerei den städtebaulichen und architektonischen Akzent für dieses Gebiet darstellen sollte. Außerdem war die Standortwahl auch von versorgungs- und verkehrstechnischen Überlegungen abhängig gemacht worden.

Das Baugelände liegt westlich der Straße Nr. 36 und soll westlich von der in der Planung befindlichen Auto-Ringstraße begrenzt werden. Es fällt sehr stark von Südost nach Nordwest ab. Die Zufahrten waren an der Straße Nr. 36 anzuordnen.

Entwurf und Gestaltung

Seit langem schon ist für die grafische Industrie der Kompaktbau die bauliche Anlage, die für die Gesamtfunktion der Technologie ausgezeichnete ökonomische Ergebnisse bringt. Auch in den Tropen ist der Kompaktbau unter besonderen Bedingungen realisierbar. Die klimatischen Verhältnisse der Tropen verlangen eine sehr gute natürliche Querlüftung aller Räume des Kompaktbaus, da es unökonomisch wäre, für die Produktionshallen zentrale Lüftungs- oder gar Klimaanlage vorzusehen. Lediglich in verschiedenen Abteilungen der Produktion sind örtliche Klimageräte (Airconditions) oder örtliche Be- und Entlüftungsanlagen in der fünfgeschossigen Produktionshalle angeordnet worden. Um eine „Aufheizung“ im Innern des Produktionsgebäudes durch direkte Sonneneinstrahlung zu vermeiden, mußte das Gebäude in der Längsachse Ost–West orientiert werden, da die stärkste Sonneneinstrahlung von Osten und Westen erfolgt. Der südliche Sonnenstand ist unproblematisch, da dieser senkrecht ist. Für die natürliche Durchlüftung der Gebäude

ist die Hauptwindrichtung maßgebend, das heißt, die Fensteranordnung mußte sich danach richten.

Die in der Regenzeit einsetzenden sehr starken Regengüsse verlangten wohlüberlegte Dachkonstruktionen mit großen Dachüberständen. Die Windrichtung und die Hauptregenrichtung waren dabei mitbestimmende Faktoren. Dadurch entstanden die eigenwillig anmutenden Dachformen bei verschiedenen Gebäuden.

Für die Hallenschiffe des Produktionsgebäudes sollten nach der Aufgabenstellung des Generalprojektanten sehr gute natürliche Lichtverhältnisse geschaffen werden. Die Orientierung der großen Louvres-Fenster mußte nach Nord-Nordost erfolgen, um ein den ganzen Tag über kontinuierliches Tageslicht zu garantieren.

Die Dächer des Produktionsgebäudes sind mit schallschluckenden, abgehängten Zwischendecken versehen und entsprechend durchlüftet. Ein Wärmedämmstoff, der unter der oberen Dachhaut (Wellaluminium) angeordnet ist, hat außerdem die Funktion, die Trommelwirkung bei Regen zu mindern. Im Gebäudeinnern sind im Mittel 5 bis 6°C niedrigere Temperaturen gemessen worden als außerhalb der Hallen. Dies ist durch die vorgesehene Dachkonstruktion im Zusammenspiel mit der Gebäudequerlüftung erreicht worden.

Konstruktion

Der monolithische Stahlbetonskelettbau wird in Ghana bevorzugt. Er muß den Forderungen, die in den „Westafrikanischen Baubestimmungen“ festgelegt sind, entsprechen. Die Wandausfachungen werden mit Betonblöcken oder Betonhohlsteinen ausgeführt. Die Fundamentierung erfolgte auf verwittertem Gneis und richtete sich nach den für Erdbebengebiete festgelegten Bestimmungen, die in der obenangeführten Bauordnung enthalten sind. Es ist landesüblich, daß die dachhauttragenden Konstruktionselemente aus Mahagoniholz vorgesehen werden. Das im Bauwerk verwendete Holz, das tragende Funktionen übernehmen muß, wird gegen Termiten, Holz- und Bohrwürmer geschützt. Um Wärmeaufladungen, die in den Stahlbetonkonstruktionen Wärmespannungen erzeugen, möglichst zu vermeiden, sind Baustoffe mit geringem Wärmespeichervermögen und schattenspendende Konstruktionen vorgesehen worden. Tragende Stahlkonstruktionen kamen grundsätzlich nicht zur Ausführung, da diese trotz Rostschutzanstrich wegen der in Tema herrschenden hohen relativen Luftfeuchtigkeit (95 bis 100 Prozent, mittags sinkt sie auf etwa 60 bis 70 Prozent ab) und der salzhaltigen Luft der Korrosionsgefahr ausgesetzt sind.

Um für gewisse Bauabschnitte (gedeckte Übergänge, offene Wagenunterstellplätze, Werkeinzäunung) einen Vorlauf für die Bauausführung zu schaffen, wurden Stahlbetonfertigteile entwickelt, die auf der Baustelle durch den Baubetrieb vorgefertigt wurden.

Bauausführung

Das Bauobjekt „Regierungsdruckerei Tema in Ghana“ umfaßte die Teilobjekte:

- Geländep lanierung,
- Versorgungsleitungen,
- Be- und Entwässerung sowie Straßenbau,
- Produktionsgebäude (Schiffe I – V),
- Trafostation,
- Redaktions- und Verwaltungsgebäude,
- Speisesaal (Mehrzwecksaal) und Küche,
- WC-, Wasch- und Umkleieräume,
- Werkgaragen,
- Kraftwagenunterstellräume mit Pfortnergebäude,
- Werkeinzäunung, Terrassen- und Brüstungsmauern,
- überdeckte Gänge.

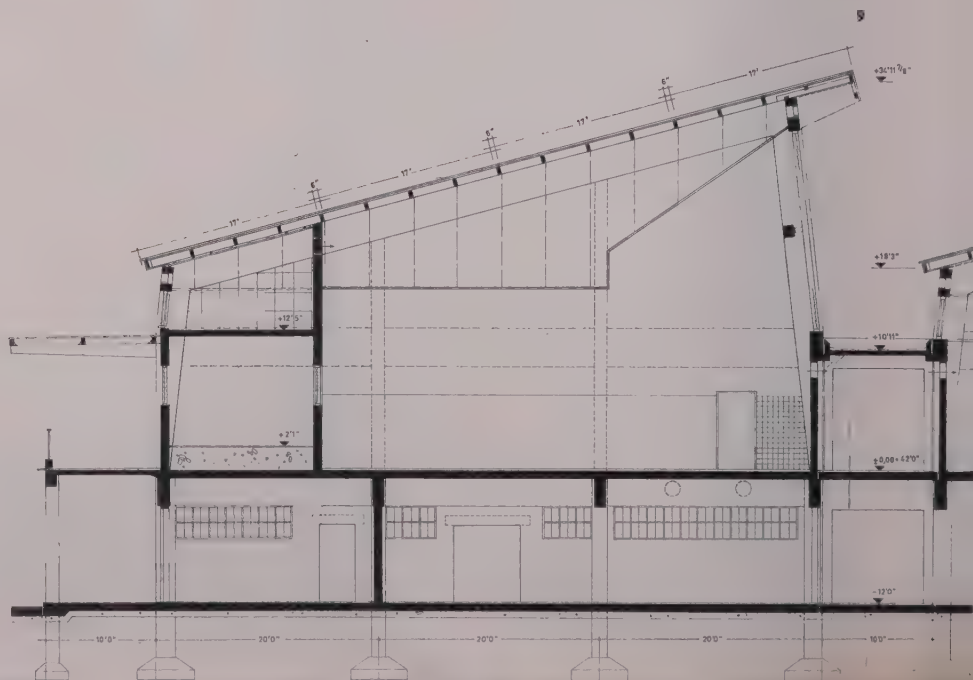


Da dieses Objekt von der Regierung Ghanas geplant war, stand der Realisierung der Maßnahme ab Juni 1962 nichts im Wege, zumal die Projektanten keinen Verzug in der Auslieferung der Teilobjektunterlagen verursachten. So war es möglich, zügig den Baustellenauflaß und die Grobplanierungsarbeiten durchzuführen. Die Gründungsarbeiten für die Teilobjekte und die Herstellung der monolithischen Stahlbetonkonstruktionen wurden von mehreren hundert ghanesischen Arbeitern ausgeführt. Die Materialversorgung lief kontinuierlich und war abgestimmt mit den erforderlichen Zwischenterminen. Durch den Einsatz von zwei deutschen Bauleitern auf der Baustelle (Konsultanten) war es immer möglich, schnelle Entscheidungen zwischen Generalprojektanten und Baufirma herbeizuführen. Da die Baufirma das Gesamtobjekt pauschal nach der von ihr ermittelten Kostenangebotssumme übernommen hatte,¹ waren Änderungen gegenüber den Projektunterlagen durch Variation-Order (Änderungs-Protokoll) zu belegen. Dem guten Zusammenwirken der Verantwortlichen der Baufirma und der deutschen Fachleute ist es zu verdanken, daß die gestellten Zwischentermine für Rohbaufertigstellung und Freigabe für die Ausrüstungsmontage eingehalten wurden.

Die Bauausführung ist als sehr gut zu bewerten. Man kann den ghanesischen Arbeitern aller Gewerke und auch den leitenden Ingenieuren der Baufirma für ihre Leistungen nur höchste Anerkennung zollen. Es kann eingeschätzt werden, daß das Zusammenwirken aller an diesem Projekt verantwortlichen Institutionen Ghanas und der DDR in der Projektierung und Ausführung vorbildlich war.

9
Querschnitt durch die Produktionshalle

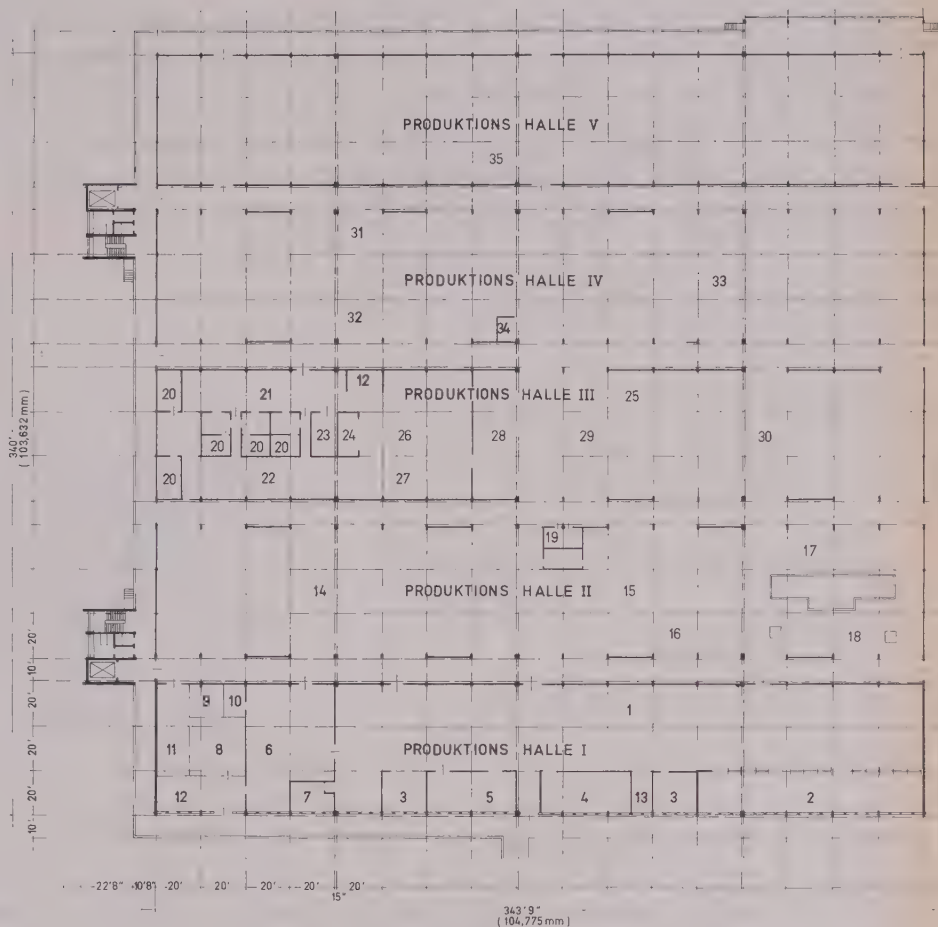
1 : 200



Erdgeschoß

1 : 1000

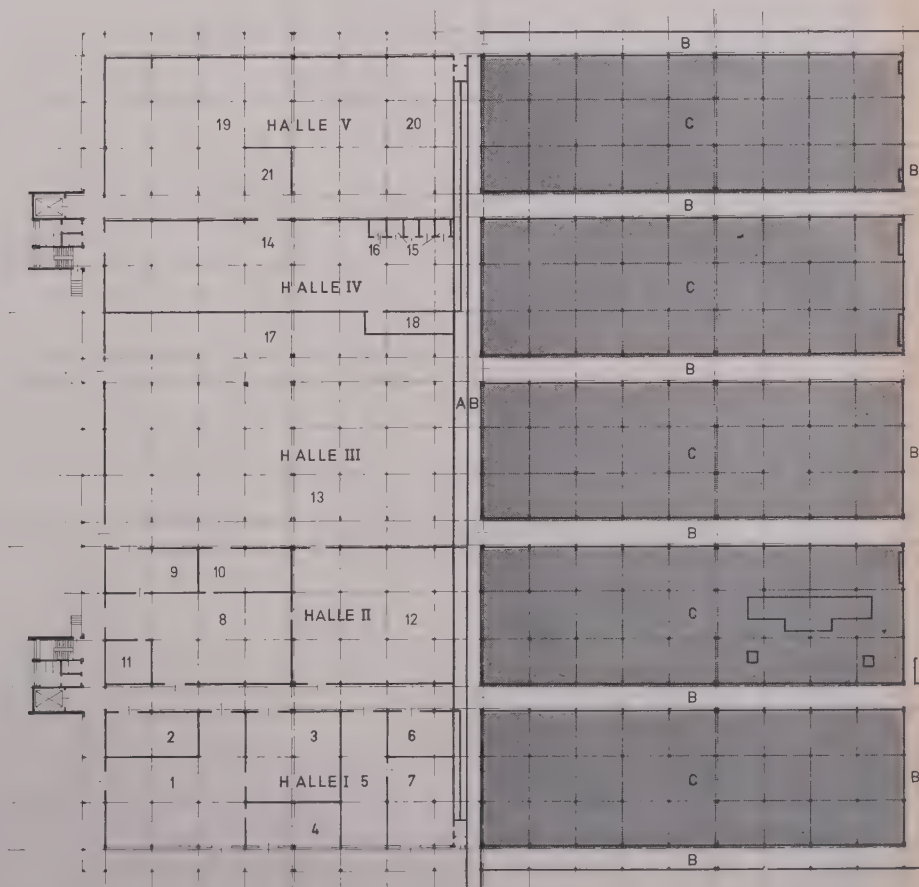
- 1 Handsatz
- 2 Intertype-Abteilung
- 3 Korrektoren
- 4 Monotype-Taster
- 5 Monotype-Gießer
- 6 Stereotypie – Galvanoplastik
- 7 Dunkelkammer
- 8 Chemigrafie
- 9 Kopie
- 10 Silberspritzen
- 11 Klischografen
- 12 Fertigmacherei – Andruck
- 13 Abteilungsleiter
- 14 Buchdruck/Bogendruck
- 15 Druckformvorbereitung
- 16 Schulhefterstellung
- 17 Rotationsabteilung
- 18 Rundstereotypie
- 19 Abteilungsleiter
- 20 Dunkelkammer
- 21 Fotografie
- 22 Retusche
- 23 Kopiermaschine
- 24 Rahmenkopie
- 25 Präparation
- 26 Fertigmachen
- 27 Montage
- 28 Andruck
- 29 Kleinformatige Offsetmaschinen
- 30 Großformatige Offsetmaschinen
- 31 Buchblockverarbeitung
- 32 Weiterverarbeitung von Kleindruck-sachen
- 33 Einzelbogenbearbeitung
- 34 Abteilungsleiter
- 35 Papierlager



Sockelgeschoß

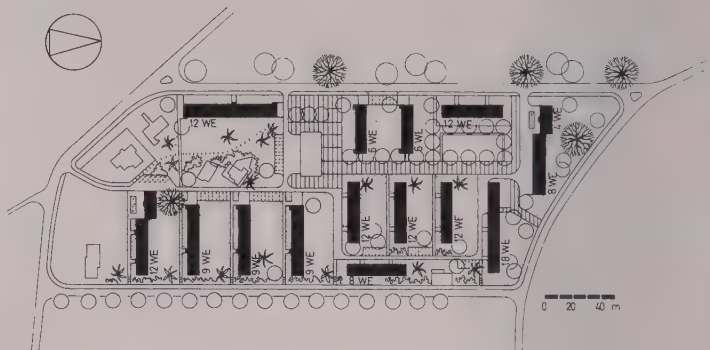
1 : 1000

- 1 Mechanische Werkstatt
- 2 Plattenschleiferei
- 3 Ersatzteillager
- 4 Elektrowerkstatt
- 5 Walzenlager
- 6 Kompressorenraum
- 7 Reserveraum
- 8 Materiallager
- 9 Farblager
- 10 Chemikalienlager
- 11 Filmlager
- 12 Satzlager
- 13 Fertigwarenlager
- 14 Altpapierlager
- 15 Altpapier-Abwurfkammer
- 16 Altpapier-Unterdruckkammer
- 17 Fertigwarenlager
- 18 Ventilatorraum
- 19 Deckenmacherei
- 20 Pappenlager
- 21 Klebstoffvorbereitung
- A Belüftungskanäle
- B Kabelkanäle
- C Hinterfüllte Räume





1



4

5



Sansibar

Wohnungsbau

Architekt Günther Hirschfelder, BDA

VEB Typenprojektierung bei der Deutschen Bauakademie



2

3



In einem Regierungsabkommen zwischen Sansibar und der Deutschen Demokratischen Republik wurden Festlegungen über die Hilfe der DDR beim Aufbau der Bauwirtschaft in der Vereinigten Republik getroffen. Die vereinbarten Unterstützungsmaßnahmen erfolgen nach Schwerpunkten, die von der ökonomischen und politischen Situation nach der Befreiung des Landes bestimmt wurden.

Für die erforderlichen Maßnahmen wurde der „Baustab Sansibar“ beim Ministerium für Bauwesen der DDR gebildet, in dem eine Gruppe von Baufachleuten bei der Organisation einer leistungsfähigen Bauindustrie in Sansibar mitwirkt. Im wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Aufgaben:

- Projektierung und Errichtung einer Mustersiedlung mit rund 150 Wohnungen einschließlich der notwendigen Erschließungs- und Außenanlagen

- Ausarbeitung von Grundlagen für die Entwicklung einer Bau- und Baustoffindustrie unter Einbeziehung der örtlichen Baustoffvorkommen sowie unter Berücksichtigung der nationalen Bedingungen in Sansibar.

Die Stadt Sansibar besteht gegenwärtig aus dem historischen Teil – genannt Steinstadt – und dem Afrikanerstadtteil „Ngambo“. Während die „Steinstadt“ größtenteils mit massiven, dicht aneinander gereihten, mehrgeschossigen Wohn-, Verwaltungs- und Geschäftshäusern bebaut ist, besteht der ausgedehnte Afrikanerstadtteil überwiegend aus selbstgebaute Hütten ohne jegliche sozialhygienische Einrichtungen. Um die vorhandenen unsozialen Wohnverhältnisse, die als Erbe der Kolonialzeit geblieben sind, zu überwinden, hat die Regierung von Sansibar die Rekonstruktion des Stadtteiles „Ngambo“ beschlossen. Da jedoch sowohl die erforderlichen Fachleute als auch die Erfahrungen beim modernen Wohnungsbau fehlen, wurde an die Regierung der DDR die Bitte gerichtet, auf Grund der in der DDR gesammelten Kenntnisse beim Aufbau von sozialistischen Städten und Stadtzentren eine materielle und technische Hilfe bei diesem Vorhaben zu gewähren.

1
Straßenbild im historischen
Stadtteil von Sansibar,
„Steinstadt“

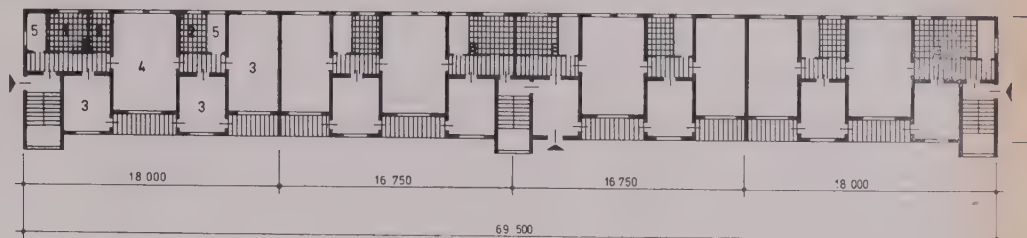
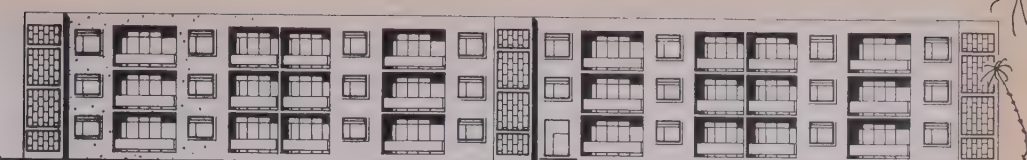
2
Im Afrikanerstadtteil „Ngambo“

3
An der Küste von Sansibar

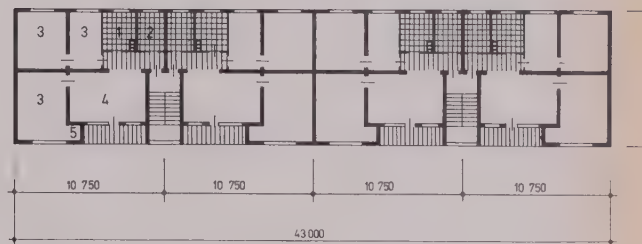
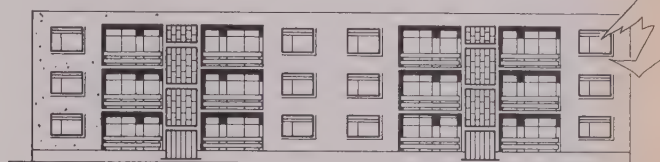
4
Lageplan 1 : 5000

5
Blick auf den Standort
für die neu zu errichtenden
Wohnbauten

6 | 7 | 8
Grundrisse, Ansichten 1 : 500



6-8



- 1 Küche
- 2 Bad und WC
- 3 Schlafraum
- 4 Wohnraum
- 5 Abstellraum

Als Teilnehmer einer Delegation der Regierung der DDR besuchten die Architekten Gladitz und Sieber Anfang des Jahres 1964 Sansibar. Auf Grund ihrer Studien entstanden die ersten Konzeptionen einer Wohnsiedlung, die von der DDR im Afrikanerstadtteil errichtet wird. Nach Abstimmung der Ideenentwürfe mit den zuständigen Dienststellen und nach Zustimmung der Regierung Sansibars wurden in einer Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Baustab Sansibar und dem VEB Typenprojektierung bei der Deutschen Bauakademie die Grundprojekte für die Mustersiedlung fertiggestellt. Diese Grundlagenbearbeitung erfolgte mit dem besonderen Ziel, zur Sicherung eines schnellen Baubeginns eine maximale Anwendung von typisierten Ausrüstungsteilen und Bauelementen aus der laufenden Produktion der DDR zu gewährleisten. Das Ergebnis der Arbeit soll im folgenden näher erläutert werden:

Mit dem Aufbau der Mustersiedlung soll der Auftakt für die Rekonstruktion des Afrikanerstadtteiles gegeben werden. Durch das Fehlen einer endgültigen und exakten Stadtplanung mußte die Festlegung des Standortes für die Siedlung mit außerordentlicher Sorgfalt erfolgen. Es wurde ein Gelände an der Ringstraße vom Flugplatz zur Steinstadt gewählt, das an der Stelle liegt, an der die beiden Stadtteile durch Grünanlagen voneinander getrennt sind. Außer günstigen Bodenverhältnissen für die Gründung der Gebäude spricht auch die Anschlußmöglichkeit für die technische Versorgung der Mustersiedlung an das vorhandene Netz für den vorhandenen Standort. Einen weiteren Vorzug weist das Gelände, das durch vorhandene Straßen weitgehend erschlossen ist, durch die teilweise schwache Bebauung auf, so daß es sofort möglich ist, ohne Umquartierung von Bewohnern den Bau des ersten Wohnblocks zu beginnen. Die genannten Faktoren garantieren, daß die Bauzeit relativ kurz sein kann und damit bald sichtbare Ergebnisse der Hilfe beim Aufbau zu verzeichnen sind.

Die Bebauung erfolgt, auf ausdrücklichen Wunsch der Regierung Sansibars, überwiegend mit dreigeschossigen Wohnblocks in einer abgeschlossenen Baugruppe, die sich auch später in den weiteren Aufbau des Stadtteiles harmonisch einfügen läßt.

Die Gebäude sind im Ensemble unter Berücksichtigung der Sonnenbahn überwiegend in Ost-West-Richtung angeordnet, wobei die

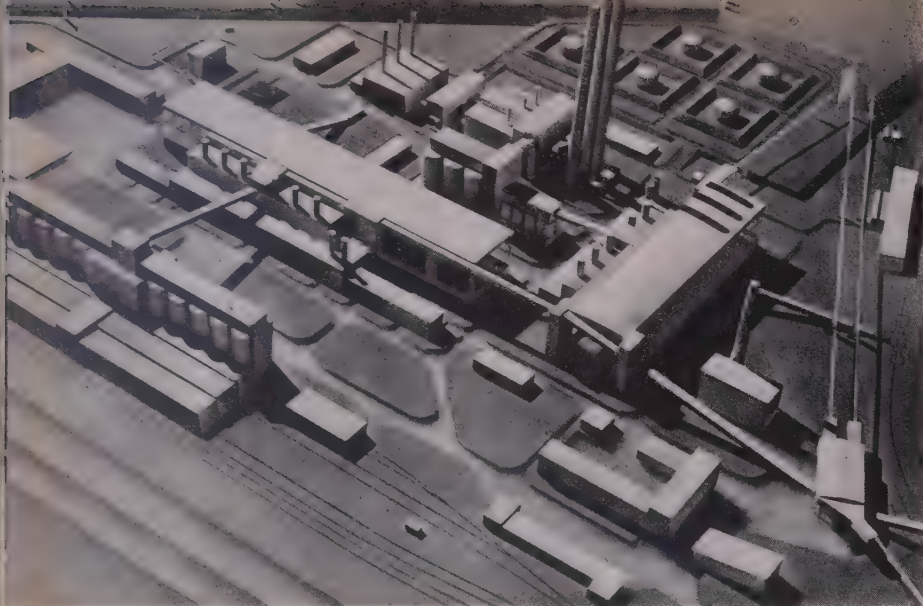
Anlage von ausreichenden Grünflächen sowie Baum- und Strauchbepflanzungen gewünscht wurde.

Die im Entwurf bereits gebilligten Grundrißkonzeptionen sehen drei Wohnungstypen vor, bei denen die spezifischen Lebensbedingungen des Landes berücksichtigt wurden. So war unter anderem empfohlen, daß die Räume möglichst über die gesamte Gebäudetiefe reichen, damit eine ständige Querlüftung vorhanden ist. Wohnungsgröße und Abmessungen der Räume innerhalb der Wohnungen sind gegenüber unseren Verhältnissen bedeutend aufwendiger, da die Familiengrößen um ein Mehrfaches höher sind als in der DDR. Die vorgesehene Ausstattung der Wohnungen entspricht im wesentlichen der auch in der DDR üblichen Einrichtung, ausgenommen sind selbstverständlich Heizungsanlagen. Alle Gebäude werden in monolithischer Mauerwerksbauweise errichtet. Eine Unterkellerung ist nicht vorgesehen. Bei der Grundlagenbearbeitung wurde versucht, eine weitgehende Vereinheitlichung der Hauptabmessungen zu erreichen, um für die Bauproduktion Möglichkeiten einer Spezialisierung und Vorfertigung zu schaffen. So ergaben sich Deckenspannweiten von 3750 mm, 4375 mm und 4750 mm. Die Geschosshöhen betragen einheitlich 3000 mm.

Die Treppenkonstruktionen einschließlich der Podestflächen sollen monolithisch in Vollbeton gefertigt werden. Die letzte Geschosdecke bildet gleichzeitig die Dachabschlußkonstruktion. Eine ausreichende Dämmschicht auf der Rohdecke gibt den notwendigen Schutz gegen die klimatischen Einwirkungen.

Die Mustersiedlung wird durch eine staatlich gelenkte Bauabteilung aufgebaut, die unter Anleitung deutscher Spezialisten gebildet wird. Diese Bauabteilung ist zugleich Ausbildungszentrum und Ausgangspunkt für die Einrichtung weiterer Betriebe. Die Projektierung für die Mustersiedlung erfolgt zweckmäßigerweise direkt in Sansibar. Dadurch wird eine enge Zusammenarbeit mit den vorhandenen Kräften der Stadtplanung und Projektierung gewährleistet.

Die gesamten Maßnahmen stellen einen wertvollen Beitrag bei der Schaffung einer eigenen leistungsfähigen Bauindustrie in Sansibar dar und sind ein Ausdruck der Solidarität der Deutschen Demokratischen Republik mit den befreiten Völkern Afrikas.



Modell der Gesamtanlage

Ungarische Volksrepublik

Zementwerk „Donau-Zement“

Günther Stiepel

Hauptingenieur im VEB Industrieprojektierung Dessau

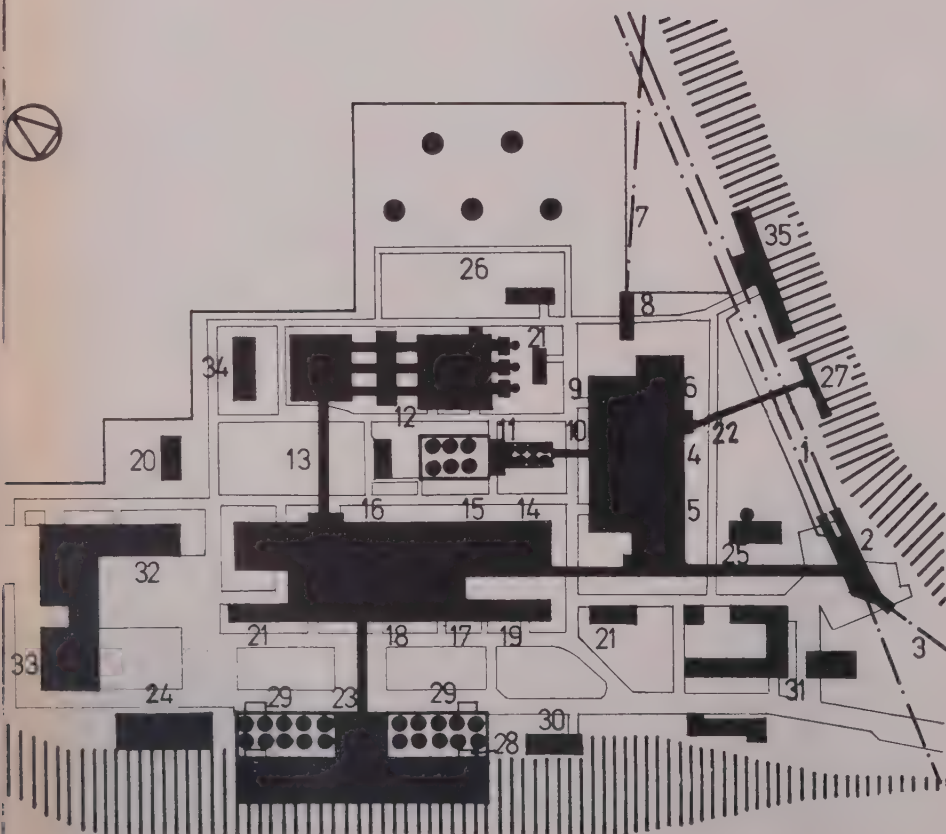
Bautechnischer Projektant:
VEB Industrieprojektierung Dessau

Hauptentwurfsbearbeiter:
Bauingenieur Gustav Thomas
Bauingenieur Hans Barfknecht
Architekt Jürgen König
Bauingenieur Rudolf Lippert

Technologischer Projektant:
VEB Zementanlagenbau Dessau

Lageplan

1 : 5000



- 1 Seilbahn I und II
- 2 Entladestation für Kalksteinschlacke
- 3 Seilbahn III
- 4 Lager für Kiesabbrand
- 5 Lager für Kalkstein
- 6 Lager für Ton
- 7 Seilbahn IV (Ton)
- 8 Tonbrecherei
- 9 Tontrocknerei
- 10 Rohmühlen
- 11 Misch- und Vorratssilos
- 12 Ofenanlage
- 13 Klinkertransport
- 14 Lager für Gips
- 15 Lager für Schlacke
- 16 Lager für Klinker
- 17 Schlackentrocknerei
- 18 Zementmühlen
- 19 Kompressorenstation
- 20 Trafo-Hauptstationen
- 21 Trafo-Unterstationen
- 22 Gipsbrecherei
- 23 Zementsilos und Packerei
- 24 Papiersackfabrik
- 25 Heizwerk
- 26 Ölversorgung
- 27 Waggonkippanlage
- 28 Gleiswaagen
- 29 Straßenfahrzeugwaagen
- 30 Lokomotivschuppen
- 31 Verwaltung
- 32 Werkstatt – Garagen
- 33 Magazin
- 34 Baustofflager
- 35 Wärmehalle

Das Zementwerk arbeitet nach dem Halbtrockenverfahren; es ist mit drei Drehhöfen ausgestattet, die eine Leistung von je 850 t Klinker/Tag (Nenndurchsatz) haben. Diese Menge entspricht einer Jahresproduktion von rund 1 Mill./t Zement.

Eine derartige Anlage ist in der Ungarischen Volksrepublik bisher noch nicht gebaut worden. Die hierdurch anwachsende Zementproduktion des Landes schafft weitere Möglichkeiten beim Aufbau neuer Industriebetriebe, dient der Steigerung der Bauproduktion auf dem Lande und ermöglicht den industriellen Wohnungsbau in Montagebauweise.

Im April 1959 begann die Bearbeitung des Grundprojektes für die gesamte Werkanlage, wobei die Bahnanlagen, die Sozialanlagen und die Erschließung des Kalkstein- und Tonbruches von den ungarischen Projektierungsbüros Mélyépterv und Jparterv, Budapest, übernommen wurden.

Der VEB Industrieprojektierung Dessau bearbeitete im Auftrage des VEB Zementanlagenbau Dessau das bautechnische Grundprojekt und die Ausführungsunterlagen für den Industrieteil.

Zur Einhaltung der sehr knappen Termine für das Grund- und Ausführungsprojekt wurden alle Entwurfsbrigaden des Betriebes nach Eingang der technologischen Unterlagen, die vom VEB Zementanlagenbau Dessau erarbeitet und geliefert wurden, in die Projektierung einbezogen.

Entsprechend dem geplanten Bauablauf wurden die Ausführungsprojekte, beginnend im Dezember 1959 bis zum Juni 1960, ausgeliefert.

Während dieser Zeit war in Dessau eine Gruppe ungarischer Architekten und Ingenieure tätig, welche die Nostrifikation der in der DDR erarbeiteten Ausführungsunterlagen vornahm, so daß die Zeichnungen und Berechnungen sofort dem Baubetrieb übergeben werden konnten.

Der eigentliche Industriebau konnte im Frühjahr 1960 begonnen werden. Die zuvor ausgeführten Tiefbauarbeiten, wie Rohr- und Kabelkanäle, Geländeplanierung und das Herstellen der Hauptwerkstraßen, waren wesentliche Voraussetzungen für einen zügigen Bauablauf.

In der Folgezeit arbeiteten zwei große ungarische Industriebaubetriebe an den Hauptstationen des Zementwerkes, um den Monteuren für die Ausrüstung die entsprechende Montagefreiheit zu schaffen.

Neben den typischen Stahlbetonskelettkonstruktionen wurde schon bei Beginn der Projektierung mit den ungarischen Vertretern der Baubetriebe untersucht, in welchem Umfange die Stahlbetonfertigteilmontage und der Gleitbau anzuwenden sind. Da die ungarische Bauindustrie Hebezeuge großer Tragfähigkeit besitzt, wurden die Stützen der Lagerhallen als Stahlbetonfertigteile in einer Länge von etwa 28 m und einem Gewicht von 46 Mp hergestellt.

Entsprechend dem Montageplan auf der Baustelle angefertigt, wurden sie mit 2 A-Hebezeugen, die eine Nutzlast von 75 Mp haben, montiert und mit dem monolithisch hergestellten Fundament verschweißt. Auch die 6 m hohen Stützwände der Lagerhallen wurden aus Stahlbetonfertigteilen hergestellt. Hierdurch war ein schneller Baufortschritt beim Aufbau der 150 m langen Lagerhallen möglich.

Auch die Motorenräume der Mahlanlagen, die Kompressorstation, die Ölentladung und die Bahnsteigverladung wurden aus Fertigteilen montiert.

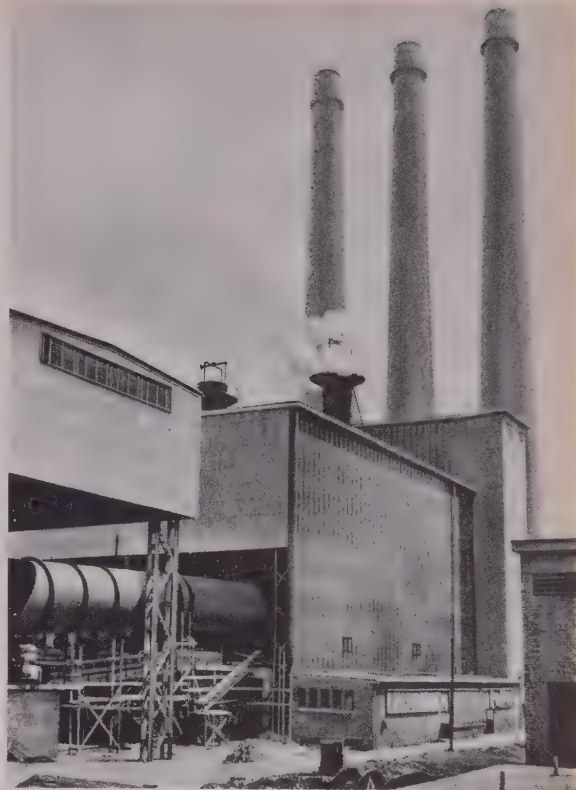
In Gleitbauweise sind die Misch- und Vorratssilos und die Zementsilos ausgeführt worden. Hier handelt es sich um 14 m und 28 m hohe Stahlbetonröhren mit einem Durchmesser von 6 m und 14 m. Dominierend nach Fertigstellung des Werkes sind die drei 100 m hohen Drehfenschornsteine, die Zementsiloplanlage und die Packerei mit einer Höhe von 40 m auf der Längsseite der Werkanlage.

Die Eingangsseite wird vom zentralen Verwaltungsgebäude mit Restaurant und Versammlungssaal und im Hintergrund von der Rohstofflagerhalle, die eine Länge von 150 m und eine Höhe von 28 m hat, beherrscht.

Aus dem Lageplan ist zu ersehen, daß die einzelnen Hauptstationen konzentriert aufgebaut wurden, wobei die Abstände der Baukörper untereinander durch den Platz für die Transportanlagen bestimmt wurden.

Vom Beginn der Bauarbeiten bis zur Inbetriebnahme des Werkes am 7. November 1963 sind etwa 48 Monate vergangen. Für die bautechnische Projektierung der Werkanlage wurden etwa 14 Monate benötigt.

An dieser Stelle soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Zusammenarbeit der Architekten und Ingenieure mit den ungarischen Projektierungsbüros Jparterv und Mélyépterv, Budapest, bei der Bearbeitung des Projektes sehr gut war und daß auch auf der Baustelle die Zusammenarbeit zwischen den ungarischen und deutschen Bauingenieuren nur ein Ziel hatte, die in der DDR projektierten Bauwerke in guter Qualität auszuführen.



3

3
Ofenanlage

4

Blick auf die Gesamtanlage

5

Zementsiloplanlage und Packerei

4



5



Projektierung und wissenschaftlich-technischer Höchststand

Die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes und die Erhöhung des Nutzeffektes der Investitionen erfordern grundlegende Maßnahmen in der Projektierung, eine Verbesserung der Arbeitsweise und Projekte höchster Qualität, das heißt eine optimale Projektierung. Diese Problematik stand im Mittelpunkt der 12. Plenartagung der Deutschen Bauakademie, von der wir hier berichten. Mit diesen Beiträgen beginnen wir eine Reihe von Veröffentlichungen, in denen wir kritisch und konstruktiv zur Situation und Perspektive in der Projektierung Stellung nehmen wollen. Wir bitten unsere Leser, uns ihre Meinungen und Vorschläge zu diesen aktuellen Fragen mitzuteilen. red.

Kommuniqué der 12. Plenartagung der Deutschen Bauakademie

am 25. Juni 1964 in Berlin

Die Erhöhung des ökonomischen Nutzeffektes der Investitionen ist von hoher gesamtwirtschaftlicher Bedeutung. Je schneller und besser unsere neuen Industrierwerke gebaut werden, desto rascher wird ihre Produktion wirksam. Dabei spielen die Einführung neuer Projektierungsmethoden, die Durchsetzung der optimalen Projektierung, die Anwendung der modernen Rechentechnik sowie eine stärkere Konzentration, insbesondere der technologischen Projektierung, eine entscheidende Rolle. Die grundlegenden Veränderungen in der Arbeitsweise der Projektierung bildeten den Mittelpunkt der Beratungen der 12. (öffentlichen) Plenartagung der Deutschen Bauakademie.

Der Präsident der Deutschen Bauakademie, Prof. Dipl.-Ing. Gerhard Kosel, stellte seinem Referat einen Bericht über die Freundschaftsreise der Regierungsdelegation der DDR durch die Sowjetunion voran. Er zog die Schlußfolgerungen, die sich aus dem Freundschaftsvertrag zwischen der UdSSR und der DDR und aus den in der Sowjetunion gewonnenen Erkenntnissen für das Bauwesen der DDR ergeben. Haupttrichtung der Projektierung in der Sowjetunion ist die Projektierung ganzer Industriegebiete und komplexer Typensektionen. So erzielten zum Beispiel sowjetische Experten bei der Ausarbeitung eines Projekts für einen Industriekomplex bei Angarsk gegenüber der bisher üblichen Methode der Einzelprojektierung eine Senkung der Investitionskosten um 26 Prozent, der jährlichen Betriebskosten um 3 Millionen Rubel und eine Verringerung um 1500 Arbeitskräfte.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß das Bauvolumen in der DDR bis 1970 gegenüber 1964 um mehr als 50 Prozent ansteigt und im Bereich der Chemie der Bauumfang sich sogar um 70 Prozent erhöht, müssen die Leistungen der Projektierung beträchtlich gesteigert werden. Im Investitionsbauwesen kommt es insbesondere darauf an, in zweckmäßigster Zusammenfassung ganze Industriekomplexe mit gemeinsamen Hilfsproduktionen, Verkehrs- und Versorgungsanlagen zu projektieren und dabei die mit dem neuen Industriegebiet zusammenhängend zu errichtenden Wohnkomplexe einzubeziehen.

Für den Bau neuer Industriekomplexe in der DDR ist die Katalogprojektierung einzuführen; die Kataloge müssen das umfassende Angebot an Baustoffen, Bauelementen, Baugruppen und Gebäuden für den Auftraggeber, den Projektanten, den Bau- und Aus-

rüstungsbetrieb und die Vorfertigung enthalten. Prof. Kosel stellte die Aufgaben,

- die Menschen für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes bei der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen zu gewinnen und zu befähigen, den größten Teil der Investitionen des Industrieneubaus der DDR auf eine geringe Anzahl von Industriegebieten – etwa 15 bis 20 – mit den dazugehörigen Wohnkomplexen zu konzentrieren,
- in der Typenprojektierung zur Anwendung von kompletten Typensektionen aus Elementen des Baukastens für Bau und Ausrüstungen unter weitgehender Übernahme sowjetischer Entwicklungen überzugehen,
- die Optimalprojektierung mit breiter Anwendung mathematischer Methoden und des elektronischen Rechnens sowie die Katalogprojektierung im gesamten System der Volkswirtschaft durchzusetzen und
- in der Projektierung konsequent zur wissenschaftlichen Leitung unter Anwendung ökonomischer Hebel überzugehen.

In der Diskussion berieten die Tagungsteilnehmer die dem Plenum vorliegenden Grundsätze zur Veränderung der Projektierung, die dem Ministerrat der DDR zur Bestätigung vorgelegt werden sollen. Der Minister für Bauwesen, Ingenieur Wolfgang Junker, stellte in seinem Schlußwort allen Bauleuten der DDR die Aufgabe, sofort im Bauwesen mit der Verwirklichung des Vertrages über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der DDR und der UdSSR zu beginnen. Dabei kommt es mehr denn je darauf an, daß die Bauwissenschaftler und Projektanten alle Reserven nutzen, um die notwendige Steigerung der Arbeitsproduktivität im gesamten Bauwesen zu erreichen. Das wird nur möglich sein, wenn die neuesten wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse über das Projekt in die Baupraxis eingeführt werden. Er wies darauf hin, daß die Vorbereitungen zur Durchsetzung der wirtschaftlichen Rechnungsführung in den Instituten der Deutschen Bauakademie und in den Projektierungsbetrieben zum Abschluß gebracht werden müssen, damit sie ab 1. Januar 1965 verwirklicht werden kann. Der Minister schloß mit der Forderung, durch eine grundlegende Änderung der Arbeitsweise in den Projektierungsbüros generell zur Projektierung auf der Grundlage von Typenbauwerken und Typensektionen überzugehen.

Die Aufgaben der Projektierung zur Erreichung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes

Aus dem Referat zur 12. Plenartagung der Deutschen Bauakademie

Prof. Dipl.-Ing. Gerhard Kosel
Präsident der Deutschen Bauakademie

Am 12. Juni wurde im Ergebnis des Staatsbesuches des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Walter Ulbricht, in der UdSSR der Vertrag über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DDR unterzeichnet. Der Abschluß dieses Vertrages ist ein welthistorisches Ereignis. Die in den Jahren des Kampfes und der Arbeit bewährte Freundschaft zwischen der DDR und der Sowjetunion erhält mit diesem Vertrag weitere Garantien und eine klare Perspektive. . .

Der Vertrag über Freundschaft, Beistand und Zusammenarbeit sieht vor, die wissenschaftlich-technischen Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR maximal zu entwickeln. Diese Festlegung muß auch im Bauwesen und dabei insbesondere auf dem Gebiet der Forschung und Projektierung verwirklicht werden. In den vergangenen Jahren haben wir die Erfahrungen der Sowjetunion sorgfältig studiert. Viele Erfolge unseres Bauwesens sind der Übernahme sowjetischer Erfahrungen zu danken. Es bestehen konkrete Vorstellungen darüber, wie die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit im Bauwesen unter den neuen Bedingungen unter anderem durch unmittelbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Industriebaus, der Projektierung von Chemie- und metallurgischen Werken, der Chemisierung des Bauens sowie der Einführung des elektronischen Rechnens im Entwurfswesen weiter zu verstärken und zu vertiefen ist. Je besser wir diese Zusammenarbeit organisieren, desto schneller und umfassender wird die Annäherung der nationalen Wirtschaften der beiden Staaten auch auf dem Gebiete des Bauwesens erfolgen. Damit wird ein Höchstmaß der Erhöhung der Produktivität der Arbeit im Bauwesen ermöglicht. . .

Entwicklung und Aufgaben der Projektierung

In den volkseigenen Projektierungsbetrieben des Bauwesens erhielten Ingenieure und Architekten erstmalig in Deutschland die große und schöne Aufgabe, den Aufbau unserer Industrie, der Städte und Dörfer nach den Bedürfnissen und im Auftrag des Volkes zu projektieren. Gegenwärtig arbeiten in den volkseigenen bautechnischen Projektierungseinrichtungen rund 13 700 Ingenieure, Architekten und technische Kräfte, von denen der überwiegende Teil seine Ausbildung an den Hoch- und Fachschulen unserer Republik erhielt und praktische Erfahrungen auf unseren Baustellen erwarb. Die Mehrzahl der Projektanten ist in bautechnischen Projektierungsbüros mit durchschnittlich 400 Mitarbeitern konzentriert. Demgegenüber gehören in Westdeutschland, wie einem Artikel von Professor Henn, Hannover, zu entnehmen ist, Architektur- und Projektierungsbüros mit mehr als 30 Mitarbeitern zu den Ausnahmen. Die Konzentration der Architekten und Bauingenieure in großen Entwurfsbüros schaffte Voraussetzungen für eine wissenschaftliche Ausarbeitung von Projekten auf der Grundlage einer weitgehenden Arbeitsteilung unter einer einheitlichen Leitung. Mit der Konzentration der bautechnischen Projektierungskräfte wurde die Spezialisierung der Projektierung im Industriebau, Hochbau und in der Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung durchgeführt. Durch die begonnene Spezialisierung des Industriebaus nach Zweigen entstanden günstige Bedingungen für eine enge Zusammenarbeit mit den technologischen Projektierungsbüros sowie für die internationale Zusammenarbeit und Arbeitsteilung auf Grund zweiseitiger Abkommen und im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe.

Die Ingenieure und Architekten der volkseigenen Projektierungsbetriebe haben durch die Ausarbeitung der Projekte einen entscheidenden Anteil an der Vorbereitung und Durchführung unserer Investitionsvorhaben und der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Gemeinsam mit den Bauwissenschaftlern haben sie mit der Ausarbeitung der Methode der Typenprojektierung, der Typensegmente, Typenprojekte und Standards wichtige Voraussetzungen zur Durchsetzung des industriellen Bauens geschaffen. Die Entwicklung der Elemente des Baukastens ist ein wichtiger Schritt zur Massenproduktion großformatiger Bauelemente und zur Montage von Bauwerken nach modernen Bau- und Montagetechnologien. In Auswertung sowjetischer Erfahrungen: wurden erste Ergebnisse bei der Einführung des kompakten Bauens und der komplexen Fließfertigung erzielt. Durch die Typenprojektierung sowie die Konzentration und Spezialisierung der Projektierungskapazitäten wurde die Arbeitsproduktivität bei gleichzeitiger Erhöhung der Qualität der Projekte beträchtlich gesteigert. Dadurch konnte der von 1955, dem Jahr des Beginns der Typenprojektierung, bis 1963 auf 192,6 Prozent angewachsene Umfang der Bauleistungen mit einer im wesentlichen unveränderten Anzahl von Projektierungskräften projektmäßig gesichert werden.

Ohne die guten Leistungen der Ingenieure und Architekten der Projektierungsbetriebe schmälern zu wollen, müssen wir die ernste Feststellung machen, daß die Projektierung ihre Aufgabe im System der Vorbereitung und Durchführung der Investitionen bisher unzureichend gelöst hat. Ein Zurückbleiben gegenüber den Forderungen unserer Volkswirtschaft zeigt sich sowohl bei der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes als auch bei der termingerechten Fertigstellung der Projektierungsunterlagen. Die Entwicklung der Projektierungskapazitäten, die Methoden der Projektierung sowie die Planung und Leitung des Projektierungswesens und die Ausbildung der Kader haben mit den Anforderungen, die heute an das Investitionsbauwesen gestellt werden, nicht Schritt gehalten. . .

In den Jahren bis 1970 steigt das Bauvolumen um mehr als 50 Prozent gegenüber 1964 an. Im Bereich der Chemie beträgt die Erhöhung des Baumfanges

sogar etwa 70 Prozent. Die Leistungen der Projektierung müssen demzufolge ebenfalls beträchtlich gesteigert werden. Dabei hat die Projektierung entscheidend dazu beizutragen, entsprechend den Festlegungen des VI. Parteitagess die nationale Wirtschaft der DDR auf der Grundlage des höchsten Standes von Wissenschaft und Technik zu gestalten.

Das bedeutet insbesondere, den Nutzeffekt der Investitionen zu erhöhen, die Bauzeiten zu verkürzen und die Baukosten bei gleichzeitiger Verbesserung der Qualität der Bauwerke zu senken.

Industriekomplexe

Der Nutzeffekt einer Investition ist in erster Linie von der Qualität des Projektes abhängig. Durch die in der Projektierung erarbeitete Gesamtkonzeption werden nicht nur der Aufwand für die Errichtung des Investitionsvorhabens selbst, sondern auch die Kosten für einen späteren Betrieb und die Unterhaltung entscheidend beeinflusst. Das Projekt ist Hauptinstrument zur Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes sowohl im Bauwesen wie auch in der Betriebstechnologie.

Im Investitionsbauwesen wird der technisch-wissenschaftliche Höchststand charakterisiert durch die technisch-ökonomisch zweckmäßigste Zusammenfassung einzelner Industriebetriebe zu Industriegebieten und Industriekomplexen mit gemeinsamen Hilfsproduktionen, Verkehrs- und Versorgungsanlagen. Diese Komplexe sind als kompakte kombinierte Bauten aus Typensektionen mit unifizierten technologischen Linien aus standardisierten Elementen des Baukastens für Bau und Ausrüstung zu errichten. Die Möglichkeiten des Freibaues und Teilfreibaues sind voll zu nutzen. Der Aufbau der Anlagen hat in komplexer Fließfertigung zu erfolgen. Die Investitionen für Rekonstruktionen und Neubauten sind unter vorrangiger Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Rekonstruktion bestehender Werke einheitlich zu planen und projektieren. . .

Die Deutsche Bauakademie hat auf Grund eines Auftrages der Staatlichen Plankommission eine Überprüfung der wichtigsten Investitionsbauvorhaben aus den Planvorschlägen bis 1970 vorgenommen. Nach Abschluß der Arbeit der Experten zeigt sich, daß durch Konzentration der Investitionen bei den überprüften Vorhaben Einsparungen von über 13 Prozent des Bauanteils möglich sind. Anstelle der bisher vorhandenen Vielzahl von Baustellen können nach den Vorschlägen der Experten die wichtigsten Investitionen der Industrie bis 1970 auf etwa 20 Industriekomplexe beschränkt werden. Die Kollegen des VEB Industrieprojektierung Leipzig haben in Auswertung der Erfahrungen der Sowjetunion im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 15. Jahrestages unserer Republik vorgeschlagen, in Leipzig-West in Erweiterung eines Kompaktbaus einen Industriekomplex zu entwickeln. Wie die Leipziger Industriebauer sollten alle Projektanten handeln. Mit solcher Initiative werden wir schnell vorwärts kommen.

Komplette Typensektionen

Der Projektierung der Industriekomplexe werden in der Sowjetunion Typensektionen mit kompletten technologischen Linien zugrunde gelegt. Die Projektierung von kompletten Typensektionen ist eine Weiterentwicklung der Segmentprojektierung. Das Neue besteht darin, daß einer aus bestimmten Segmenten zusammengesetzten räumlichen Einheit bestimmte unifizierte technologische Linien zugeordnet werden. Auf Grund der Sektionsprojektierung können den Auftraggebern Projekte kompletter Produktionseinheiten angeboten werden. Durch Kombination verschiedener Sektionen entstehen Produktionsgebäude in Form von Kompaktbauten. Für Betriebe der chemischen Industrie, des Maschinenbaus, der Nahrungsmittel- und Leichtindustrie sowie der Baumaterialienproduktion wurden in der Sowjetunion Ausführungszeichnungen vereinheitlichter, kompletter Typensektionen ausgearbeitet. Um auf dem Gebiet der Sektionsprojektierung schnell voranzukommen, wird vorgeschlagen, im Rahmen der engeren Zusammenarbeit und Arbeitsteilung zwischen der UdSSR und der DDR systematisch die in der Sowjetunion ausgearbeiteten Projekte zu übernehmen und sie unseren Verhältnissen anzupassen.

Schnelle Wirksamkeit der Investitionen

Das Ziel aller Maßnahmen zur Veränderung der Projektierung muß die schnelle Wirksamkeit der Investitionen mit höchstem volkswirtschaftlichen Nutzen sein. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Qualität der Projekte zu erhöhen und die Projektierungszeit zu verkürzen durch

- die schnelle Übernahme der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse auf der Grundlage der prognostischen Einschätzung in das Projekt bei Anwendung der Methode der Optimalprojektierung;
- die enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und die Arbeitsteilung auf dem Gebiete der Bauforschung und Projektierung im Rahmen der Ständigen Kommission Bauwesen des RGW;
- eine wissenschaftliche Planung, Leitung und Organisation der Projektierung bei umfassender Anwendung ökonomischer Hebel;
- die enge Gemeinschaftsarbeit der bautechnischen Projektierung mit der Bauforschung, den technologischen Instituten und Projektierungsbetrieben sowie der Vorfertigungsindustrie und der Baudurchführung bei ständiger Nutzung der Erfahrungen und Vorschläge der Neuerer, Rationalisatoren und Arbeitsforscher;
- die richtige Auswahl, den Einsatz und die Qualifizierung der Projektanten.

Weltstand ist Maßstab

Bei den notwendigen Veränderungen in der Projektierung geht es nicht nur um die Erhöhung der Projektierungskapazität zur Bereitstellung der notwendigen Projektunterlagen für die steigende Investitionstätigkeit bis 1970. Es geht vor allem um qualitative Veränderung der Projektierung zum Zwecke der Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes über das Projekt unter den Bedingungen der industriellen Revolution. . .

Auf dem 8. Plenum der Deutschen Bauakademie wurde eine erste Analyse des wissenschaftlich-technischen Niveaus unserer Investitionen auf dem Gebiete der chemischen Industrie, des Kraftwerksbaus sowie bei der Errichtung von Zementwerken und Maschinenbaubetrieben durchgeführt. Sie zeigte, daß wir in den wichtigsten technisch-wissenschaftlichen Kennwerten beträchtlich unter dem Weltstand liegen. . .

Was sind die Ursachen dieses Zurückbleibens?

Der Hauptmangel liegt in der unzureichenden Leitungstätigkeit und den überholten Arbeitsmethoden in Forschung und Projektierung. Wir haben es bisher ungenügend verstanden, den Prozeß der Konzentration der wissenschaftlich-technischen Arbeit auf die Erreichung des Höchststandes auf den entscheidenden Gebieten der Investitionstätigkeit zu planen, zu leiten und mit ökonomischen Mitteln zu stimulieren. . .

Der unzureichende Vorlauf in der Bauforschung sowie die schleppende Anwendung vorliegender Forschungsergebnisse und internationaler Erfahrungen in der Projektierung hemmt die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes im Bauwesen. Die Forschungs- und Entwicklungszeiten für neue Erzeugnisse, Konstruktionen und Verfahren entsprechen nicht dem Tempo, mit dem die Technik im internationalen Maßstab voranschreitet. . .

Die in unseren Projektierungsbetrieben üblichen Methoden der Projektierung sind nicht zielstrebig auf die Erreichung und Mitbestimmung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes ausgerichtet. Auf der 11. Plenartagung der Deutschen Bauakademie wurde bereits eine kritische Einschätzung der jetzt üblichen Projektierungsmethode gegeben. Diese Methode führt zu Projekten, nach denen man bauen kann; sie gibt aber keine Garantie für optimale, dem Welt-Höchststand entsprechende Lösungen. Die Optimalprojektierung zur Ermittlung optimaler Lösungen durch Variantenvergleiche unter Anwendung des maschinellen Rechnens ist bisher in der bautechnischen Projektierung nur in Einzelfällen angewandt worden. In unserer Projektierungspraxis beschränkt sich die Anwendung der modernen Rechentechnik im wesentlichen auf statische Berechnungen. Zur Zeit liegen nur etwa 30 Rechenprogramme für Digital-Rechenautomaten (ZRA 1) und 15 Rechenprogramme für Kleinrechenautomaten (Cellatron SER 2a) für statische Berechnungen, Standortermittlungen, Bauablaufpläne und Massenberechnungen vor.

Die Vorschläge der Optimalprojektierung werden am Beispiel der vom VEB Industrieprojektierung Rostock angestellten Berechnungen für günstigste Böschungsanlagen offensichtlich. Die Lösung einer Aufgabe, zu der bisher ein erfahrener Ingenieur 10 Tage benötigte, wird jetzt in 30 Rechenminuten bewältigt.

Die in Schwedt (Oder) zur Optimierung des Bauablaufes angewandte Methode des kritischen Weges zeigt die großen Vorteile der optimalen Projektierung auf dem Gebiete der wissenschaftlichen Produktionsorganisation. . .

Ein offensichtlicher Mangel besteht in den viel zu langen Projektierungszeiten. Bekanntlich ist eine sorgfältige Planung und Vorbereitung der Investitionen Grundlage für eine zügige Baudurchführung. Daraus haben sich einige Projektanten das Recht abgeleitet, die Projektierungszeiten nach Jahren zu planen und zu bemessen. Auch bei den Projektierungszeiten müssen wir beginnen, internationale Maßstäbe anzulegen. In dem Angebot einer westdeutschen Betonfirma, die Industriehallen aus Fertigteilen produziert, lesen wir: „Wenn Sie sich entschließen, eine Halle zu kaufen, würde unser Terminplan (einschließlich Projektierung) etwa so aussehen:

Auftragserteilung	15. März 1964
Erster Spatenstich	10. April 1964
Übergabe der gesamten Anlage	31. August 1964.“

Standardisierung und Typenprojektierung

Hauptmittel zur Verbesserung der Projektierung und zur Verkürzung der Projektierungszeiten ist die konsequente Anwendung von Standards, Typenunterlagen und -elementen.

In den letzten Jahren wurde eine Vielzahl von Standards herausgegeben. Infolge der Ausarbeitung von Einzelstandards, die nicht in Komplexe eingeordnet wurden, sowie der kurzen Gültigkeit vieler Standards hat die Standardisierung ihre Aufgabe zur Durchsetzung der Industrialisierung und als Grundlage einer ökonomischen Projektierung bisher nur unvollkommen erfüllt.

Durch die Typenprojektierung wurde die Arbeitsproduktivität in der Projektierung bei gleichzeitiger Erhöhung der Qualität der Projekte und Verkürzung der Projektierungszeiten gesteigert. Dies veranschaulicht die bei der Projektierung von Typenwohnungen erreichte Pro-Kopf-Leistung von 3,5 Mill. MDN gegenüber einer durchschnittlichen Pro-Kopf-Leistung von 0,6 Mill. MDN in der Industrieprojektierung bzw. von 0,9 Mill. MDN in der Hochbauprojektierung. Durch die Anwendung von 87 Prozent Typenprojekten bei einem Anteil von 72 Prozent Montagebauweise im Wohnungsbau konnten Höchstleistungen im internationalen Maßstab erzielt werden. Im Industrie- und Landwirtschaftsbau wurden die im Volkswirtschaftsplan gestellten Forderungen nach erhöhter Typenanwendung nicht erreicht. Ein großer Teil der vorliegenden Typenunterlagen entspricht nicht den höheren Anforderungen, die heute von den Auftraggebern der Volkswirtschaft, den Baubetrieben und der Vorfertigung gestellt werden. Mit der Entwicklung von kompletten Typensektionen für den Industriebau nach sowjetischem Muster sind wir über erste Anfänge nicht hinausgekommen.

Ein erster Schritt zur Katalogprojektierung wurde mit der Entwicklung der Elemente des Baukastens und der Zusammenstellung von Segmenten sowie der Untergliederung nach auslaufendem Haupt- und Entwicklungs-Sortiment getan. . .

Wende in der Leitungstätigkeit

Um eine grundsätzliche Wende in der Leitungstätigkeit und der Arbeitsweise der Bauforschung und Projektierung zur Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes zu erreichen, ist erforderlich,

- den wissenschaftlich-technischen Höchststand systematisch mit den modernsten Mitteln der Information zu erkunden,
- die Entwicklungstendenzen auf dem Gebiete der Investitionen prognostisch einzuschätzen,
- die vorhandenen Kräfte in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen der Forschung und Projektierung, mit Technologen, Bau- und Ausrüstungsbetrieben bei ständiger Nutzung der Erfahrungen und Vorschläge der Neuerer auf Schwerpunkte zu konzentrieren,
- Neuentwicklung im Rahmen der Typen- und Investprojektierung grundsätzlich in Muster- und Experimentalbauten zu erproben, bevor sie zur allgemeinen Anwendung gelangen. Typenbauwerke, die unmittelbar die Interessen der Bevölkerung berühren, sind öffentlich zu verteidigen. Die Forschungsarbeit hat erst dann als abgeschlossen zu gelten, wenn die entsprechende Erprobung erfolgt und damit die generelle Einführung gesichert ist.

Optimalprojektierung

Bei der Planung und Projektierung von Baukomplexen und Bauvorhaben ist die Optimalprojektierung durchzusetzen. Diese wird charakterisiert durch die Auswahl der Bestlösung auf Grund von Studien und Variantenvergleichen unter breiter Anwendung der maschinellen Rechentechnik. Diese Methode der Projektierung ist insbesondere anzuwenden

- bei der Wahl der Mikrostandorte von Betrieben, Versorgungseinrichtungen und so weiter, zur Festlegung der Trassen und Berechnung der Netze für Verkehr, Transport und Versorgung sowie bei der Untersuchung der Wechselbeziehungen zwischen Industrie- und Wohnkomplexen einer Stadt und bei der Festlegung der Bebauungsdichte;
- für die Optimierung baulicher Lösungen auf der Grundlage von Typensektionen und -bauwerken – insbesondere zur Festlegung der Produktionsebene, der Gründungsarten, der Form und Größe der Bauwerke sowie der Konstruktionslösungen bei nicht getypten Bauwerken. Statische Berechnungen, Massen- und Kostenermittlungen sowie andere häufig wiederkehrende Berechnungsvorgänge sind für den Einsatz programmgesteuerter Rechenautomaten aufzubereiten.

Die Optimalprojektierung ist auf der Grundlage einer von den technologischen und bautechnischen Projektierungseinrichtungen auszuarbeitenden einheitlichen Konzeption durchzusetzen.

Zur Verkürzung der Projektierungs- und Bauzeiten ist der Investitionsvorlauf von der Planung bis zur Projektierung und Baudurchführung nach der Methode des kritischen Weges festzulegen. Es ist eine planmäßige Staffelung klar abzugrenzender Planungs-, Projektierungs- und Ausrüstungsstappen vorzusehen.

Katalogprojektierung

Die Katalogprojektierung ist in der Investitionsprojektierung generell einzuführen. Die Kataloge müssen das umfassende Angebot an Baustoffen, Bauelementen, Baugruppen und Gebäuden für den Auftraggeber, den Projektanten, den Bau- und Ausrüstungsbetrieb und die Vorfertigung enthalten. Hauptinhalt des Katalogs auf dem Gebiet des Industriebaus sind die kompletten Typensektionen.

Die Kataloge bilden die Voraussetzung für eine exakte Planung und Bilanzierung der Bau- und Ausrüstungselemente sowie für die Ausarbeitung von Projekten im Montageverfahren mit Hilfe der Fotomodellprojektierung. Die Kataloge sind nach einer einheitlichen, von der Deutschen Bauakademie herauszugebenden Systematik auszuarbeiten und für die Anwendung der Rechentechnik aufzubereiten. Dem Volkswirtschaftsrat wird empfohlen, ein entsprechendes Katalogsystem für die gesamte Ausrüstung zu schaffen.

Modellprojektierung

Zur Rationalisierung der Ausarbeitung zeichnerischer Unterlagen sind durch die Direktoren der Projektierungsbetriebe die Methoden der Fotomodellprojektierung bei der Erarbeitung der Aufgabenstellung und der Ausführungsprojekte bei Montagebauten generell einzuführen. Vom VEB Typenprojektierung sind für das Haupt- und Entwicklungssortiment der Bauelemente des Baukastens für alle Projektierungsbetriebe Fotomodellbaukästen bereitzustellen.

Planung und Leitung

Die Planung und Leitung der Projektierung entspricht noch nicht den Grundsätzen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft im Bauwesen. Der Plan ist noch nicht zum Hauptinstrument der Leitungstätigkeit auf dem Gebiet der Projektierung geworden.

Die Projektierungspläne der einzelnen Planträger werden nicht koordiniert und sind in ihrer Gesamtheit nicht mit dem Investitionsplan bilanziert. Die Forderungen der einzelnen Planträger in den Projektierungsplänen übersteigen zum Beispiel 1964 die Summe der 1965 neu zu beginnenden Investitionsvorhaben in der Hochbauprojektierung um 100 Prozent und in der Industrieprojektierung sogar um 200 Prozent. . . Die mangelhafte Planung und Leitung der Projektierung hemmt die Konzentration der Kräfte und Mittel der Projektierung auf die volkswirtschaftlich wichtigen Vorhaben und hat die Verzettlung der Projektierungskapazitäten auf zweitrangige, von betriebsegoistischen und lokalen Interessen der Planträger diktierte Aufgaben zur Folge. Diese Mängel sind, neben der unzureichenden Leitungstätigkeit in den Projektierungsbetrieben selbst, die Hauptursachen für den hohen verlorenen Projektierungsaufwand, der in den VEB Industrieprojektierung zur Zeit etwa 10 Prozent des Projektierungsvolumens beträgt. In den VEB Hochbauprojektierung stieg der verlorene Projektierungsaufwand von 2,4 Prozent des Projektierungsvolumens 1961 auf 4,6 Prozent im Jahre 1963. Das entspricht einer Projektierungsleistung für mehr als 100 Mill. MDN Baufumfang. Die Vorhaben, die zwar projektiert wurden, aber zum Beispiel wegen Streichung aus dem Plan nicht zur Bauausführung kamen, sind in dieser Summe nicht enthalten.

Die Durchsetzung der wissenschaftlichen Planung und Leitung in der Projektierung ist eine der wesentlichen Voraussetzungen zur grundsätzlichen Verbesserung der Arbeit in der Projektierung. Zur Überwindung der aufgezeigten Mängel werden in den „Grundsätzen“ Maßnahmen zur Ausarbeitung langfristiger Projektierungsprogramme und zur Bilanzierung der Projektierungsleistungen mit dem Investitionsvolumen und der Projektierungskapazität vorgeschlagen. Für die volkswirtschaftlich wichtigen Vorhaben soll die Bilanzierung der Projektierungskapazität je Vorhaben und Teilvorhaben mit Festlegung der Haupttermine erfolgen. Die von den entsprechenden zentralen staatlichen Organen zu bestätigenden Projektierungsbilanzen sind Grundlage für die Erteilung der Projektierungsaufträge und für die Aufstellung des Projektierungsplanes der Projektierungseinrichtungen. . .

Für die Ausarbeitung von Projekten von Industriekomplexen mit mehreren Nutzern gibt es bisher keine Regelung über die Verantwortlichkeit für die Projektierung. Die Bebauungspläne für den Wohnungsbau werden durch die Entwurfsbüros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung in vielen Fällen ohne exakte ökonomische Begründungen und ohne entsprechende Berücksichtigung bautechnischer und bautechnologischer Belange ausgearbeitet. Diese Arbeitsweise führte zum Beispiel in Suhl zu einer Fehlleistung, die durch einen Beschluß des Präsidiums des Ministerrates korrigiert werden mußte.

In den „Grundsätzen“ wird vorgeschlagen, Generalpläne für Industriekomplexe einschließlich der erforderlichen Wohnkomplexe und der Folgeinvestitionen auszuarbeiten. Die Projektierung von Einzelvorhaben hat auf der Grundlage dieser Generalpläne zu erfolgen. Der neue Inhalt der Projektierung, der die volkswirtschaftlichen und städtebaulichen Zusammenhänge ebenso wie die konsequente Durchsetzung der Typenanwendung in höherem Maße als bisher berücksichtigen muß, erfordert, die Frage nach dem Verantwortungsbereich und der Arbeitsweise der Büros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung, der VEB Industrieprojektierung und VEB Hochbauprojektierung neu zu stellen. . .

Ökonomische Hebel

Die Projektierung wird heute im wesentlichen noch mit administrativen und nicht mit ökonomischen Mitteln geleitet. Die bautechnischen und technologischen Projektierungsbetriebe arbeiten nicht nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Preis, Lohn und Prämie haben deshalb eine nur unzureichende Wirkung auf die Erhöhung der Qualität der Projektierungsunterlagen, auf die Senkung der Projektierungszeiten und des -aufwandes sowie auf die Anwendung moderner Projektierungsmittel und fortschrittlicher Arbeitsmethoden. Nach den derzeit geltenden Preisanordnungen für Projektierungsleistungen erhalten die Betriebe den individuellen Projektierungsaufwand auf der Grundlage der aufgewendeten Arbeitszeit, des Lohnes der beteiligten Mitarbeiter und des betrieblichen Gemeinkostenumschlages erstattet. Unzulänglichkeiten in der Arbeitsorganisation und Fehler in der Leitungstätigkeit werden auf diese Weise verschleiert.

Die Ausarbeitung von Projekten auf der Grundlage des Höchststandes von Wissenschaft und Technik in kürzesten Fristen bei geringsten Kosten erfordert den Übergang zur Leitung der Projektierungsbetriebe mit ökonomischen Mitteln. In den „Grundsätzen“ ist deshalb vorgesehen, ab 1. Januar 1965 die wirtschaftliche Rechnungsführung in der bautechnischen Projektierung einzuführen und den Gewinn zur Hauptkennziffer für die Bewertung der Leistungen der Projektierungsbetriebe zu machen. Entsprechend den Festlegungen des 5. Plenums des ZK der SED über die Einführung der Planung, Finanzierung und Abrechnung der Projektierungsleistungen nach fertiggestellten Projekten sind in vier Projektierungsbetrieben ökonomische Experimente vorbereitet, die im 2. Halbjahr 1964 durchgeführt werden. . . Im VEB Industrieprojektierung Erfurt wird ein ökonomisches Experiment über die leistungsabhängige Entlohnung für Leitkräfte der bautechnischen Projektierungsbetriebe erprobt. Das zur Zeit laufende Experiment zeigt, daß sich die Abhängigkeit von Teilen des Gehaltes und der Prämien von der Erfüllung bestimmter Kennziffern, wie die qualitäts- und termingerechte Auslieferung der Projekte und die Erfüllung des Planes Neue Technik, positiv auf die Arbeit des gesamten Betriebes auswirkt.

Die Prämierung muß nicht nur auf die Fertigstellung des Projektes, sondern vor allem auf die schnelle Fertigstellung der Bauwerke und auf die Erreichung der projektierten Leistung orientieren. Die Abrechnung der Projektierungsleistungen gegenüber dem Auftraggeber ist nach Fertigstellung der Aufgabenstellung oder des Ausführungsprojektes vorzunehmen. Die Zwischenfinanzierung erfolgt aus planmäßig bereitgestellten Krediten. Die Kreditbedingungen für die Projektierungsbetriebe sind so zu gestalten, daß Zins und Gewinn als ökonomische Hebel auf die Einhaltung und Verkürzung der Projektierungszeiten wirken. Neu und von besonderer Bedeutung für das volle Wirksamwerden des in sich geschlossenen Systems ökonomischer Hebel im gesamten Bereich der bautechnischen Projektierung ist der Vorschlag zur Bildung der zentralen Fonds für Technik, Gewinnverteilungs- und Verfügungsfonds beim zentralen Leitorgan der bautechnischen Projektierung. Diese Fonds sollen aus Abführungen der Projektierungsbetriebe gebildet werden. Die zentralen Fonds sollen als Hebel zur schnellen und konzentrierten Lösung von Schwerpunktaufgaben wirken.

Plan Neue Technik

Das Zusammenwirken von Bauwissenschaft und Projektierung entspricht nicht den Erfordernissen der schnellen und umfassenden Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes. . . Entgegen den Festlegungen, mindestens 10 Prozent der Projektierungskapazitäten für die Typenprojektierung einzusetzen, sind gegenwärtig nur etwa 3 Prozent der bautechnischen und etwa 1 Prozent der technologischen Kapazitäten auf diesem Gebiet tätig. Die ungenügende Bereitstellung von Kapazitäten zur Ausarbeitung von Typenunterlagen, die oftmals mit dem Hinweis auf fehlende Projektierungskapazität entschuldigt wird, ist einer der Gründe der unzureichenden Leistungsfähigkeit der Projektierungsbetriebe. . .

Die Verflechtung zwischen Wissenschaft und Projektierung erfordert, daß die bautechnischen Projektierungsbetriebe auf ihrem Spezialgebiet in weitaus größerem Maße als bisher an der unmittelbaren wissenschaftlich-technischen Arbeit teilnehmen. In den Plan Neue Technik der Projektierungsbetriebe sind die wichtigsten Aufgaben für

- die Erkundung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes und seine Durchsetzung in der Projektierung,

- die Durchführung von Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und die Ausführung technisch-wirtschaftlicher Kennzahlen,
- die Ausarbeitung von Typenprojektunterlagen,
- die Vorbereitung und Durchführung von Muster- und Experimentalbauten mit klarer Terminstellung aufzunehmen. Dabei ist der ökonomische Nutzen exakt nachzuweisen. In der Projektierung muß der Plan Neue Technik zum Hauptinstrument der Leitungstätigkeit für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes über das Projekt werden.

Konzentration der Kräfte

Die bautechnische und die technologische Projektierung wird durch das Ministerium für Bauwesen und den Volkswirtschaftsrat nicht einheitlich geleitet. Der unterschiedliche Grad der Konzentration und Spezialisierung in der Projektierung zeigt sich unter anderem darin, daß etwa 13 700 bautechnische Projektanten in 54 Betrieben oder Abteilungen und etwa 17 100 technologische Projektanten in 136 Betrieben oder Abteilungen tätig sind. Der Grad der Konzentration in der technologischen Projektierung ist also wesentlich geringer als in der bautechnischen Projektierung. . . Zur Zeit beträgt der Anteil der bautechnischen Kader in den technologischen Projektierungsbetrieben bis zu 20 Prozent. Zur Koordinierung und Entwicklung von Grundlagen genügt erfahrungsgemäß ein Anteil von 3 Prozent. Im Interesse der weiteren Konzentration der Kräfte und Abgrenzung der Verantwortung ist es notwendig, daß der Volkswirtschaftsrat die im Beschluß vom 14. Juni 1964 festgelegte Überführung der bautechnischen Kräfte aus den technologischen Betrieben in die Industrieprojektierungsbetriebe schnell verwirklicht.

Die gegenwärtig vorhandene sporadische und lose Verbindung zwischen technologischen und bautechnischen Projektanten ist durch eine systematische Zusammenarbeit bei klarer Abgrenzung der Aufgaben, beginnend bei der Ausarbeitung der technisch-ökonomischen Zielstellung, zu ersetzen. Neben dem Abschluß von Vereinbarungen geht es darum, feste Partnerschaften zwischen technologischen und bautechnischen Projektanten zu schaffen, um die Belange der Technologie und der Bauausführung besser miteinander abzustimmen. . .

Ideologische Hemmnisse überwinden

Im Prozeß der Vorbereitung und Durchführung unserer großen Bauvorhaben der Industrie und in den Städten, der Entwicklung und Durchsetzung des Baukastensystems und der Typenprojektierung haben zahlreiche Ingenieure, Architekten und Ökonomen ihr Können unter Beweis gestellt. . . Viele Städtebauer und Architekten haben begonnen, die Prinzipien des Bitterfelder Weges in der Baukunst anzuwenden. . .

Die schnelle und umfassende Durchsetzung und Mitbestimmung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes wird jedoch durch die bei einer Reihe von Architekten und Ingenieuren vorhandenen ideologischen Unklarheiten gehemmt. Diese ideologischen Unklarheiten kommen in einer unzureichenden Konsequenz bei der Verwirklichung der Beschlüsse und im Hängen an alten Vorstellungen zum Ausdruck.

An den Projekten vieler Bauvorhaben wird sichtbar, daß das volkswirtschaftliche Denken noch nicht bei allen Architekten und Ingenieuren ausreichend entwickelt und zum Teil ein passives Verhalten zu den Fragen der Ökonomie vorhanden ist. Viele Projektanten kommen ihrer Verantwortung als Treuhänder des Volkvermögens nicht nach. Die Folge davon sind aufwendige Projektlösungen. Dies zeigt sich in der häufigen Überschreitung der Kostenplansumme und der Zulassung von überhöhtem Bauaufwand zum Beispiel bei einigen Bauten im Zentrum Berlins. . .

Einige Projektanten sind nicht bereit, für ihr Produkt einzustehen und Garantien für die Erreichung der projektierten Leistung zu übernehmen. Es gibt beträchtliche Mängel bei der Wahrnehmung der Autorenkontrolle. . . Die Entwicklung des Verantwortungsbewußtseins der Projektanten wird in manchen Fällen durch die Unterschätzung der schöpferischen Leistungen und sachkundigen Meinungen der Projektanten beeinträchtigt. . .

In den Projektierungsbetrieben ist ein entschiedener Kampf gegen alle Erscheinungen des Liberalismus und der politischen und ökonomischen Desinteressiertheit zu führen. Die beharrliche Auseinandersetzung mit subjektivistischen Tendenzen und konservativen Auffassungen einzelner Projektanten und Planträger, die die Durchsetzung des Höchststandes hemmen, muß in den Projektierungseinrichtungen im Mittelpunkt der Arbeit der Leiter stehen. . .

Qualifizierung

Die Notwendigkeit, in der Projektierung zu wissenschaftlichen Methoden der Arbeit überzugehen, die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge bei der Ausarbeitung eines Projektes zu erkennen, die Entwicklung des sozialistischen Lebens prognostisch einzuschätzen, an der Schaffung der sozialistischen Architektur aktiv teilzunehmen, verlangt umfassende Kenntnisse in verschiedenen Wissenszweigen und insbesondere in der marxistisch-leninistischen Wissenschaft, die der Schlüssel zur Lösung grundsätzlicher Probleme in allen Wissensgebieten ist. . . Vielen Projektanten mangelt es an der notwendigen Komplexität des Wissens, an der Kenntnis der mit ihrem Fachgebiet korrespondierenden Disziplinen, an ausreichendem ökonomischem Wissen sowie an Organisations talent und Verhandlungsgeschick. Das Bildungsniveau vieler Projektanten ist den erhöhten Ansprüchen bei weitem nicht gewachsen. . .

Gemessen an den neuen Aufgaben und der hohen Verantwortung der Projektanten im Investitionsbauwesen ist der Anteil der Hochschulkader zu gering. Zur Zeit haben in den VEB Industrieprojektierung nur 21 Prozent und in den VEB Hochbauprojektierung nur rund 17 Prozent der Ingenieurkader einen Hochschulabschluß. . .

Wie in den „Grundsätzen“ vorgeschlagen wird, sollen deshalb kurzfristig durch die Leiter der Projektierungsbetriebe gemeinsam mit den Betriebsakademien und in Abstimmung mit dem Weiterbildungsprogramm der Hoch- und Fachschulen erforderliche Qualifizierungsmaßnahmen durchgeführt werden, um die wissenschaftliche Qualifikation der Projektanten zu verbessern. . .

Zur Förderung und systematischen Weiterbildung junger Architekten, Städtebauer und Ingenieure, die sich in der Projektierung oder der staatlichen Leitung bewährt haben, wurde unter Leitung von Prof. Dr. E. H. Paulick in der Deutschen Bauakademie ein ständiges Weiterbildungsseminar eingerichtet.

Bemerkungen zum Wettbewerb

Professor Dr.-Ing. E. h. Richard Paulick
Vizepräsident der Deutschen Bauakademie
Chefarchitekt für Halle-West

Die Aufgabe

Durch die Zusammenarbeit im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe hat die ökonomische Entwicklung unserer Republik eine Ausrichtung auf neue Ziele bekommen. Es sind insbesondere die chemische Industrie, die Metallurgie der zweiten Verarbeitungsstufe und der Maschinenbau, die noch stärker als bisher als führende Industriezweige entwickelt werden.

Seit dem ersten Weltkrieg hat sich die chemische Industrie im Raum von Halle konzentriert. Infolge der neuen ökonomischen Entwicklung wurden in den chemischen Werken von Leuna, Buna, Wolfen und Bitterfeld umfangreiche Rekonstruktionen und Erweiterungen durch die Aufnahme neuer Produktionen notwendig. Daneben entstehen weitere Werke wie die Mineralölwerke Lützenkendorf und Zeitz und ein neues Kalikombinat bei Bernburg.

Nach der Gliederung unserer Republik in Bezirke entwickelte sich die Bezirkshauptstadt Halle zum Standort des Verwaltungszentrums unserer chemischen Großindustrie.

Aber der große, aus der kapitalistischen Epoche herrührende Widerspruch im Leben der Arbeiter der Chemiewerke zwischen der Arbeit in hochindustrialisierten Werken und dem Leben in isolierter dörflicher Umgebung (die Chemiewerker von Leuna und Buna wohnen in ihrer Mehrheit in 280 Landgemeinden) und die zum großen Teil sehr langen Anfahrtswege von zweimal zwei bis zweieinhalb Stunden täglich behindern die Entwicklung eines sozialistischen Lebensstils und die notwendige berufliche Qualifizierung. Sie verursachen einen schnellen Wechsel des Arbeitsplatzes, hemmen das Entstehen wissenschaftlich-technisch qualifizierter Stammbesellschaften und machen für viele Werktätige eine Teilnahme am gesellschaftlich-kulturellen Leben unmöglich – obgleich in Bitterfeld, Leuna, Buna die größten und kostspieligsten Kulturpaläste der Republik errichtet wurden.

In der kapitalistischen Zeit wurden unter der Dunst- und Nebelglocke der Werke Siedlungen für die Havarie-Mannschaften vor den Werkstoren und in beschränktem Umfange auch Werksiedlungen nahe den Werken errichtet. Sie verfolgten das dreifache Ziel, eine beschränkte Anzahl von Stammarbeitern an die Werke zu binden, sie durch einige Radieschenbeete und Obstbäume „krisenfest“ zu machen und sie dadurch zugleich von der Teilnahme an politischen Aktionen fernzuhalten.

In den ersten Jahren des sozialistischen Aufbaus konnte unsere Republik aus ökonomischen Gründen diese gesellschaftlich unhaltbaren Zustände im Chemiebezirk Halle noch nicht verändern. Wir mußten uns damit begnügen, die bestehenden Siedlungen zu verbessern, ihnen insbesondere einige der vielfach fehlenden gesellschaftlichen Einrichtungen zu geben, um sie an die untere Grenze der Ausstattung mit gesellschaftlichen Bauten, die im sozialistischen Städtebau Norm sind, heranzuführen.

Die Situation der Werktätigen im Chemiezentrum des Bezirkes Halle verlangt heute dringend eine Lösung, und zwar eine wesentlich andere Lösung, als wir sie im Städtebau unserer Republik bisher suchten.

Die städtebauliche Aufgabe beim Aufbau von Halle-West besteht in der entscheidenden Verbesserung der Arbeits-, Wohn- und Le-

bensbedingungen der Werktätigen und insbesondere darin, die Formen des gesellschaftlichen Lebens in Halle-West fortschreitend zu verändern.

Der Wettbewerb für die Chemiarbeiterstadt Halle-West gehörte zu den städtebaulich bedeutendsten der letzten Jahre, handelt es sich doch darum, für rund 55 000 Arbeiter und Angestellte der großen chemischen Betriebe eine Stadt zu bauen, die den sozialistischen Ansprüchen ihrer Bewohner genügt. Dennoch war die Beteiligung am Wettbewerb gering. 17 Kollektive hatten Arbeiten eingereicht, genau die gleiche Anzahl verzichtete nach Kenntnisnahme der Unterlagen auf eine Beteiligung. Hier sei nur diese Tatsache festgestellt. Da aber schon die Beteiligung am Wettbewerb Prager Straße gering war, scheint es an der Zeit, ernsthaft über die Ursachen nachzudenken, damit wir nicht Gefahr laufen, guter Ideen verlustig zu gehen.

red.

Strukturelle Gliederung der Stadt

Für die Entwicklung des gesellschaftlichen Lebens brachte der Wettbewerb eine ganze Reihe von Anregungen. Das macht sich bereits im Aufbau der Stadtstruktur bemerkbar. Während bisher bei der funktionellen Gliederung der Städte im wesentlichen von Wohnkomplexen ausgegangen wurde, deren Größe bei etwa 5000 Einwohnern lag und die zugleich als weitgehend dogmatische Festlegung ohne Rücksicht auf die Topographie und die besonderen Gegebenheiten des Standortes galt, ist in den Wettbewerbsentwürfen für die Gestaltung von Halle-West eine andere Linie festzustellen.

Die Größenbemessung der Komplexe ist sehr unterschiedlich, richtet sich aber weitestgehend nach den Gegebenheiten des Geländes. Dabei sind Größen der Wohnkomplexe bis zu 20 000 Einwohnern anzutreffen. Die Gliederung der Stadt wird damit großflächiger und erreicht vor allem durch die wechselnden Größen der Wohnkomplexe eine abwechslungsreiche Struktur.

Für die Erschließung der Stadt wird in fast allen Entwürfen eine zentrale Erschließung durch eine Magistrale als Hauptverkehrsader für den innerstädtischen Verkehr vorgeschlagen. Diese Lösung scheint wesentlich wirtschaftlicher als eine Erschließung von außen her, wie sie zum Beispiel ein Entwurf des VEB Berlin-Projekt vorschlägt, und führt außerdem zu einer stärkeren Belebung des Stadtzentrums.

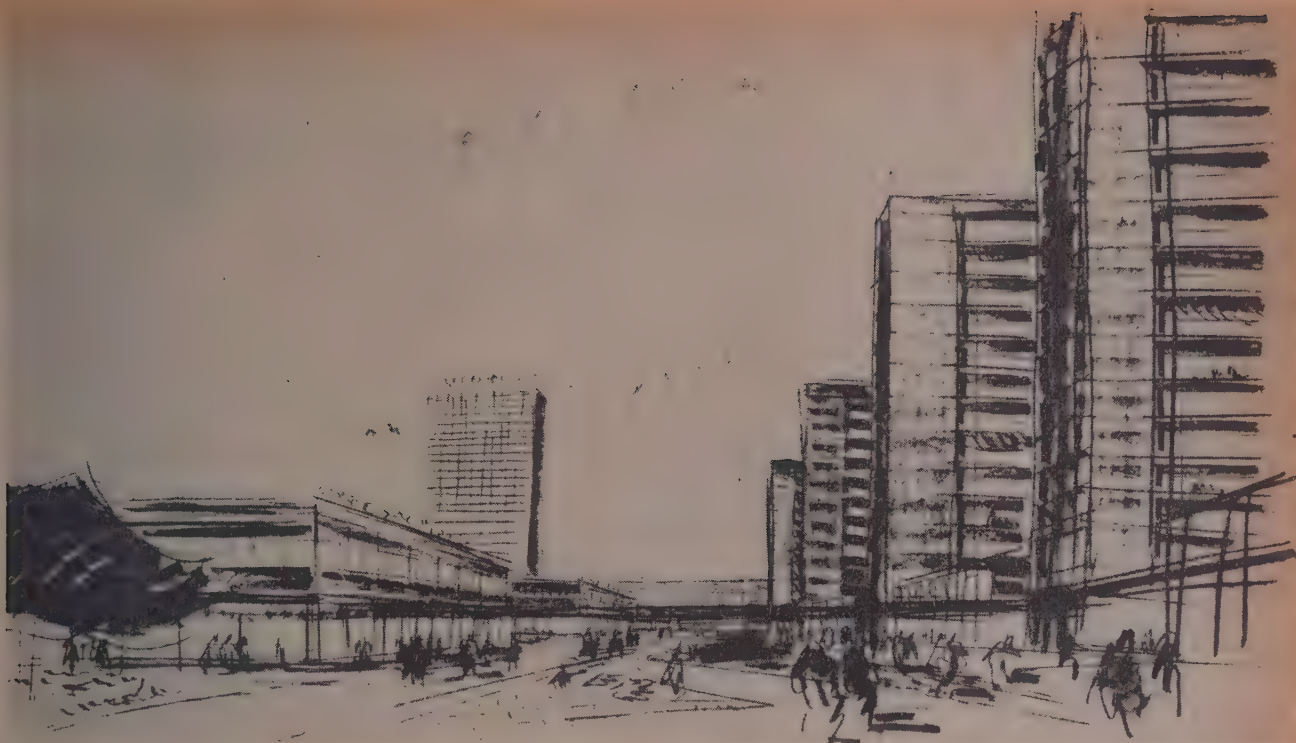
Was die Orientierung der Hauptachse der Stadt betrifft, so wird in den meisten Entwürfen eine Ausdehnung der Stadt in Ost-West-Richtung vorgeschlagen. Es ergibt sich damit eine bessere Orientierung und Verbindung zum Zentrum der Stadt Halle.

Die Magistrale als gesellschaftliche Achse verbindet dabei das Stadtzentrum der Altstadt Halle mit dem neuen von Halle-West über die Grünflächen der Saaleniederung hinweg, die als Bindeglied dazwischenliegen.

Die Grenze der Bebauung in Richtung Halle ist weitgehend durch die geologischen und hydrologischen Verhältnisse bestimmt. Die Verfasser der prämierten und ausgezeichneten Entwürfe haben sich im wesentlichen daran gehalten.

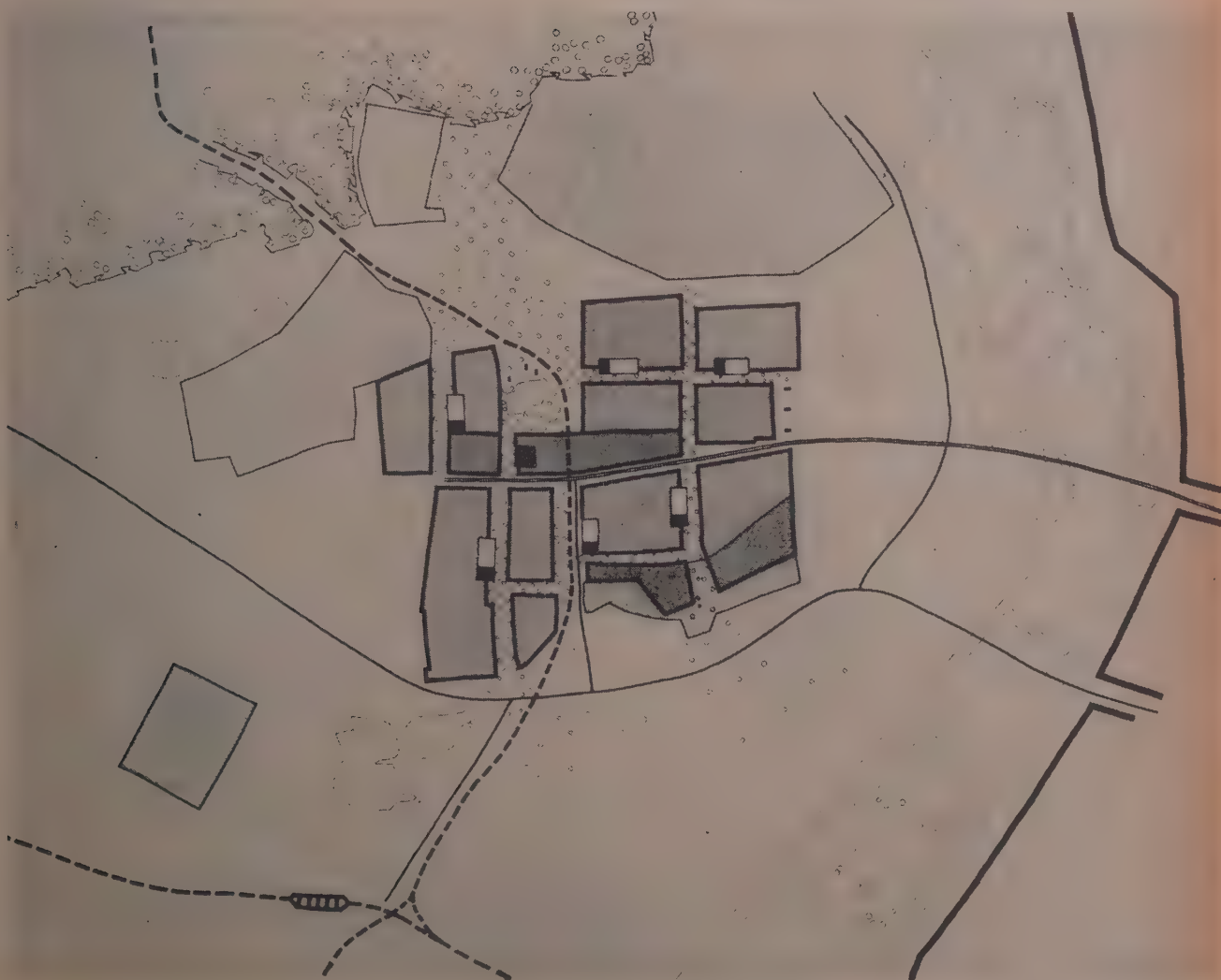
Andere Lösungen wie die in Winkelform (König, Scheel, Schubring) oder solche, die eine Entwicklung der Stadt in Nord-Süd-Richtung (Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Rostock) vorschlagen, zeigen, daß dadurch die Chemiarbeiterstadt von der Bezirkshauptstadt Halle völlig isoliert wird, was städtebaulich nicht vertretbar ist. Die Stadtzentren bekommen keine Sichtbeziehungen zueinander.

Zwischen den beiden Städten entstehen Flächen, die trotz ihrer Lage durch ihre Ausdehnung nicht mehr städtisch und landwirtschaftlich genutzt werden können. Die funktionellen Beziehungen der Städte zueinander werden damit gestört. Außerdem ergeben sich unnötig lange Trassen für die technische Versorgung und die Verkehrserschließung der Chemiarbeiterstadt, die in jedem Falle an die Einrichtungen in Halle anbinden muß.



Perspektive des Stadtzentrums von Halle-West nach der letzten Konzeption

Flächennutzungsplan für die Chemiearbeiterstadt Halle-West nach der Konzeption der Gruppe Städtebau beim Chefarchitekten für Halle-West



Zum anderen gibt es einige Entwürfe, die in ihrer Konzeption von einer dogmatischen Struktur der Stadt oder ihrer Zerstörung ausgehen, ohne Rücksicht auf die gegebenen Bausubstanzen in Nietleben, Passendorf oder dem I. Wohnkomplex zu nehmen, der in der Erschließung bereits fortgeschritten ist.

Die Autoren König, Scheel, Schubring versuchen in ihrem Entwurf, durch eine Addition von Wohnkomplex-Schemata, die die örtlichen Gegebenheiten nicht berücksichtigen, die Aufgabe zu lösen und erreichen das nur auf Kosten unnötig großer Entfernungen zwischen den äußeren Enden der Stadt, wobei das Zentrum zwischen den beiden Schenkeln des rechten Winkels im Ortsteil Nietleben liegt und somit zum größten Teil aufgelöst werden müßte.

In dem Entwurf des Kollektivs Klauschke (VEB Berlin-Projekt) ist dagegen eine strukturelle Gliederung der Gesamtstadt kaum erkennbar, da der Entwurf die Aufgabe durch willkürliches Aneinanderfügen ausschließlich vielgeschossiger Wohnbauten zu lösen versucht, die als Ursprung die T-Form Brasílias durchscheinen läßt, die hier allerdings zu einem Y abgewandelt ist, ohne jedoch ähnlich bedeutende Bauwerke, die das Zentrum Brasílias beherrschen, vorzuschlagen. Man kann eben nicht ungestraft die städtebauliche Konzeption der neuen Hauptstadt eines großen Staates auf eine solche Stadt wie Halle-West übertragen, denn das ist ein echter Maßstabfehler!

Städtebauliche Konzentration

Im friedlichen Wettstreit zwischen der sich entwickelnden sozialistischen-kommunistischen und der absterbenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung spielt die Durchsetzung der Prinzipien der Konzentration und Kooperation eine entscheidende Rolle, da sie die Grundlage für die Mechanisierung und Automatisierung in der Produktion wie in der gesellschaftlichen Versorgung sind. Je schneller dabei das Tempo ist, um so eher wird die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung über die kapitalistische Gesellschaftsordnung sichtbar.

Dieser Wettstreit wird aber nicht auf den Reißbrettern der Städtebauer und Architekten entschieden, sondern in der Produktion. Allein aus dem Gewinn der industriellen Produktion ergibt sich der mögliche wachsende Komfort unserer neuen Städte.

Das verpflichtet die Stadtplaner und Architekten, mit den finanziellen Mitteln sparsam umzugehen und den höchsten Nutzeffekt der Investitionen zu erreichen.

Handels- und Versorgungseinrichtungen

Bereits eingangs wurde auf den Wandel in der Größenbemessung der Wohnkomplexe hingewiesen. Die Größen der Komplexe ermöglichen einen Fortschritt, eine wesentlich stärkere Konzentration der gesellschaftlichen Einrichtungen im Komplex und damit eine wesentlich bessere Auslastung besonders der Handelseinrichtungen und zugleich eine weitaus bessere Versorgung der Bewohner durch ein der Größe entsprechendes umfangreicheres Angebot an Waren.

Daraus ergeben sich Schlußfolgerungen, die auch Auswirkungen auf einen Wandel in der Struktur dieser Einrichtungen haben.

Die gesamte Versorgung der Bevölkerung wird durch das zentrale Warenhaus der Stadt geleitet, das sich im Stadtzentrum befindet, zugleich die zentrale Verkaufsstelle für Industriewaren ist und die Lebensmittelspezialgeschäfte und andere Spezialverkaufsstellen enthält.

Zur Befriedigung des täglichen Bedarfs der Bevölkerung bedient sich das zentrale Warenhaus der Handelseinrichtungen in den Kompaktbauten der Wohnkomplexzentren. Auch hier ist das Prinzip der Konzentration und Kooperation angewandt, und zwar insofern, als sämtliche Handelseinrichtungen, also auch die Gaststätten, unter einheitlicher Leitung stehen und gemeinsame Lager-, Kühl- und Sozialeinrichtungen haben. Dazu gehört eine wesentliche Verringerung der Anzahl der Leitkräfte und eine bessere Ausnutzung der Anlagen.

Gesundheitswesen

Eine ähnliche Ordnung und Verbesserung der Betreuung der Bevölkerung ist im Gesundheitswesen eingetreten.

Im Gegensatz zur Neustadt Hoyerswerda, in der wir noch Arztpraxen in den Wohngebäuden einrichteten, wurden zum Beispiel in Schwedt isoliert stehende kleinere Arztpraxen mit Arbeitsräumen für je zwei praktische Ärzte, einen Zahnarzt und eine Gemeindeschwester eingerichtet. Der Fortschritt, der in Halle erreicht wird, besteht darin, daß zur ständigen Betreuung der vergrößerten Wohnkomplexe wesentlich mehr Ärzte an einer Stelle, und zwar ebenfalls in Verbindung mit dem Kompaktbau, zusammengefaßt werden, die schon eine weitaus spezialisierte gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung gewährleisten. So gibt es zum Beispiel in jedem der großen Wohnkomplexe in Halle-West neben den Praktikern einen Internisten, einen Kinderarzt, neben der Gemeindeschwester die Mütter-

beratung und andere notwendige Beratungsstellen. Auch die Zahnärzte sind in größerer Anzahl mit besserer Ausstattung vertreten, als das in den kleineren Arztpraxen in Schwedt der Fall sein kann. Die Vergrößerung der ärztlichen Praxen durch Zusammenschluß mehrerer Praktiker und Spezialisten entspricht der internationalen Entwicklungstendenz auch in den fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten.

Betreut werden diese Ambulatorien in den Wohnkomplexen durch eine zentrale Poliklinik im Stadtzentrum, in der alle Spezialisten und Untersuchungsmöglichkeiten sowie Laboratorien und therapeutischen Anlagen vorhanden sind. Hier kann eine sehr gründliche Behandlung aller Patienten vorgenommen werden, wobei nur schwere Fälle in das am Rand der Döhlauer Heide geplante neue Krankenhaus von Halle-West überwiesen werden.

Kultur

Analog liegen auch die Verhältnisse auf dem Gebiet der Kultureinrichtungen. In Hoyerswerda war vergeblich der Versuch unternommen worden, Klubs der Werktätigen zu schaffen, die der Befriedigung kultureller Bedürfnisse dienen sollten. Es fand sich hierfür weder ein Rechtsträger noch irgendeine Institution, die die Bewirtung dieser Klubgebäude übernehmen wollte und konnte und die finanziell dazu auch stark genug war.

Aus diesem Grunde wurde der erste im Bau befindliche Klub der Werktätigen noch während des Baues in eine HO-Gaststätte umgewandelt und konnte natürlich nur noch in sehr geringem Rahmen für kulturelle Zwecke dienen.

In Schwedt wird jetzt erneut der Versuch unternommen, Klubs der Werktätigen zu errichten, und die Werke haben sich bereit erklärt, aus ihren Mitteln diese Klubs der Werktätigen zu unterhalten.

In Halle-West ist ein weiterer Schritt getan worden, indem die Klubs der Werktätigen mit der Schulspeisung und den gastronomischen Einrichtungen in die Kompaktbauten der Wohnzentren einbezogen und funktionell zueinander geordnet wurden, damit die Räume vielseitigen Zwecken zugänglich gemacht werden können und sehr kleine, aber auch große Veranstaltungen ermöglichen.

Städtebauliche Gestaltung

Ein besonderes Problem im sozialistischen Städtebau unserer Republik besteht besonders seit Einführung der Typisierung in Verbindung mit industriellen Baumethoden in der Gefahr der Monotonie durch die Anwendung äußerlich immer gleicher Baukörper und die mangelhafte Gestaltung dieser Baukörper auch in den Details.

Auch beim Wettbewerb Halle-West ist bei einer großen Anzahl der eingereichten Arbeiten festzustellen, daß die Wohngebäude rein schematisch in Zeilenform aneinandergereiht wurden, ohne daß sich die Verfasser Gedanken über eine abwechslungsreiche Raumbildung und eine spannungsvolle Gestaltung gemacht hätten.

Das tritt besonders bei Entwürfen in Erscheinung, die von Studenten des Lehrstuhls für Städtebau an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar eingereicht wurden. Man sollte sich deshalb Gedanken machen, ob nicht besonders den künftigen Städtebauern in dieser Richtung bessere Anregungen von seiten der Hochschule zu geben wären.

Bedauerlich ist auch, daß die von drei Studentenkollektiven des Lehrstuhls eingereichten Entwürfe fast das gleiche Strukturschema und die gleiche monotone Gestaltung bei gleicher Aufmachung aufweisen. An ihnen erweist sich deutlich, daß die Monotonie in unserem Städtebau am stärksten durch die reine Addition gleicher Gebäudekörper hervorgerufen und begünstigt wird.

Ich meine, daß es an der Zeit ist, diese Kinderkrankheiten des industriellen Bauens zu überwinden und sie nicht durch die Lehre noch zu vertiefen. Es ist notwendig, wieder zu einer spannungsvolleren Gestaltung der Wohngebiete zu kommen, indem das Prinzip der Rhythmisierung und des Kontrastes von größeren Formen zu kleineren Einheiten angewandt wird.

In einigen Entwürfen wird derartiges versucht, wie zum Beispiel in der Arbeit von Sztayori Nagy aus Budapest, der gegenwärtig im VEB Industrieprojektierung Halle arbeitet. Er hat versucht, durch große Baukörper, die er mit kleineren zu Gruppen zusammenfaßt, rhythmisierte Räume zu schaffen, eine Tendenz, die sich auch in der internationalen Entwicklung heute immer mehr durchsetzt.

Ein anderer Weg, eine abwechslungsvollere Gestaltung zu erreichen, ist besonders in den prämierten Entwürfen durch Aneinanderfügen unterschiedlich langer Baukörper mit Bindegliedern in den verschiedensten Winkelformen versucht worden. Auch hierbei ergeben sich Möglichkeiten, die Monotonie in unseren Wohngebieten zu überwinden.

Eines der erfolgreichsten Mittel städtebaulicher Gestaltung ist, wie es scheint, seit der Antike die Kontrastwirkung, insbesondere die

Kontraste zwischen hoch und niedrig. In den städtebaulichen Planungen unserer Republik setzt sich in den letzten Jahren die kompositorische Anwendung fünf- und zehn- bis zwölfgeschossiger Gebäude durch, die häufig noch durch einzelne Punkthäuser von sechzehn bis siebzehn Geschossen belebt wird.

Hierin besteht aber eine gewisse ökonomische Gefahr, die sich insbesondere in den früheren Entwürfen des Entwurfsbüros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Halle zeigte, da diese hohen Gebäude nicht dazu benutzt wurden, auch eine Erhöhung der Einwohnerdichte zu erreichen, und nicht bewußt zur Gestaltung eines großstädtischen Ensembles herangezogen wurden. In den zum Wettbewerb eingereichten Entwürfen des Entwurfsbüros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Halle wurde diese fehlerhafte Entwicklung überwunden. Insbesondere in dem prämierten Entwurf ist es den Verfassern gelungen, durch Konzentration der vielgeschossigen Wohnbauten an der Magistrale dem Projekt einen großstädtischen Charakter zu verleihen.

Leider ist man hierbei in einen anderen Fehler verfallen. Die Verfasser konstruierten durch die Stellung der vielgeschossigen Bauten eine übertriebene Weite des zentralen Ensembles, die eine optische Ausweitung der Magistrale bis auf 300 m zur Folge hat. Dadurch erhält der zentrale Platz in diesem Ensemble eine untergeordnete Bedeutung.

Am besten ist die Schaffung eines Zentrums durch vielgeschossige Bebauung im Entwurf des Kollektivs Professor Funk von der Technischen Universität Dresden erreicht worden. Der Entwurf zeichnet sich durch eine klare Betonung der Zugänge zur Stadt mit wirkungsvoller Steigerung der Bebauung zum Zentrum hin aus.

Leider wurde die geforderte Größe der Stadt im Entwurf um 20 000 Einwohner überschritten. Eine Reduktion der Einwohnerzahl im Entwurf ist nicht möglich, da hierdurch die Gesamtkomposition wesentlich beeinträchtigt würde.

In der Wettbewerbsausschreibung und in den nachfolgenden Konsultationen der Auslober mit den Wettbewerbsteilnehmern wurde wiederholt darauf hingewiesen, daß besonders großer Wert auf die wirkungsvolle und kontrastreiche Ausbildung eines Stadtzentrums gelegt wird, das aus dem zentralen Platz und der Magistrale bestehen soll.

Am eindeutigen und besten wurde dieser Forderung zweifellos im Entwurf des Instituts für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie entsprochen. Der Entwurf schlägt eine Trennung der Magistrale in einen Verkehrs- und Fußgängerbereich vor. An diesen Bereichen liegen das zentrale Warenhaus, der zentrale Gaststättenkomplex, die zentrale Poliklinik, die Post, die Dienstleistungseinrichtungen und ein Hotel. Das Zentrum wird vom Verwaltungshochhaus der VVB der chemischen Industrie und der Stadthalle als Dominante beherrscht.

Die Lösung erscheint sowohl in der funktionellen Anlage wie in der gestalterischen Qualität überzeugend und bietet eine Reihe sehr reizvoller städtischer Räume, die sehr geeignet sind, zur stärkeren Herausbildung des gesellschaftlichen Lebens beizutragen.

Aus diesem Grunde war die Jury einstimmig der Meinung, daß dieser Vorschlag als Grundlage für die weitere Bearbeitung des Stadtbebauungsplanes dienen sollte.

Von den weiteren Vorschlägen zur Gestaltung des Stadtzentrums ist besonders der des Kollektivs Professor Funk zu erwähnen. Die Konzentration der gesellschaftlichen Bauten bei rhythmischer Gestaltung im Wechsel mit zugeordneten hohen Wohngebäuden ist überzeugend, kann aber bei einer Reduktion der Stadtgröße auf 55 000 Einwohner nicht mehr als Grundlage für den Stadtbebauungsplan dienen.

Die anderen Lösungen erreichen nicht die Qualität dieser Entwürfe. Als besonders häufiger Fehler tritt dabei die Maßstablosigkeit in der Ausdehnung und räumlichen Gliederung des Zentrums in Erscheinung. Mit der Aufgabe, das Zentrum mit dem zentralen Platz der Magistrale zuzuordnen und dabei überschaubare Räume zu schaffen, konnten die meisten Teilnehmer am Wettbewerb gestalterisch nicht fertig werden. Teilweise treten auch Fehler in der Führung der Verkehrsstraßen im Bereich des Zentrums auf, die die gesellschaftlichen Einrichtungen voneinander trennen.

Die topographischen Verhältnisse, die das Gelände mit den höchsten Punkten etwa im Bereich des Graebsees bietet, sind auch von einigen Teilnehmern nicht genügend beachtet worden, so zum Beispiel im Entwurf des VEB Berlin-Projekt.

In diesem Entwurf, der auch andere Mängel besitzt, wird eine Magistrale vorgeschlagen, an deren beiden Enden die gesellschaftlichen Einrichtungen mehrerer Komplexe zu großen Komplexzentren vereinigt sind. Im Entwurf wurde nur übersehen, daß in der Mitte der Magistrale der höchste Geländepunkt liegt, so daß von einem Komplexzentrum das andere nicht sichtbar ist.

Verkehrslösung

Wie schon eingangs gesagt, spielt die Verkehrslösung zwischen der Chemiarbeiterstadt Halle-West und den großen Chemiewerken Buna und Leuna eine entscheidende Rolle; sie war ein wichtiger Punkt der Wettbewerbsausschreibung. Um die beträchtliche Zeit, die die Werktätigen der Chemiewerke heute noch täglich für den Hin- und Rückweg zur Arbeitsstelle aufwenden müssen, wesentlich zu verringern, sollten Schnellverbindungen geschaffen werden, so daß Buna in 10 Minuten und Leuna in 20 Minuten von Halle-West aus erreichbar ist. In den Unterlagen zum Wettbewerb ist hierfür eine elektrische Schnellbahn vorgeschlagen, deren Trasse peripher zum Stadtgebiet liegt. Sie ist auch von fast allen Teilnehmern an dieser Stelle ohne wesentliche Veränderungen beibehalten worden. Lediglich die Verfasser aus dem Institut für Städtebau und Architektur schlugen eine fast mittige Durchschneidung der Stadt vor, wobei die elektrische Schnellbahn im Tunnel oder Einschnitt geführt wird. Dadurch verdoppelt sich der fußgängerige Einzugsbereich des Bahnhofes. Für die überwiegende Mehrzahl der Werktätigen entfällt die Notwendigkeit, ein zweites Verkehrsmittel benutzen zu müssen, um zum Bahnhof zu gelangen, was sowohl eine Zeiteinsparung für jeden in Buna und Leuna Beschäftigten und insbesondere eine Einsparung im innerstädtischen Verkehr bedeutet und eine wesentliche Rationalisierung des Nahverkehrs ermöglicht.

Diese Lösung hat, da die Trasse im Tunnel unter dem zentralen Platz liegt, außerdem den großen Vorteil, daß jeder Chemiarbeiter gezwungen ist, mindestens zweimal im Zentrum zu sein, da er von hier aus zur Arbeitsstätte fährt und auch auf den zentralen Platz der Stadt von der Arbeit zurückkehrt. Da die Fußgängertrasse mit diesem zentralen Platz im direkten Zusammenhang steht und praktisch seine Fortführung ist, sind die Möglichkeiten zur Entfaltung eines städtischen Lebens hierdurch noch mehr gegeben, als dies in den anderen Städten, die wir bisher gebaut haben, der Fall war.

Soweit über einige Probleme, die im Wettbewerb Halle-West behandelt wurden.

Leider gab es keinen Entwurf, der die Jury und die Auslober in allen Punkten voll befriedigen konnte. Deshalb empfahl die Jury dem Rat des Bezirkes, bei der weiteren Bearbeitung des Stadtbebauungsplanes folgende positive Ergebnisse des Wettbewerbes zugrunde zu legen:

■ Ausbildung des Stadtzentrums einschließlich der Führung der Schnellbahn entsprechend der Arbeit des Instituts für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie

■ Anbindung der Wohnkomplexzentren an die Magistrale entsprechend den Entwürfen der Kollektive Büro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Halle sowie Dr. Stahr

■ Konzentration der vielgeschossigen Wohnbebauung im zentralen Bereich sowie Ausbildung des Stadtrandes entsprechend den Entwürfen von Professor Funk und des Büros für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Halle

■ Ausbildung eines zentralen Grünraumes am Graebsee und dessen Einbeziehung in den zentralen Bereich sowie Anbindung des städtischen Grüns an die Naherholungsgebiete

■ Besonders gründliche Auswertung der Ergebnisse des Wettbewerbes hinsichtlich der Wirtschaftlichkeit der Stadtanlage und Bebauung sowie Erschließung

■ Als Optimum wird bei etwa 55 000 Einwohnern, die außer denen im Wohnkomplex I noch anzusiedeln sind, ein Gesamtflächenbedarf von 200 bis 220 ha angesehen.

Die anwesenden Mitglieder der Jury erklärten sich bereit, während der Ausarbeitung der Zusammenfassung an Konsultationen, zu denen der Rat des Bezirkes Halle einladen wird, teilzunehmen.

Die endgültige Konzeption wird von der Gruppe Städtebau beim Chefarchitekten für Halle-West bearbeitet. Eine Bearbeitung in enger Anlehnung an einen oder mehrere der Wettbewerbsentwürfe scheidet schon deswegen aus, weil fast alle Teilnehmer mit der bestehenden Bausubstanz für unsere ökonomischen Verhältnisse zu großzügig verfahren sind.

Aus diesem Grunde mußte zunächst eine den Realitäten entsprechende Verteilung der für eine Bebauung möglichen Flächen vorgenommen werden, die zugleich der geforderten Struktur der Stadt entspricht (siehe Seite 553).

Ebenso wurden eingehende Funktionsstudien über das notwendige Volumen der Baukörper im Zentrum und in den Wohnkomplexen angestellt, um die Komposition der Baukörper zu überprüfen. Dabei machte sich eine Reihe von Korrekturen in den Programmen für Einzelbauwerke notwendig und zum geringen Teil auch in den gestalterischen Konzeptionen (z. B. Verbreiterung der Fußgänger-Magistrale).

Der Gesamtbebauungsplan für Halle-West wird am 31. Oktober dieses Jahres fertiggestellt sein, und es ist unser Bestreben, alle positiven Anregungen des Wettbewerbes in diesem Entwurf zu einer Einheit zu verschmelzen.

Aus der Direktive für die städtebauliche Gestaltung und den Aufbau der Chemiearbeiterstadt Halle-West

■ Im Bezirk Halle konzentrieren sich die größten chemischen Werke der Deutschen Demokratischen Republik, die VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“, VEB Buna-Werke, VEB Mineralölwerk Lützen, VEB Agfa-Werke und andere. Der Aufbau und die Erweiterung dieser Werke sind bestimmend für den Aufbau der Chemiearbeiterstadt Halle-West.

Um den Chemiearbeitern günstige Bedingungen für das Wohnen und Leben zu schaffen, ist diese neue Stadt für insgesamt 70 000 Einwohner zu planen und in Etappen aufzubauen.

Der Standort der Chemiearbeiterstadt im Gebiet Passendorf-Nietleben bietet die Gewähr für ein gesundes Wohnen unter einwandfreien lufthygienischen Verhältnissen, für ausreichende Erholungsmöglichkeiten im Stadtwald Heide und in der Saaleaue sowie für günstige Verkehrsbeziehungen zu den Arbeitsstätten.

In der Gestaltung der Chemiearbeiterstadt sind Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Schönheit harmonisch zu vereinen. In der Planung, Projektierung und dem Bau von Halle-West ist der wissenschaftlich-technische Höchststand auf allen Gebieten konsequent durchzusetzen; die Investitionen für die Chemiearbeiterstadt sind mit höchstem gesellschaftlichen Nutzen zu realisieren.

■ Die Chemiearbeiterstadt Halle-West ist als sozialistische Stadt der Chemiearbeiter zu planen und aufzubauen. Die Wohnkomplexe sind mit einer Mindestgröße von 12 000 Einwohnern vorzusehen, wobei jeder Wohnkomplex in Wohngruppen mit etwa 3000 Einwohnern aufzuteilen ist.

Das sozialistische Stadtzentrum als zentrales Ensemble der Stadt wird gebildet aus dem zentralen Platz und der Magistrale. Durch Errichtung der wichtigsten gesellschaftlichen Einrichtungen und durch eine repräsentative großstädtische Gestaltung ist die Bedeutung des zentralen Ensembles zum Ausdruck zu bringen.

Der zentrale Platz ist als Mittelpunkt des gesellschaftlichen und politischen Lebens zu entwickeln. Anschließend an ihn sind neben Wohnbauten die wichtigsten gesellschaftlichen Gebäude der Stadt zu gruppieren. Der zentrale Platz ist zum täglichen Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens zu gestalten, wobei auf ihm die Demonstrationen und Feste stattfinden. Als sichtbares Wahrzeichen der sozialistischen Chemieindustrie in der DDR ist am zentralen Platz das Chemiehochhaus mit etwa 100 m Höhe als Dominante zu errichten, in dem sowohl die VVB der Chemie als auch der Rat der Stadt mit seinen Organen unterzubringen sind. Außer dem Chemiehochhaus sind im zentralen Ensemble das Haus der sozialistischen Kultur, das zentrale Warenhaus, das Bildungszentrum, das medizinische Zentrum, das Hotel, Gaststätten, Mischbau und Tanzcafé mit vorzusehen.

■ Bei der Planung der neuen Stadt ist eine wirtschaftliche Flächennutzung zu gewährleisten. Die Anwendung neuer Bebauungsformen und die Erhöhung des Anteiles vielgeschossiger Wohngebäude auf 25 bis 30 Prozent müssen mit einer Erhöhung der Einwohnerdichte auf mindestens 300 Einwohner/ha verbunden sein.

Folgende Kennziffern müssen in den Wohnkomplexen eingehalten werden:

Quote der Versorgungsleitungen	etwa 2 lfm/WE
Quote des fließenden Verkehrs	etwa 4 m ² /EW
Quote der allgemeinen Freiflächen	etwa 4 m ² /EW
Städtebauliche Kosten	etwa 30 000 MDN je EW

■ Die Hauptverkehrsverbindungen der neuen Stadt entwickeln sich in den Richtungen Nord-Süd und Ost-West.

Die Nord-Süd-Richtung wird bestimmt durch die Direktverbindung für den Berufsverkehr von der Chemiearbeiterstadt zu den chemischen Großwerken VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“, den VEB Chemische Werke Buna und in der Perspektive zu den geplanten Produktionsanlagen des Chemieanlagenbaus im Industriekomplex Halle-Nord. Von der Chemiearbeiterstadt zu den chemischen Werken ist eine elektrifizierte Schnellverbindung zu schaffen.

Die Ost-West-Richtung wird bestimmt durch die Beziehung zur Stadt Halle. Die Verbindung wird hergestellt durch die F 80 als Trasse der wichtigsten Massenverkehrsmittel und als Fernverkehrsstraße, an die die Magistrale der Chemiearbeiterstadt anbindet. Diese Verkehrsstraße muß zügig geführt werden und in den innerstädtischen Verkehrsring am Moritzwinger einbinden.

■ In Zusammenarbeit mit der chemischen Industrie ist die umfassende Anwendung chemischer Baustoffe, insbesondere von Platten, zu sichern. Der Einsatz chemischer Baustoffe und Baumaterialien sowie von Glas, Aluminium und anderen soll erfolgen:

im Ausbau (Sanitärtechnik, Fußböden, Fenster, Türen, Einbauten);

für die Außenhautgestaltung (Fassadenelemente, Schutzanstriche, wetter- und lichtbeständige Farb-anstriche);

für bauphysikalische Zwecke (Schallschutz, Kälteschutz).

Der hohe Stand der chemischen Produktion ist besonders am Haus der Chemie zu demonstrieren.

Für die gesamte Stadt ist die konsequente Anwendung des Montagebaus im Hoch- und Tiefbau auf der Grundlage des Baukostenystems zu sichern.

Zur maximalen Senkung der Bauzeiten ist beim Bau die Schnellbaufertigung anzuwenden. Entsprechend dem erreichten Stand im Bezirk Halle darf die Bauzeit eines Wohngebäudes nicht mehr als 4 bis 5 Monate betragen. Für die Wohnbauten ist die Großplattenbauweise in der 5-MP-Laststufe vorgesehen.

■ Bei der Planung, Projektierung und Baudurchführung sind die Grundsätze des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft im Bauwesen durchzusetzen.

Für den Aufbau der Chemiearbeiterstadt sind der Rat des Bezirkes Halle und der Minister für Bauwesen verantwortlich. Die Planung und Leitung des Baues der Chemiearbeiterstadt wird durch den Hauptplanträger, zugleich Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes, wahrgenommen.

Die städtebauliche Planung und architektonische Gestaltung der neuen Stadt ist durch den Chefarchitekten zu leiten. Er ist verantwortlich für die städtebauliche Planung, die Projektierung und deren Durchführung bei der Baudurchführung. Als Generalprojektant für die gesamte Projektierung der Chemiearbeiterstadt ist der VEB Hochbauprojektierung Halle eingesetzt. Mit der gesamten Baudurchführung wurde als Generalauftragnehmer der VEB Wohnungskombinat Halle beauftragt.

■ Es sind neue Wege bei der Einbeziehung der Bevölkerung, vor allem der Werktätigen der chemischen Großbetriebe, in Planung, Projektierung und Baudurchführung zu gehen.

Der Rat des Bezirkes sowie die gesellschaftlichen Organisationen haben zu sichern, daß die künftigen Einwohner über die städtebauliche Planung und Projektierung umfassend informiert werden und ihre schöpferische, beratende Mitarbeit bei der Organisation des gesellschaftlichen Lebens und der architektonischen Gestaltung der Chemiearbeiterstadt wirksam wird. Auf diese Weise werden Prinzipien des Bitterfelder Weges in Städtebau und Architektur verwirklicht.

Die Mitglieder der Jury

Anni Blume
Kontrollleurin
VEB Chemische Werke Buna

Paul Burre
Maurer
VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“

Prof. Dipl.-Ing. Edmund Collein
Vizepräsident
der Deutschen Bauakademie

Max Dankner
1. Sekretär
des Bezirksvorstandes Halle des FDGB

Dipl.-Ing. Hans Gericke
Stadtarchitekt
beim Magistrat von Groß-Berlin

Dipl. oec. Heinz Gossing
Stellvertreter des Vorsitzenden
des Rates des Bezirkes Halle –
Hauptplanträger

Heinz Hoffmann
Arbeitsökonom
VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“

Prof. Dipl.-Ing. Hanns Hopp
Präsident
des Bundes Deutscher Architekten

Prof. Dipl.-Ing. Gerhard Kosel
Präsident
der Deutschen Bauakademie

Dipl. oec. Günther Kunz
Stadtbaudirektor der Stadt Halle

Ing. Herbert Kuppe
Investbauleiter
VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“

Otto Leopold
Vorsitzender
des Rates des Bezirkes Halle

Dr. Löschau
Werkdirektor
des VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“

Prof. Dr. Dr. Nelles
Werkleiter
des VEB Chemische Werke Buna

Prof. Dr.-Ing. E. h. Richard Paulick
Vizepräsident
der Deutschen Bauakademie

Dipl.-Ing. Walter Pester
Stadtarchitekt
beim Rat der Stadt Karl-Marx-Stadt

Hans Pflüger
Oberbürgermeister der Stadt Halle

Katharina Retzlaff
Anlagenführerin
VEB Chemische Werke Buna

Dipl.-Ing. Schauder
Bezirksbaudirektor
beim Rat des Bezirkes Halle

Prof. Dipl.-Ing. Hans Schmidt
Chefarchitekt
des Instituts für Städtebau und Architektur, Deutsche Bauakademie

Dipl.-Ing. Paul Schmieden
Staatssekretär
im Ministerium für Bauwesen,
1. Stellvertreter des Ministers
für Bauwesen

Dipl.-Ing. Hans Schulz
Verkehrsplaner
beim Magistrat von Groß-Berlin

Horst Sindermann
1. Sekretär
der Bezirksleitung Halle der SED

Erwin Stock
Abstichmann
VEB Chemische Werke Buna

Dr. Taschow
Stellvertretender Leiter
der Materialprüfung
VEB Leuna-Werke „Walter Ulbricht“

Otto Voigt
Arbeitsnormer
VEB Chemische Werke Buna

Ersatzjuroren

Ingenieur Hermann Barth
Stellvertreter
des Ministers für Bauwesen

Dipl.-Ing. Becker
Leiter der Bauabteilung
im VEB Chemische Werke Buna

Prof. Dipl.-Ing. Schneideratus
Stellvertretender Direktor
im VEB Typenprojektierung
bei der Deutschen Bauakademie

Dr. Felix Riehl
Stadtarchitekt
beim Rat der Stadt Halle



Die sechs prämierten Entwürfe des Wettbewerbes Halle-West

2. Prämie

Institut für Städtebau und Architektur
Deutsche Bauakademie

Dr.-Ing. oec. Peter Doehler
Dipl.-Ing. Konrad Lässig
Dipl.-Ing. Lothar Kwasnitza
Dipl.-Ing. Herbert Pfeifer
Dipl.-Ing. Manfred Hultsch
Dipl.-Ing. Siegfried Klügel
Dipl.-Gärtner Dr. Johann Greiner
Dipl.-Ing. Günther Schulz
Dipl.-Ing. Rolf Linke
Dipl.-Ing. Klaus Regen
Dipl.-Ing. Hans-Peter Kirsch
Architekt Hans Mucke
Dipl.-Ing. Heinz Willumat
Dipl.-Ing. Ragnar Immerschied
Dipl.-Ing. Friedrich Halosche
Dipl.-Ing. Mechthild Schneider

Lageplan

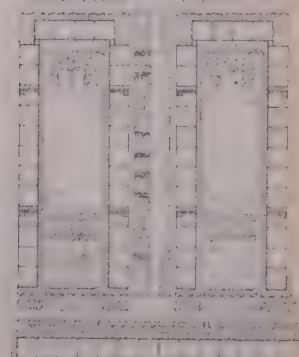
1 : 10 000

- 1 Haus der Chemie
- 2 Kulturhaus und Bildungszentrum
- 3 Hotel (400 Betten) mit Restaurant (200 Plätze)
- 4 Haus der Banken und Sparkasse
- 5 Gaststättenkomplex mit Betriebspeisung
- 6 Lebensmittelverkauf
- 7 Zentrales Warenhaus
- 8 Zentrale Poliklinik und Dienstleistungen
- 9 Zentrales Haus der Dienste
- 10 Hauptpost
- 11 Filmtheater (600 Plätze)
- 12 Dienstleistungskombinat und Produktions-einrichtung
- 13 Reparatur für PKW – Zusatztelverkauf – Groß-tankstelle
- 14 Kompaktbau: Schulspeisung – Klubgaststätte – Dienstleistungen – Handel tägl. Bedarf – Bi-bliothek – Ambulanz – Wohngebietsverwaltung
- 15 60-Klassen-Schule
- 16 40-Klassen-Schule
- 17 Turnhalle und Werkstätten
- 18 Kindergarten – Kinderkrippe
- 19 Industriekompaktbau
- 20 Turn- und Schwimmhalle

Wohngruppe

1 : 5000

- 1 Ruheplatz
- 2 Wäschetrockenplatz
- 3 Sandspielplatz mit Sitzbänken
- 4 PKW-Stellplätze
- 5 Platz für Müllgroßbehälter





3

3
Modellaufnahme

4

4
Gebäudegruppierung mit Abstand $2,5h = 36,5\text{ m}$
und Gebäudegruppierung mit unterschiedlichen
Hausabständen $42,0\text{ m}$ und $28,0\text{ m}$



5
Schaubild

5



Die Verfasser erfüllen mit ihrem Entwurf die wesentlichen Forderungen der Direktive und der Ausschreibung.

Das hervorstechende Merkmal des Entwurfes besteht in der klaren Struktur der Stadt und der Ausgestaltung des Stadtzentrums sowie in der guten Einführung des Massenverkehrs in das Zentrum. Die gute Lage des Bahnhofs wird durch die Verlegung der Bahntrasse erreicht. Das Zentrum ist mit dem Grünraum um den Graebsee verbunden. Der Maßstab der Stadt und vor allem des Zentrums entspricht einer Stadt der geforderten Größe mit großstädtischem Charakter.

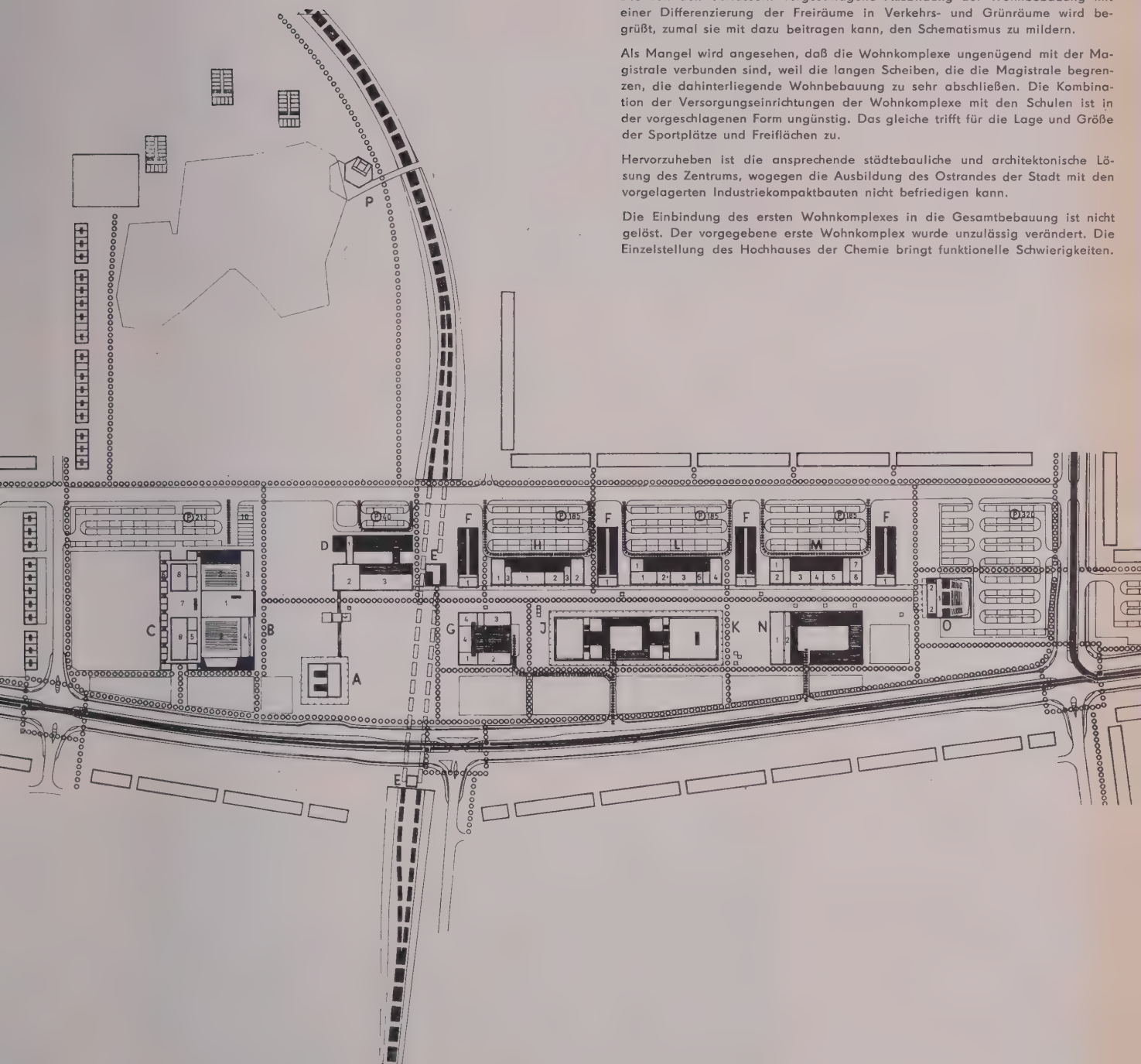
In seiner Verkehrslösung sieht der Entwurf nur eine nördliche Tangente vor, die wegen umfangreicher Brückenbauwerke und Abbrüche in Halle teuer und vorerst schwer durchführbar ist und somit nicht zur Lösung der dringenden Verkehrsbedürfnisse in der Stadt Halle beiträgt.

Die von den Verfassern vorgeschlagene Ausbildung der Wohnbebauung mit einer Differenzierung der Freiräume in Verkehrs- und Grünräume wird begrüßt, zumal sie mit dazu beitragen kann, den Schematismus zu mildern.

Als Mangel wird angesehen, daß die Wohnkomplexe ungenügend mit der Magistrale verbunden sind, weil die langen Scheiben, die die Magistrale begrenzen, die dahinterliegende Wohnbebauung zu sehr abschließen. Die Kombination der Versorgungseinrichtungen der Wohnkomplexe mit den Schulen ist in der vorgeschlagenen Form ungünstig. Das gleiche trifft für die Lage und Größe der Sportplätze und Freiflächen zu.

Hervorzuheben ist die ansprechende städtebauliche und architektonische Lösung des Zentrums, wogegen die Ausbildung des Ostrand der Stadt mit den vorgelagerten Industriekomplexbauten nicht befriedigen kann.

Die Einbindung des ersten Wohnkomplexes in die Gesamtbebauung ist nicht gelöst. Der vorgegebene erste Wohnkomplex wurde unzulässig verändert. Die Einzelstellung des Hochhauses der Chemie bringt funktionelle Schwierigkeiten.



- A Haus der Chemie, Rat der Stadt, Dienststelle der Volkspolizei
- B Haus der Kultur
- C Erweiterte polytechnische Oberschule
- D Hotel
- E Bahnhof Schnellbahn
- F Sechzehngeschossiges Wohnhochhaus
- G Gaststättenkomplex

- H Haus der Banken und Sparkassen
- I Kaufhaus Lebensmittel
- K Industriewaren-Kaufhaus
- L Dienstleistungen, Poliklinik
- M Zentrales Haus der Dienste
- N Hauptpost und Fernmeldeamt
- O Kino (600 Plätze)
- P Tanzgaststätte

3. Prämie

Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Halle

Entwurf I

- Dipl.-Ing. Gerhard Kröber
- Dipl.-Arch. Herbert Gebhardt
- Dipl.-Arch. Arthur Jungblut
- Dipl.-Ing. Rainer Deutlof
- Dipl.-Arch. Karl Danz
- Dipl.-Ing. Waltraud Wohlrath
- Dipl.-Arch. Günter Boliwa
- Dipl.-Ing. Gerhard Lauert
- Dipl.-Ing. Günter Brode, Verkehrspl.
- Kurt Brandenburger, Landschaftsgest.
- Ing. Gerhard Klinger, Stadttechnik

Aus dem Jury-Protokoll

Die vorgetragene Konzeption dieses Entwurfes erfüllt die Hauptforderungen der Ausschreibung und der Direktive hinsichtlich einer guten Verbindung mit der Stadt Halle, einer großstädtischen Ausbildung des Zentrums und einer guten Gliederung der Gesamtstadt. Dabei ist auch der Gestaltung des Stadtrandes Aufmerksamkeit gewidmet worden.

Die Verkehrserschließung ist klar und übersichtlich. Der in Randlage befindliche Bahnhof ist durch innerstädtischen Busverkehr erschlossen. Seine Lage trägt der möglichen Erweiterung der Stadt nach Westen Rechnung. Das System der Grünanlage verbindet die Wohnkomplexe untereinander sowie mit dem Zentrum und zeigt gute Anbindung an die Landschaft.

Beanstandet werden der im zentralen Bereich der Stadt überzogene Maßstab, der sich ausdrückt in einer 150 m breiten Magistrale, die keine Steigerung zum zentralen Platz mehr zuläßt, und der unmotiviert große Raum westlich des Hochhauses.

Als unzulänglich sind die Verbindung des Bahnhofes mit dem zentralen Platz und die Einbeziehung des Graebsees in die allgemeine Komposition des Zentrums zu betrachten.

Die Verfasser versuchen mit einem gewissen Erfolg den Schematismus in der Wohnbebauung zu vermeiden und bringen die Wohnkomplexzentren in eine räumliche Beziehung zur Magistrale.

1 Lageplan 1 : 20 000

2 Zentrum 1 : 10 000

- 1 Haus der Chemie
- 2 Zentrales Kulturhaus
- 3 Zentraler Gaststättenkomplex
- 4 Hotel
- 5 Stadtverwaltung
- 6 Zentrales Kaufhaus mit Dienstleistungen
- 7 Post und Sparkasse
- 8 Bahnhof
- 9 Bildungszentrum mit Berufsschule und erweiterter Oberschule
- 10 Poliklinik
- 11 Klubgaststätte
- 12 Kaufhalle
- 13 Post und Sparkasse
- 14 Polytechnische Oberschule
- 15 Ambulatorium
- 16 Kindergarten und Kinderkrippe

3 Modellfoto



Technische Universität Dresden

Professor Georg Funk
Dipl.-Ing. Horst Burggraf
Dipl.-Ing. Horst Fischer
Akad. Arch. Hellmuth Franke
Dipl.-Ing. Bernhard Gräfe
Dipl.-Ing. Heinz Michalk
Dipl.-Ing. Werner Pampel
Grafikerin Gertrud Stiemer
Konsultationen für Verkehrsplanung:
Prof. Dr.-Ing. habil. Walter Christfreund
Konsultationen für gesellschaftliche
Einrichtungen in den Wohnkomplexen:
Prof. Dr.-Ing. habil. Helmut Trautzettel

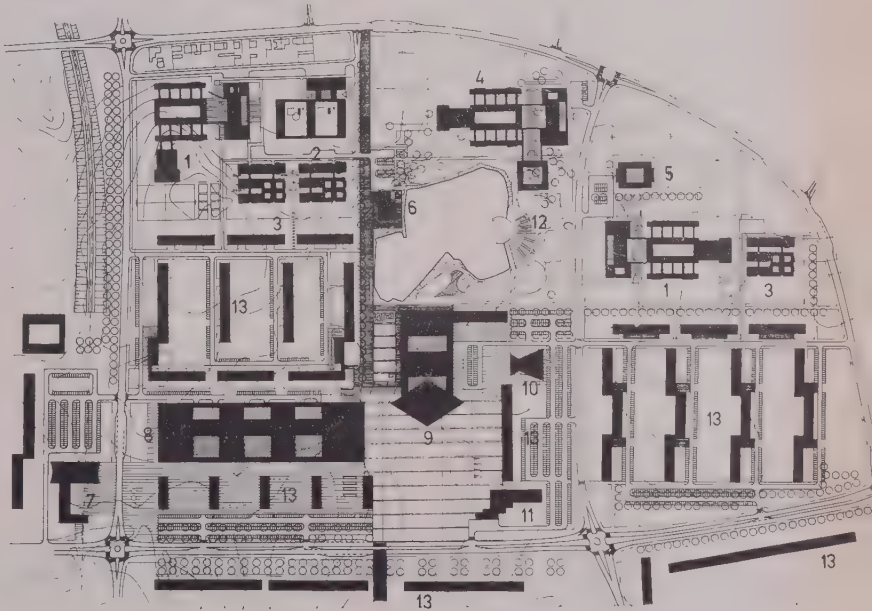
Aus dem Jury-Protokoll

Der Entwurf zeichnet sich aus durch eine klare Gliederung der Stadtstruktur und eine eindeutige Hervorhebung des gesamten zentralen Bereiches, durch eine Massierung der hohen Bebauung sowie durch die Anlage des zentralen Platzes mit der Dominante der Stadt an landschaftlich hervorragender Stelle.

Außerdem ist das Zentrum mit dem Bahnhof funktionell und gestalterisch gut verbunden und der Stadtrand, insbesondere der Ostrand nach der Altstadt Halle, gut ausgebildet. Das Grün ist in die Stadt einbezogen und unterstützt ihre strukturelle Gliederung.

Die Verkehrserschließung unter Benutzung wesentlicher Teile der F 80 ist klar und übersichtlich. Die Wohnkomplexe zeigen Ansätze zur Überwindung des Schematismus.

Die städtebauliche Einheit der Stadt, die vom Verfasser für 90 000 Einwohner geplant ist, ist bei einer Beschränkung laut Ausschreibung auf 70 000 Einwohner nicht gewährleistet. Die räumliche und architektonische Gestaltung des Zentrums wird anerkannt.



- 1
Lageplan 1 : 20 000
2
Lageplan Zentrum 1 : 10 000
1 Polytechnische Oberschule, 40 Klassen
2 Feierabendheim, 400 Betten
3 Kindergarten – Kinderkrippe
4 Erweiterte polytechnische Oberschule, 40 Klassen, und Internat, 250 Betten
5 Hilfsschule, 14 Klassen
6 Terrassencafé, 200 Plätze
7 S-Bahnhof
8 Kompaktbau:
Gaststättenkomplex, 509 Plätze
Zentrales Warenhaus, etwa 12 000 m²
Lebensmittelhalle Zentrum, 2600 m²
Wohnkomplexzentrum Mitte
Hauptpostamt
9 Kulturhaus:
Hauptsaal, 1000 Plätze
Gastronomische Einrichtung für Kulturhaus und Hotel (400 Betten)
10 Kino, 600 Plätze
11 Haus der Chemie und Rat der Stadt, 25 Geschosse
12 Freilichttheater, 1300 Plätze
13 Wohnhäuser, 10 Geschosse
3
Modellfoto

Eine Anerkennung

Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Dr.-Ing. Joachim Stahr
 cand. Ing. Winfried Ebener
 cand. Ing. Peter Bartmann

Lageplan

1 : 20 000

Aus dem Jury-Protokoll

Der Entwurf zeigt durch die Führung seiner Magistrale und die Lage des zentralen Platzes eine gute Beziehung zum Zentrum der Stadt Halle. Anerkannt wird auch die Ausbildung des Ostrandes der Neustadt sowie die Heranführung der Komplexzentren an die Magistrale. Besonders hervorzuheben in diesem Entwurf ist das hohe wirtschaftliche Ergebnis, das durch die Anwendung von Haustypen geringer Frontlänge und großer Haustiefe der Sektionen erreicht wird.

Der Maßstab der Magistrale und die aufwendige Gestaltung des Zentrums in zwei Ebenen wird für eine Stadt dieser Größe abgelehnt. Die konzentrierten, flächenaufwendigen Gemeinschaftseinrichtungen unmittelbar am Graebsee trennen den nördlichen Teil des Parkes vom Zentrum. Die Lage der dreigeschossigen Würfelhäuser, die für kinderreiche Familien vorgesehen sind, berücksichtigen nicht genügend die Forderung nach Grün- und Spielflächen. Die schematische Anordnung der Würfelhäuser in der Reihe ergibt unbefriedigende Räume.



Eine Anerkennung

Architekt Szotyor Nagy
 Mész-Budapest

Lageplan

1 : 20 000

Aus dem Jury-Protokoll

Anzuerkennen ist der Versuch, mit den vorhandenen Wohnungstypen eine gestalterische Auflockerung der Wohnkomplexe zu erreichen. Der Verfasser erreicht das dadurch, daß er in die Mitte der Wohnkomplexe vielgeschossige Häuser stellt, dadurch aber die Zusammenfassung der gesellschaftlichen Einrichtungen zu Zentren unmöglich macht. Er versucht mit Hilfe des Chemiehochhauses und einer Reihe umgebender Punkthäuser geringerer Höhe das Zentrum innerhalb der Stadt herauszuheben. Hierbei ist die Stellung wenigstens eines Punkthauses östlich des Chemiehochhauses fragwürdig.



Stadtplanung Halle

Dipl.-Ing. Manfred Sommer
Bau-Ing. Werner Hönig
Dipl.-Ing. Josef Münzberg, BDA

Lageplan

1 : 20 000

Modellfoto

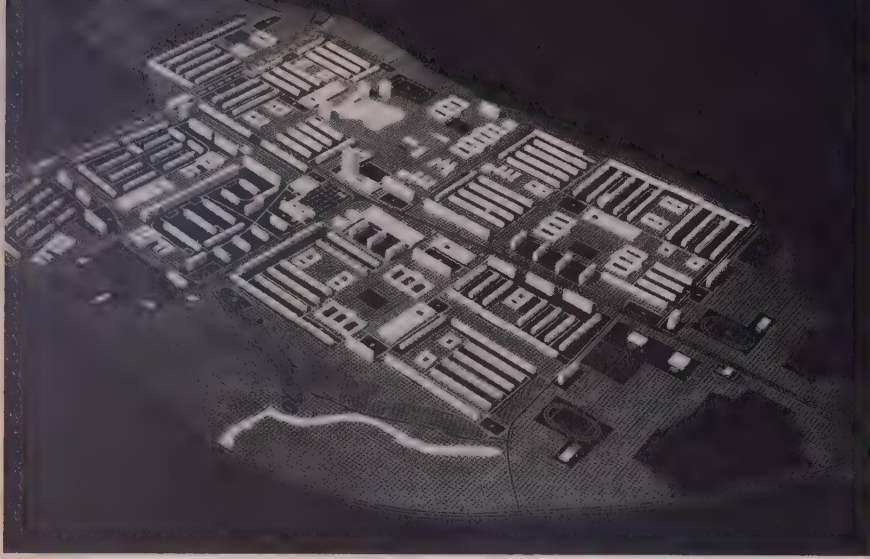
Aus dem Jury-Protokoll

Die Verfasser versuchen einen neuen Stadttypus mit einem stark begrünten Stadtzentrum zu schaffen, in dem alle wesentlichen zentralen gesellschaftlichen Einrichtungen in Gruppen zusammengefaßt angeordnet sind. Dabei wird als Verkehrsschema ein innerstädtischer Ring angeordnet, der am Zentrum durch eine Hauptverkehrsstraße mit der Altstadt Halle verbunden wird. Die Jury erkennt hierin einen Vorzug, der sich für das Leben und die Erholung der Chemiewerker positiv auswirken kann.

In der gestalterischen Durchführung dieser Grundidee ergeben sich gewisse Mängel durch die optische Abriegelung des Graebsees und die ungenügende räumliche Gestaltung der Hauptzuführung von Halle.

Trotz des Versuches, den Schematismus in der Wohnbebauung zu überwinden, kann die vorgetragene Lösung wegen der Streuung der gesellschaftlichen Einrichtungen, der schlechten Ausbildung des Stadtrandes und auch der Hauptverkehrsstraßen nicht befriedigen.





1



2



3

1
Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Magdeburg

Dipl.-Ing. Harald Schultze
Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Feldmann
Dipl.-Ing. Martin Hartig
Dipl.-Ing. Gisela Schilke
Gartenarchitekt Heinz Sauerzapf

Aus dem Jury-Protokoll

Als positiv wird die Verbindung des Zentrums mit dem Gesamtgrün der Stadt, insbesondere zum Graebsee, und ihrer Umgebung bewertet. Ebenso ist die Lage der Sportplätze in der umgebenden Grünzone des Stadtrandes zu begrüßen. Auch die Ausbildung der Wohnkomplexzentren ist anerkennenswert. Obwohl die Verfasser der Forderung des Wettbewerbes gerecht werden, eine Magistrale in Verbindung mit dem zentralen Platz zu schaffen, ist die vorgeschlagene Lösung funktionell und verkehrstechnisch unbefriedigend. Die Bauten des Zentrums sind rings um die Verkehrsgabelung angeordnet, so daß es zu unerwünschten Überschneidungen zwischen Fußgänger und Fahrverkehr kommt.

Auch die gestalterische Ausbildung der Magistrale, insbesondere ihrer Südseite, kann nicht befriedigen, da die vorgeschlagene Staffelung die Geschlossenheit der räumlichen Wirkung beeinträchtigt. Der am Stadtrand gelegene Bahnhof ist mit dem Stadtzentrum nicht überzeugend verbunden. Die Bebauung der Wohngruppen ist nicht frei von Schematismus. Die Führung der Bahntrasse durch den Wohnkomplex IV muß abgelehnt werden.

2
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Lehrstuhl Professor Räder
cand. Ing. Karla Kazokatis
cand. Ing. Eberhard Künzel
cand. Ing. Bernhard Müller

Aus dem Jury-Protokoll

Trotz einiger Versuche zur Gestaltung der Magistrale muß der Entwurf des Zentrums als mißglückt beurteilt werden, da insbesondere das Stadtzentrum von der Wohnbebauung isoliert ist und eine unübersichtliche Aneinanderfügung von Einzelobjekten darstellt.

Die verkehrstechnische Lösung, die die Magistrale in den Bogen der Süd-Tangente einspannt, ist im Prinzip nutzlos und zu aufwendig. Die Wohnbebauung weist einen starren Schematismus auf.

3
Architekt Joachim König
Dipl.-Architekt Hans Jürgen Scheel
Dipl.-Architekt Peter Schubring

Aus dem Jury-Protokoll

Die Mehrzahl der in der Direktive und im Wettbewerb gestellten Forderungen sind nicht erfüllt. Die Verfasser entwickeln ein abstraktes Schema, das keine Rücksicht auf die örtlichen Gegebenheiten nimmt, die Existenz des ersten Wohnkomplexes unberücksichtigt läßt und erhebliche Teile der Gemeinden Nietleben und Passendorf beansprucht. Die Orientierung des neuen Stadtzentrums nach Nietleben ist falsch. Die Inanspruchnahme von Baugelände ist zu hoch.

UIA-Kommission „Städtebau“ tagte in Berlin

Auf Einladung der DDR-Sektion in der UIA tagte die UIA-Kommission „Städtebau“ vom 12. bis 18. Juni 1964 in Berlin. An der Tagung nahmen 19 Mitglieder der Kommission oder deren Stellvertreter teil, und zwar die Kollegen:

Candilis (Paris), von Eesteren (Amsterdam), Tonev (Sofia), Sauget (Genf), Faruk (Istanbul), Provelenghios (Athen), Calsat (Paris), Chlup (Prag), Collein (Berlin), Centreras (Mexico-City), Gilson (Brüssel), Gusti (Bukarest), Heim (Budapest), Ling (Coventry), Dylewski (Warschau), Yang Ting Pao (Peking), Lin Yun He (Peking), Kröber (Halle).

Am 12. Juni hatte der Präsident des Bundes Deutscher Architekten, Professor Hanns Hopp, die Tagungsteilnehmer zu einem Abendessen im Restaurant „Moskau“ eingeladen, wo die Gäste begrüßt wurden.

Professor Collein begrüßte am 13. Juni als Vertreter der DDR-Sektion die Konferenzteilnehmer und führte sie durch die am Konferenzort aufgebaute Ausstellung, wobei die Gelegenheit benutzt wurde, Ausführungen zu den Hauptaufgaben des Städtebaus und der Architektur in der DDR und zur Entwicklung des Investitionsbauwesens zu machen.

In den darauf folgenden Beratungen machte Herr Candilis als Delegierter des Exekutivkomitees der UIA in der Kommission „Städtebau“ grundlegende Ausführungen zur weiteren Arbeit der Kommission, die entsprechend den ständig wachsenden Aufgaben des Städtebaus in der Welt in der UIA eine große Rolle spielen müsse. Der persönliche Kontakt zwischen den Mitgliedern sollte gepflegt und in den nationalen Sektionen sollten die Ergebnisse der Arbeit den Tausenden Kollegen übermittelt werden. Im Auftrage des Exekutivkomitees wies Herr Candilis auf die notwendige Reorganisation der Arbeit der Kommission hin, deren Arbeitsfähigkeit als ständige Körperschaft eine kontinuierliche Teilnahme und Mitarbeit der Mitglieder erfordere. Die bisherige Praxis, ständig neue Vertreter zu den Tagungen zu schicken, müsse verändert werden. Er sprach von einem Wendepunkt im Beruf des Architekten, wie er mehr oder weniger in allen Ländern zur Zeit vor sich gehe.

Nach dem zweiten Weltkrieg waren zunächst gewaltige Aufgaben beim Wiederaufbau der nationalen Wirtschaft, der Rekonstruktion der Städte und im Wohnungsbau zu lösen. Nach seiner Meinung müsse diese durch die Quantität gekennzeichnete Periode jetzt durch eine Periode der Qualität abgelöst werden. Es gelte nicht mehr, einzelne wichtige Bauwerke zu entwerfen, sondern die Umwelt des Menschen neu zu organisieren und zu formen, was dazu führt, daß die Arbeit des Architekten immer mehr mit dem Urbanismus und der planmäßigen Entwicklung verbunden wird.

Er bezeichnete den Urbanismus als die Architektur unserer Zeit; deshalb dürfe man Architektur und Urbanismus nicht voneinander trennen.

Der Urbanismus harmonisierte die Interessen des einzelnen mit den Interessen der Gesellschaft, und gerade mit diesen Problemen müsse sich die Kommission „Städtebau“ verantwortlich befassen.

Am ersten Tag wurde ferner die neue Organisation der Kommission ausführlich erörtert. Die Prinzipien der Reorganisation aller Arbeitskommissionen, wie sie das Exekutivkomitee in Budapest herausgearbeitet hat, wurden von Herrn Calsat erläutert. Er schlug vor, daß sich jede Kommission zu einer ständigen Arbeitskommission mit einem Büro konstituiert, das die Kontinuität der Arbeit zwischen den Tagungen sichert. In der Diskussion wurde der Vorschlag unterbreitet, die Ständige Kommission durch bestimmte qualifizierte Mitglieder anderer nationaler Sektionen der UIA, die noch nicht in der Sektion vertreten sind, zu erweitern. Ferner werden die Mandate der Mitglieder der Kommission von zwei auf sechs Jahre verlängert. Die Kommission wählte die neue Leitung. Professor Tonev wurde als Präsident, Professor Ling als Vizepräsident und Herr Sauget als Berichterstatter gewählt. Der bisherige Präsident, von Eesteren, wurde in Würdigung seiner Verdienste um die Kommission zum Ehrenpräsidenten ernannt.

Am 14. Juni stattete die Kommission dem Chefarchitekten von Groß-Berlin, der die Stadtplanung, insbesondere den Aufbau des Zentrums erläuterte, einen Besuch ab. Nach eingehender Diskussion erfolgte eine Stadtführung durch das Zentrum, zum Baugebiet Hans-Loch-Straße und zum Ehrenmal Treptow. Zuvor besuchten die Teilnehmer die Staatsgrenze am Brandenburger Tor und trugen sich in das Gästebuch ein.

Die Arbeitssitzungen am 15. Juni dienten der Vorbereitung des Programms für die Arbeit der Expertengruppen, dem Bericht über den Stand der in Ausarbeitung befindlichen Terminologie des Städtebaus und den Fragen der Verbreitung der Arbeitsergebnisse. Dazu wurde beschlossen, daß die nationalen Sektionen für die Veröffentlichungen der vom Sekretariat übergebenen Materialien in ihren Architekturzeitschriften sorgen.

In Vorbereitung des UIA-Kongresses 1965 in Paris wurde zu speziellen Fragen des Programms für die Kommission „Städtebau“ festgelegt, daß in einer Matinee drei Vorträge zu den Themen „Paris“ – „Paris und die Region“ – „Paris und Frankreich“ gehalten werden. Die Kommission „Städtebau“ wird während des Kongresses ihre Tagung durchführen.

Einen großen Raum nahmen die Diskussionen um die Vorbereitung des Themas „Ausbildung der Architekten“ ein. Von der DDR-Sektion wurde eine schriftliche Ausarbeitung verteilt, die von Professor Collein erläutert wurde. Die Diskussion über die Rolle und Ausbildung des Städtebauers in den einzelnen Ländern führte zu Schlußfolgerungen, die vom Büro noch redaktionell überarbeitet werden.

Die Schlußfolgerungen lauten sinngemäß:

■ Die allgemeine, umfassende Ausbildung des Architekten ist unerläßlich. Sie muß so weiterentwickelt werden, daß der Architekt befähigt wird, in seiner Arbeit zu einer Synthese zu kommen. Ebenso muß auch seine intuitive Begabung gefördert werden.

■ Mit der Ausbildung in der Architektur muß eine Ausbildung im Städtebau erfolgen, so daß der Sinn für die räumliche Organisation auch ohne spezielle Kenntnisse der Stadtplanung entwickelt wird.

■ Die Ausbildung des Architekt-Urbanisten muß nach einigen Jahren Praxis Gegenstand einer zusätzlichen Ausbildung als Städtebauer sein. Diese Weiterbildung muß auf die Vertiefung der Kenntnisse und auf die Erzielung einer weitgehenden Synthese orientiert sein. Diese Art der Ausbildung gestattet dem Architekten im Städtebau, als Leiter des Kollektivs tätig zu sein. In der Regionalplanung stellt er einen Spezialisten dar, der als Koordinator wirksam sein kann. In der Landesplanung ist er ein unerläßlicher Ratgeber. In Übereinstimmung mit dem von der Kommission festgelegten Studienprogramm wurden folgende Expertengruppen gebildet:

■ Rolle, Mission und Ausbildung des Architekten und Städtebauers (Calsat, Tonev, Ling, Provelenghios, Corbela)

■ Verstädterung, Territoriale Planung, die Stadt (Baranow, Gilson, Malisch, Feiss, Heim)

■ Struktur der Stadt, Wohnkomplexe (Gusti, Collein, Provelenghios, Candilis, Glikson, Baranow, Ting Pao)

■ Architektur und Umwelt, Kongreß in Prag 1967 (Ling, Slup, Gilson, Gusti, Calsat, Heim, Collein)

■ Grafische Symbole (Gilson, Sauget, Gusti)

Zur Vorbereitung eines Filmes über den Städtebau sollen die Länder Filmmaterial zur Konferenz in Paris mitbringen.

Als vorläufige Mitglieder der Arbeitsgruppe für den Film über den Städtebau werden benannt: Calsat, Collein, Provelenghios, Wißhein.

Die beabsichtigte separatistische Bildung einer Assoziation der Städtebauer wurde einstimmig verurteilt.

Die Mitglieder der Kommission beschlossen, an alle nationalen Sektionen einen offenen Brief als Deklaration der Kommission „Städtebau“ zu richten, in dem die Aufgaben des Städtebaus und die Aktivierung aller Städtebauer in der UIA dargelegt werden sollen. Darin soll der Einmütigkeit der Kommission über das Ziel der Tätigkeit des Urbanisten zum Wohle der Menschen und für den Frieden Ausdruck verliehen werden.

Auf Vorschlag von Professor Collein wurde ein Schreiben an das Exekutivkomitee gerichtet mit der Bitte, die brasilianische Regierung um die sofortige Einstellung der Verfolgungsmaßnahmen gegen den weltbekannten Architekten Oscar Niemeyer zu ersuchen.

Während der Tagung fand eine öffentliche Sitzung der Kommission zum Thema „Städtebau und öffentlicher Auftraggeber“ statt, die durch einen Vortrag von Professor Collein eingeleitet wurde und durch eine interessante Diskussion gekennzeichnet war. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie wir im Städtebau zu Lösungen kommen, die den Interessen des Volkes entsprechen und ein reges gesellschaftliches Leben fördern.

Während der Tagung gaben weitere Veranstaltungen den Kommissionsmitgliedern Gelegenheit, den Aufbau in der DDR kennenzulernen. Eindrucksvoll war für die Teilnehmer der Besuch der Städte Meißen, Karl-Marx-Stadt und Dresden. In Karl-Marx-Stadt empfing nach einer eingehenden Beratung der Stadtplanung und einer Stadtbesichtigung der Stellvertretende Oberbürgermeister die Teilnehmer der Exkursion. Ein Empfang, den Staatssekretär Schmichen vom Ministerium für Bauwesen gab, führte zu Aussprachen und weiteren Kontakten mit den deutschen Kollegen. Auch die persönlichen Einladungen Berliner Kollegen an Mitglieder der Kommission wurden von den Teilnehmern gern genutzt, um sich näher kennenzulernen und spezielle Fragen zu erörtern.

Insgesamt gesehen kann die Tagung der UIA-Kommission „Städtebau“ in Berlin als ein voller Erfolg betrachtet werden. Das wurde auch von der Leitung der Kommission und den Teilnehmern in einer abschließenden Einschätzung einstimmig festgestellt. Die gute Vorbereitung der Tagung durch den Bund Deutscher Architekten und die vielseitigen Möglichkeiten, sich mit dem Aufbau und der Entwicklung von Städtebau und Architektur in der DDR bekanntzumachen, sowie die Aussprachen und Kontakte haben das Ansehen der DDR bei den ausländischen Gästen gehoben und bei ihnen, wie sie selbst zum Ausdruck brachten, einen tiefen Eindruck hinterlassen.

Edmund Collein

Erfahrungen und Ergebnisse der Stadtplanung

Dipl.-Ing. Wolfgang Weigel
Dipl.-Ing. Hubert Scholz

In den Jahren 1962 und 1963 wurde entsprechend einer Vereinbarung des Ministeriums für Bauwesen mit der Staatlichen Plankommission in vorerst 23 wichtigen Städten der Deutschen Demokratischen Republik (in der Hauptstadt der DDR, Berlin, in den Bezirkshauptstädten sowie in den Städten Görlitz, Brandenburg, Dessau, Merseburg, Riesa, Eisenhüttenstadt, Hoyerswerda und Schwedt) mit der Ausarbeitung der Generellen Stadtplanung begonnen. Jetzt liegen in einer Reihe von Städten die ersten Arbeitsergebnisse vor. Aus der Einschätzung dieser ersten Planungsstufe sind, ausgehend von der beabsichtigten Zielstellung, Schlußfolgerungen für die städtebauliche Projektierung zu ziehen.

Zur Organisation und Leitung der Generellen Stadtplanung

Die Leitung und Durchführung der Generellen Stadtplanung erfolgte im Prinzip nach dem von der Deutschen Bauakademie vorgeschlagenen Organisationsschema durch das Leitkollektiv, die ständige Arbeitsgruppe und die Facharbeitsgruppen.

Zusammensetzung, Aufgabenstellung und Arbeitsweise der Kollektive wurden durch die Räte der Städte beschlossen, wobei für die Arbeitsgruppen Festlegungen entsprechend den örtlichen Besonderheiten getroffen wurden. So hat sich zum Beispiel in Leipzig die Bildung von 16 Facharbeitsgruppen gegenüber den in der Methodik vorgeschlagenen 8 Facharbeitsgruppen sehr gut bewährt. Der ständigen Arbeitsgruppe gehörten im wesentlichen Mitarbeiter der Stadtplanungsorgane (Stadtbauamt und Büro für Stadtplanung oder Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung) sowie der Abteilung Planung und Bilanzierung an.

An der Spitze des Leitkollektivs stand zumeist der Oberbürgermeister. Sein Stellvertreter war der Leiter der Abteilung Planung und Bilanzierung des Rates der Stadt. Die ständige Arbeitsgruppe wurde in den großen Städten durch den Stadtarchitekten geleitet. Bei der Erarbeitung der Unterlagen für die Generelle Stadtplanung wurden zum Teil neue Arbeitsverfahren angewandt. So wurde unter anderem die Wohnraumzählung für Leipzig, Halle und Magdeburg maschinell ausgewertet. Im Rahmen der komplexen Verkehrsplanung wurden in Halle elektronische Untersuchungsmethoden zur Bestimmung des optimalen Straßennetzes angewandt, und in Karl-Marx-Stadt wurden mit Hilfe mathematischer Methoden Optimierungsaufgaben im Bereich des Großhandels gelöst. Für die Städte Potsdam, Gera, Dessau, Schwerin und Görlitz wurde eine maschinelle Bevölkerungsvorausberechnung mit dem ZRA 1 vorgenommen, die unter anderem interessante Vergleichsgrundlagen für Städte gleicher Größenordnung bietet. Wenn es sich auch hierbei noch um erste Versuche handelt, so beweisen sie doch die Möglichkeit, Fragen der städtebaulichen Planung mit exakten Methoden und hoher Arbeitsproduktivität zu bearbeiten.

Zur Ausarbeitung der Schlußfolgerungen zur Stadtentwicklung

Zunächst mußten Tatbestände wie die vorhandene Wirtschaftsstruktur, die städtebauliche Struktur und Flächennutzung, die demographischen, baulichen, verkehrs- und versorgungstechnischen sowie naturgegebenen Bedingungen erfaßt und analysiert werden. Dabei waren auch alle bekannten Festlegungen und Vorstellungen der

Die „Deutsche Architektur“ berichtete in den Heften 10/1962, 12/1962, 3/1963 und 5/1963 über Probleme der Generellen Stadtplanung. Die vor zwei Jahren begonnenen städtebaulichen Planungen für eine Reihe bedeutender Städte der DDR haben zu ersten Resultaten geführt, so daß es uns notwendig erscheint, die bisherige Arbeit einzuschätzen und Schlußfolgerungen zu ziehen.

Im Zusammenhang mit der Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft wird auch eine neue Qualität in der territorialen Planung und eine Neuabgrenzung der Aufgaben der Staatlichen Plankommission und des Bauwesens notwendig. Über diese neuen Probleme berichten wir in einem der nächsten Hefte. red.

Volkswirtschaftsplanung und der in der Stadt vorhandenen Betriebe einzubeziehen. Das ist mit unterschiedlicher Qualität geschehen. Die vorliegenden Arbeiten zeigen deutlich, daß nur dort beweiskräftige Schlußfolgerungen gezogen werden können, wo zielgerichtete Erfassungen und gründliche Einschätzungen des Bestandes vorgenommen wurden.

Die Schlußfolgerungen der Generellen Stadtplanung, die in einigen Städten zu ersten Konzeptionen zur Stadtentwicklung erweitert und vertieft wurden, stellen ein Arbeitsergebnis der Organe der Stadtplanung dar, wie es in dieser Qualität bisher noch nicht vorgelegt werden konnte.

Gegenüber den im Jahre 1952 von einer Reihe von Städten vorgelegten „Grundakten“ und den folgenden Bearbeitungen von Stadtökonomiken, Flächennutzungs- und Aufbauplänen ist ein wesentlicher Fortschritt erreicht worden. Nunmehr liegt ein Material vor, in dem – so umfassend und exakt, wie es die Situation zuließ – Probleme der Spezialisierung und Größenentwicklung sowie der Bevölkerungsstruktur der Städte behandelt, die Entwicklungsmöglichkeiten der Industrie untersucht und in Übereinstimmung mit einer optimalen Stadtstruktur geeignete Standortangebote unterbreitet werden. Gleichzeitig wurden Fragen der Ausstattung mit gesellschaftlichen Einrichtungen und Dienstleistungen beantwortet, vorhandene Disproportionen in den Kapazitäten und Standorten aufgezeigt und deren etappenweise Überwindung vorgeschlagen. Das gleiche trifft für den Wohnungsbau und die Rekonstruktion der alten Wohngebiete, für die Fragen der Erholung, die Verkehrerschließung und die technische Versorgung zu.

Mit den Schlußfolgerungen der Generellen Stadtplanung werden besser begründete Vorstellungen zur Flächennutzung und Stadtkomposition entwickelt und zahlreiche Standortfragen geklärt. Es wurde damit begonnen, Reserven in den Einrichtungen und Anlagen, den natürlichen Bedingungen und an Arbeitskräften aufzudecken. Bereits mit den Schlußfolgerungen schafft die Generelle Stadtplanung eine Reihe von Voraussetzungen zur Erhöhung des ökonomischen Nutzeffektes der Investitionen und zur Steigerung der Arbeitsproduktivität sowohl beim Bau als auch bei der Nutzung der jeweiligen Einrichtungen und Anlagen sowie für die Anwendung des kompakten und kombinierten Bauens.

In einigen Fällen ist es gelungen, auf die Investitionstätigkeit, die Investkoordinierung und die Standortfestlegung sowie auf die richtige Programmmittlung, zum Beispiel für den Aufbau der Stadtzentren und für den Wohnungsbau, Einfluß zu nehmen. Untersuchungen in Magdeburg haben unter anderem ergeben, daß durch die Übernahme der Kapazitäten des funktionell und größenmäßig ungeeigneten alten HO-Warenhauses in das neue geplante Warenhaus und den anschließenden Umbau zu einem Kulissenhaus, das ebenfalls dringend benötigt wird, etwa 1 Mio MDN eingespart werden können. Auf den ursprünglich geplanten Bau eines Kaufhauses in der Agnetenstraße für etwa 4 Mio MDN kann auf Grund der Untersuchungen zur Stadtstruktur ganz verzichtet werden.

In anderen Fällen werden durch die Generelle Stadtplanung Vorschläge für Nutzungsänderungen unterbreitet. So sollen zum Bei-

spiel in Magdeburg ein ehemaliges Kino zu einer Mensa, ein anderes zu einer Turnhalle, ein drittes zur Puppenbühne umgebaut werden.

In Karl-Marx-Stadt ist beabsichtigt, zwei ehemalige Kinos zu Kulturzentren der Wohngebiete, ein drittes zum Fundus des Theaters umzubauen.

Ein wichtiges Ergebnis der durchgeführten Arbeiten an der Generellen Stadtplanung ist die Aufdeckung von Investitionsschwerpunkten für bestimmte Zeitabschnitte. So läßt das Material zum Beispiel übereinstimmend erkennen, daß die Rekonstruktion beziehungsweise die Erweiterung des Netzes der Schuleinrichtungen für die nächsten Jahre ein sehr wesentlicher Schwerpunkt im Investitionsbedarf der gesellschaftlichen Einrichtungen sein muß. Das resultiert aus dem gegenwärtigen Bestand in den Städten und der enorm ansteigenden Schülerzahl, die sich im DDR-Durchschnitt bis 1974 gegenüber 1962 um voraussichtlich 232 000 erhöhen wird.

Die Untersuchungen im Rahmen der Generellen Stadtplanung sind selbstverständlich auch für die Industrieplanung in den Städten von großer Bedeutung.

Im anschließenden Beitrag von Horst Heinemann über die Generelle Stadtplanung Magdeburgs werden hierfür einige Beispiele genannt, die in ähnlicher Form auch aus den übrigen Städten vorliegen. Eine wesentliche Aufgabe der Generellen Stadtplanung ist es, durch Variantenuntersuchungen optimale Standorte für neue Industrieanlagen beziehungsweise Industriegebiete zu ermitteln. Dazu gehören unter anderem Untersuchungen über die Anschlußwerte des Verkehrs und der technischen Versorgung sowie über die günstigsten Beziehungen zwischen Wohn- und Arbeitsstätten.

In Leipzig wurde bei der Auswertung der Schlußfolgerungen darauf orientiert, die einseitige Anhäufung von Industrieanlagen im Westen der Stadt möglichst nicht durch weitere Betriebe zu vergrößern, sondern neue Industriekomplexe in enge Beziehungen zu den vorhandenen Wohnstätten im Norden und Osten zu bringen.

Spezielle Untersuchungen für das geplante Industriegebiet Leipzig-Weidenweg, das im Westen der Stadt liegt, wurden über die möglichen Arbeiterwohnungsstandorte, die Arbeitswege, die durch das Vorhaben ausgelöst werden, die Belegung der Verkehrsmittel und die Durchlaßfähigkeit der Straßen durchgeführt. Sie weisen die erforderlichen Investitionen für Straßenbau und Straßenbahn beziehungsweise Bus aus. Handelte es sich auch nur um Teiluntersuchungen, die nur die Verkehrsaufwendungen und nicht alle städtischen Belange betreffen, so warf doch eine Gegenüberstellung zu dem von der Industrieprojektierung errechneten Nutzen einer weiteren Konzentration der Industriebetriebe die Frage nach der Richtigkeit des Standortes auf.

Es kommt darauf an, nicht um jeden Preis billig zu bauen, das heißt mit den geringsten Mitteln für den auslösenden Betrieb, sondern ökonomisch im Interesse der gesamten Volkswirtschaft. Dazu gehören auch der geringste stadtwirtschaftliche Aufwand und die Schaffung bester Arbeits- und Lebensbedingungen für die Werktätigen.

In Karl-Marx-Stadt wurde im Rahmen der Generellen Stadtplanung – entgegen anderen Auffassungen – der richtige Standort für die künftige Entwicklung des VEB Maschinenfabrik nachgewiesen. In diesem Zusammenhang schrieb der Oberbürgermeister von Karl-Marx-Stadt, Kurt Müller, in der „Sozialistischen Demokratie“ vom 22. Mai 1964:

„Die Generelle Stadtplanung hat hier bereits in der Periode der Vorbereitung der Investitionen auf den höchsten ökonomischen Nutzeffekt hingewirkt. Darum betrachten wir die Generelle Stadtplanung als ein willkommenes Instrument für die Verbesserung unserer Leitungstätigkeit.“

Eine kritische Einschätzung der bisherigen Arbeiten der Generellen Stadtplanung ergibt jedoch, daß die Schlußfolgerungen noch ungenügend auf der Ausarbeitung von Varianten zur Ermittlung der zweckmäßigsten, ökonomischen Lösung beruhen. Die Aufgabe, Reserven der Stadt aufzudecken, wird demzufolge noch nicht umfassend gelöst. Auch bedarf es noch vertiefter Begründungen der Programmvorschlüsse und weitergehender Abstimmungen mit unseren ökonomischen Möglichkeiten und der vorgesehenen Entwicklung der Bauproduktion.

Noch sieht man den Schlußfolgerungen vielfach an, daß für die Vorschläge die Vorstellungen – oder auch Wünsche – einzelner Fachabteilungen und Planträger maßgebend waren. Es konnte noch nicht ausreichend die zweifellos schwierige Aufgabe gelöst werden, aus der Menge von Einzelfakten und Anforderungen die wesentlichen Schwerpunkte eines Bereiches herauszuarbeiten und diese gleichzeitig in das richtige Verhältnis zu den Forderungen anderer

Bereiche und zu den Möglichkeiten unserer Volkswirtschaft zu setzen, insbesondere aber auch zu den Anforderungen, die sich aus Struktur, Gliederung und Gestaltung der Stadt ergeben.

Eine Abstimmung zwischen der Arbeit der Generellen Stadtplanung und der Volkswirtschaftsplanung konnte durch die Mitarbeit der Abteilung Planung und Bilanzierung der Räte der Städte an den Schlußfolgerungen zur Stadtentwicklung herbeigeführt werden; ebenso konnten die Organe der Stadtplanung wichtige Untersuchungsergebnisse den Bezirksplankommissionen übergeben und in einigen Fällen bei der Aufstellung ökonomischer Direktiven mitwirken. Bei der Ausarbeitung der ökonomischen Direktiven zur Entwicklung der Städte, die der weiteren Arbeit an der Generellen Stadtplanung zugrunde zu legen waren, wurde besonders deutlich, daß noch keine Übereinstimmung mit den Phasen der Volkswirtschaftsplanung erreicht werden konnte, so daß die Angaben der Direktive infolge der noch fehlenden Perspektivkonzeption der einzelnen Zweige und Bereiche – selbst der führenden Zweige – vielfach nicht über die Aussagen der vorliegenden Schlußfolgerungen hinausgingen. Hierbei zeichnete sich bereits die Gefahr einer gewissen Doppelarbeit ab – einer arbeitsmäßigen Zweigleisigkeit, wie zum Beispiel im Falle der Generellen Stadtplanung von Berlin –, die aus einer offensichtlich unzureichenden Aufgabenabgrenzung, aber auch aus Unklarheiten über die Rolle der Generellen Stadtplanung im System der Volkswirtschaftsplanung resultierten.

Zu den nächsten Aufgaben

Mit der Durchsetzung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft sind für die Vorbereitung der Investitionen auf der Grundlage des wissenschaftlich-technischen Höchststandes und eines hohen ökonomischen Nutzeffektes neue Bedingungen entstanden.

Eine für die Volkswirtschaft entscheidende Aufgabe ist die Verbindung der zweigmäßigen Planung mit der territorialen Planung. Die Bezirksplankommissionen haben daher gleichlaufend zur Ausarbeitung der Zweigprogramme und -konzeptionen begonnen, Programme für die Entwicklung von Wirtschaftsgebieten und Städten aufzustellen. Dadurch soll eine maximale Übereinstimmung der Entwicklung der Zweige mit der Entwicklung der Gebiete bei geringstem gebietswirtschaftlichem Aufwand erreicht werden. Es wird dabei davon ausgegangen, daß die Verantwortung für die Volkswirtschaftsplanung grundsätzlich bei der Staatlichen Plankommission und den Bezirksplankommissionen liegt, während den Organen des Bauwesens die gebietliche und städtebauliche Projektierung obliegt.

Die neue Aufgabenstellung und die daraus folgende Aufgabenabgrenzung bedeuten, daß die Generelle Stadtplanung in der bisherigen Weise nicht mehr fortgeführt werden kann. Das betrifft Verantwortung, Organisation und Aufgabenumfang. Es muß aber dafür gesorgt werden, daß die bei der Durchführung der Generellen Stadtplanung gesammelten und für die Planung der Stadtentwicklung wertvollen Erfahrungen genutzt werden. Bei der Ausarbeitung der Entwicklungsprogramme können sich die Bezirksplankommissionen auf wichtiges, durch die Generelle Stadtplanung bereitgestelltes Material stützen.

Eine Hauptaufgabe der Projektierungsorgane des Städtebaus wird nunmehr darin bestehen, im Zusammenhang mit der Ausarbeitung von Entwicklungsprogrammen Vorschläge zur Sicherung einer rationalen Organisation der Städte und zur Ausschöpfung von Reserven zu unterbreiten, das bedeutet, bestimmte Ergebnisse der Generellen Stadtplanung entsprechend aufzubereiten. Bis zum Vorliegen der Programme zur Entwicklung von Wirtschaftsgebieten und Städten wird es zweckmäßig sein, in den 23 wichtigen Städten durch weitere Vertiefung der Analysen, durch Nutzeffektsberechnungen und Flächenbilanzen sowie durch die Ausarbeitung von Varianten und Studien zur Stadtstruktur und Flächennutzung, zu den Netzen der gesellschaftlichen Einrichtungen, Zentren und der technischen Versorgung, aber auch durch gründliche Verkehrsuntersuchungen das vorliegende Material weiter zu qualifizieren. Damit werden wissenschaftlich begründete Studien über die städtebaulichen Möglichkeiten und Bedingungen der Stadtentwicklung vorgelegt sowie die städtebaulichen Vorarbeiten für die Aufstellung der zu bestätigenden verbindlichen Flächennutzungspläne geleistet, die auf der Grundlage der Hauptkennziffern der Entwicklungsprogramme bearbeitet werden.

Die bisherige Durchführung der Generellen Stadtplanung hat gezeigt, daß eine solche Aufgabe zur Klärung der Stadtentwicklung nur in Gemeinschaftsarbeit gelöst werden kann, wobei die örtlichen Staatsorgane, besonders die Räte der Städte eine hohe Verantwortung zu tragen haben. Die Organe des Städtebaues haben einen wesentlichen Beitrag zu dieser Gemeinschaftsarbeit zu leisten.

Einige Ergebnisse der Stadtplanung in Magdeburg

Architekt Horst Heinemann, BDA
Stadtbauamt Magdeburg

Die Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft verlangt, daß die Qualität der Planung der Städte wesentlich verbessert wird.

Der bisherige Aufbau der Stadt Magdeburg erfolgte auf der Grundlage des 1952 beschlossenen Flächennutzungsplanes. Eine volkswirtschaftlich-technische Aufgabenstellung für die Stadtplanung gab es nicht, es fehlte auch eine zielgerichtete Analyse. Das führte zu Schwierigkeiten bei der Verwirklichung der Programme für die Entwicklung der führenden Zweige der Volkswirtschaft in der Stadt und zu einer Zersplitterung beim Einsatz der Arbeitskräfte und der Baukapazitäten.

Zur Veränderung der Situation beschloß die Stadtverordnetenversammlung, im Juni 1962 mit der Generellen Stadtplanung zu beginnen. In Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Büro für Stadtplanung, der Abteilung Planung und Bilanzierung, dem Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung und den Fachabteilungen des Rates der Stadt wurde der Bestand erfaßt und analysiert.

Darüber hinaus wurden mehrere Betriebe und Institutionen zur Lösung von Einzelaufgaben herangezogen. Zum Beispiel untersucht das Institut für Sozialhygiene der Medizinischen Akademie Magdeburg unter der Leitung von Professor Dr. med. habil. Elfriede Paul die Beziehungen zwischen dem Gesundheitszustand der Einwohner und dem Bauzustand der Wohngebiete. Die Ergebnisse werden wichtige Hinweise für die Rekonstruktion der alten Wohngebiete, die zum Teil mit störenden Industriebetrieben durchsetzt sind, geben.

Von Professor Dr. Hudemann, Direktor des Instituts für medizinische Mikrobiologie und Epidemie wurden zur Ermittlung der Staub- und Kernverteilung im Stadtgebiet Magdeburg Messungen durchgeführt. Auf dieser Grundlage wird ein Gutachten über die Standortwahl neuer Wohngebiete in Magdeburg ausgearbeitet.

Die Ergebnisse der Bestandserfassungen und der Analysen fanden in Schlußfolgerungen für die Möglichkeiten der Entwicklung der Stadt und in Vorschlägen für die Flächennutzung, die Entwicklung unserer Industriegebiete und die Lage der neuen Wohngebiete ihren Niederschlag (siehe Abbildungen).

Ein wichtiges Ergebnis war dabei die Erkenntnis, daß die ursprüngliche Festlegung, die Stadt nur bis zu einer Größenordnung von 270 000 Einwohnern zu entwickeln (Stand 1963 = 268 000 Einwohner), einer exakten Überprüfung bedarf.

Bei den Untersuchungen zur Generellen Stadtplanung werden zwei Varianten zur Entwicklung der Stadtgröße in Betracht gezogen.

Entsprechend den Forderungen der stadtbildenden Faktoren müßte die Einwohnerzahl der Stadt Magdeburg auf eine Größe von etwa 320 000 Einwohner erhöht werden.

Eine klare Entscheidung über die Entwicklung der Stadtgröße wird erst nach der Ausarbeitung eines Gebietsprogrammes möglich sein. Mit dem Ergebnis der bisherigen Arbeiten an der Generellen Stadtplanung (Angebotsplanung) wurde dem Rat der Stadt und dem Rat des Bezirkes ein wichtiges Instrument für eine perspektivische Planung in die Hand gegeben.

Die Planungsorgane der Stadt und des Bezirkes sind jetzt in der Lage, die Standortgenehmigungsverfahren qualifizierter durchzuführen und in Zusammenarbeit mit anderen Organen besser begründete Entscheidungen zur Erhöhung des Nutzeffektes von Investitionen zu treffen.

Besonderen Nutzen brachten die Ergebnisse der Stadtplanung bei den Vorbereitungen der Bauvorhaben wichtiger Industriebetriebe in der Stadt.

Als profilbestimmende Industrie wurde in den Schlußfolgerungen zur Entwicklung der Stadt Magdeburg die metallbearbeitende Industrie mit dem Industriezweig Maschinenbau und besonders dem Schwermaschinenbau herausgestellt. Das Produktionsprofil wird dabei von den Schwermaschinenbaubetrieben VEB „Karl Liebknecht“, „Ernst Thälmann“, „Georgij Dimitroff“, dem Meßgeräte- und Armaturenwerk „Karl Marx“ und dem VEB Förderanlagen „7. Oktober“ bestimmt.

Die Mehrzahl der Betriebe hat ihren Standort im Altindustriegebiet Buckau-Südost. Die Größe der Betriebe der profilbestimmenden Industrie liegt zwischen 500 und 10 000 Beschäftigten. Neben dem Maschinenbau gibt es besonders in der chemischen Industrie einige Betriebe von hoher volkswirtschaftlicher Bedeutung.

Das Altindustriegebiet Buckau wurde hinsichtlich der Flächennutzung, der Erhaltungswürdigkeit der Wohnsubstanz, der funktionellen Eignung der vorhandenen Bausubstanz der Betriebe sowie des Baualters, des Bauzustandes und der Bauweisen speziell untersucht. Die Untersuchungen führten zu dem Schluß, die untaugliche Wohnsubstanz aus dem Altindustriegebiet Buckau schrittweise abzubauen. Dabei sollen Flächen für die Durchgrünung des Altindustriegebietes und gleichzeitig Gelände zum Bau von Folgeeinrichtungen und Hilfs- und Nebenbetrieben für die dort verbleibenden Großbetriebe gewonnen werden.

Von den Stadtplanern wurde als erste Schlußfolgerung aus der Untersuchung der Betriebe im Altindustriegebiet Buckau-Südost eine gemeinsame Wärmeversorgung des Liebknecht-Werkes, des Karl-Marx-Werkes, einiger kleinerer Betriebe sowie der Medizinischen Akademie Magdeburg vorgeschlagen.

Entgegen den ursprünglichen Planungsabsichten, für jeden dieser Betriebe eine eigene Wärmeerzeugungsanlage zu bauen, wurde in Zusammenarbeit mit der Bezirksplankommission, der Abteilung Planung und Bilanzierung, den betreffenden Industriezweigleitungen, den Werkleitungen sowie dem Büro für Stadtplanung entschieden, daß auf dem Gelände des Liebknecht-Werkes beziehungsweise in unmittelbarer Nähe ein Heizkraftwerk errichtet wird. Über eine Fernheizleitung sollen das Karl-Marx-Werk, die Medizinische Akademie und die übrigen Abnehmer versorgt werden.

Wenn auch anfangs mit den Industriezweigleitungen keine Einigung über die Höhe der bereitzustellenden Mittel, über die zeitliche Reihenfolge der Finanzierung, über die Übernahme der Hauptplanträgerschaft und über die Bereitstellung der einzelnen Planungsunterlagen zu erzielen war, so konnte besonders durch die Hilfe des Staatlichen Büros für Begutachtungen von Investitionen doch noch die dargestellte volkswirtschaftlich und städtebaulich befriedigende Gesamtlösung gefunden werden.

Die Planungsarbeit der nächsten Zukunft gilt vorrangig dem Industriegebiet Nord-Rothensee. Über die Gesamtentwicklung dieses Industriekomplexes wurden umfangreiche Untersuchungen der Verkehrsplanung, der Stadttechnik sowie der speziellen Industrieplanung angestellt, die zu einer Skizze zur Flächennutzung über das Gesamtgebiet und zu Entwicklungsplänen über Teilflächen führten.

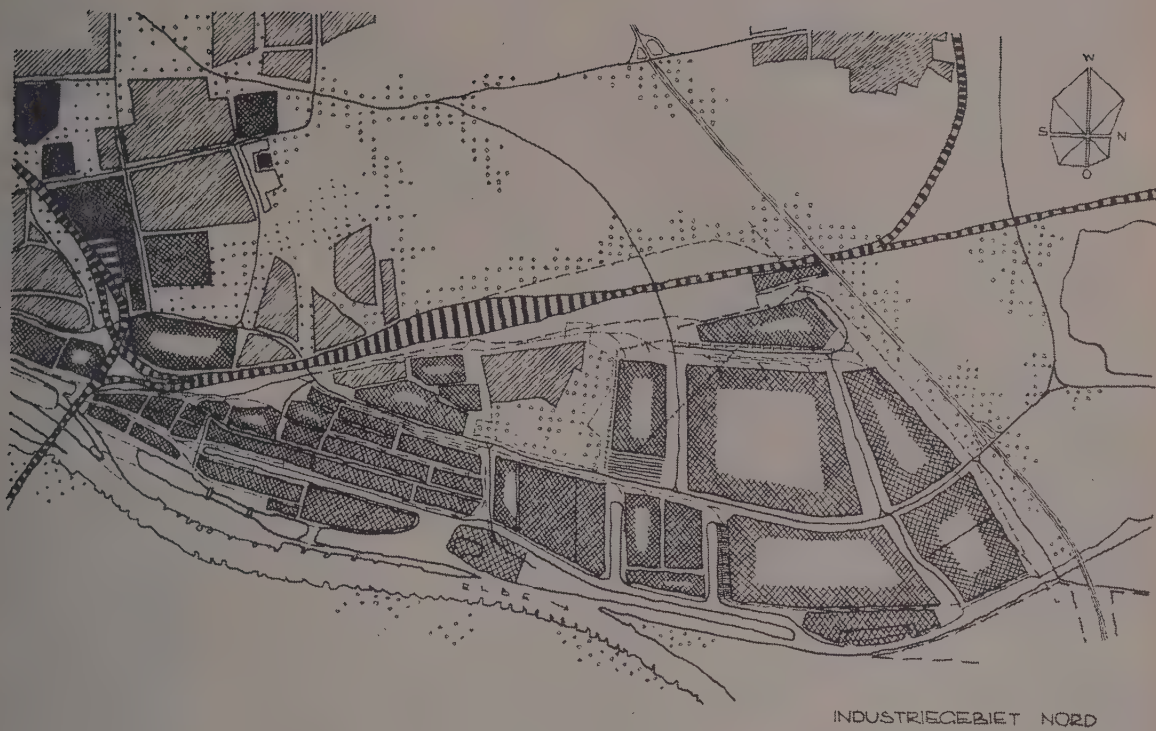
Die Analysen und Schlußfolgerungen aus der Generellen Stadtplanung erweisen sich auch bei der Planung und Vorbereitung der Investitionen als wertvoll. Ausgehend von den vorhandenen klaren Vorstellungen über die zukünftige Flächennutzung im Altindustriegebiet Buckau beziehungsweise im Industriekomplex Nord war es möglich, bei der Planung industrieller Investitionen in Magdeburg aktiv mitzuarbeiten.

Für die Ausarbeitung der weiteren Perspektive der Stadt Magdeburg müssen jedoch die Entwicklung der profilbestimmenden Faktoren und die Auswirkungen der industriellen Entwicklung im Raume Schönebeck und Wolmirstedt auf die Stadt umfassender untersucht werden.

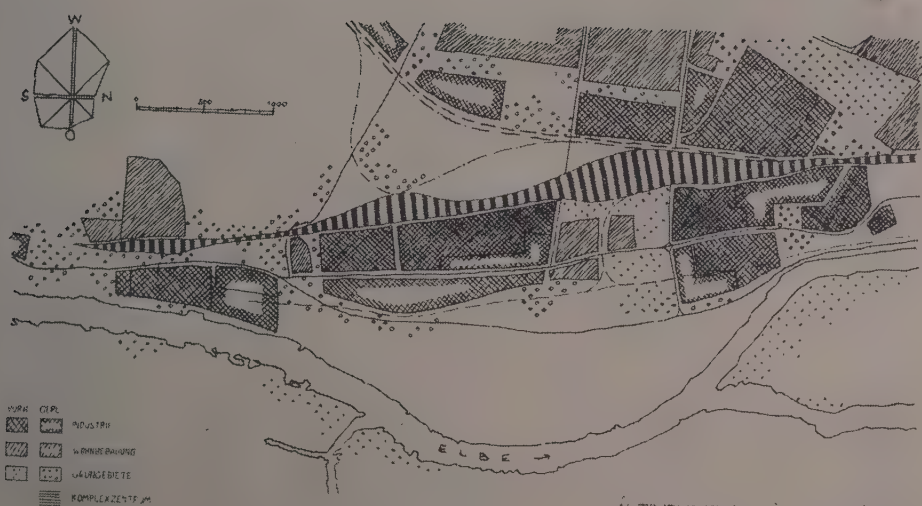
Es wurde beschlossen, ein Programm für die Entwicklung des Raumes Magdeburg, Schönebeck und Wolmirstedt auszuarbeiten. Hierbei sind unter anderem die Grundfragen der Entwicklung der stadtbildenden Faktoren zu klären und eine Entscheidung über die Entwicklung der Stadtgröße zu treffen.

Das Gebietsprogramm soll die perspektivische Entwicklung des Wirtschaftsgebietes begründen und zur Sicherung der Bauvorhaben der führenden Zweige der Volkswirtschaft im Raum Magdeburg, Wolmirstedt und Schönebeck beitragen.

Dieses Programm, das unter Leitung der Bezirksplankommission von einem größeren Kollektiv von Fachleuten verschiedener Gebiete ausgearbeitet wird, bildet zugleich die ökonomische Konzeption für die weitere Arbeit an der städtebaulichen Projektierung.



INDUSTRIEGEBIET NORD



ALTINDUSTRIEGEBIET BUCKAU

Entwicklungstendenzen im Wohnungsbau der DDR

Dr.-Ing. Richard Wagner
Staatliche Plankommission

Die Entwicklung der Wohnungsbautätigkeit wird vornehmlich von unseren ökonomischen Möglichkeiten, dem Wohnungsbedarf und dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt beeinflusst.

Bestimmend für den Umfang des Wohnungsbaus ist das Wachstum des gesellschaftlichen Gesamtproduktes. Vom gesellschaftlichen Akkumulationsfonds wurden bisher 10 bis 15 Prozent für den Wohnungsbau verwandt, dieser Anteil wird auch in den nächsten Jahren beibehalten.

Entsprechend den verschiedenen Etappen unserer ökonomischen Entwicklung haben die Wohnungsbautätigkeit, die Ausführung und Ausstattung der Wohnungen sowie die Art und Weise ihrer Herstellung sichtbare Veränderungen durchgemacht. Aus diesen Veränderungen und aus ihren Ursachen lassen sich Tendenzen erkennen, die auch für die künftige Bautätigkeit lehrreich sind.

Umfang des Wohnungsbaus

Von 1945 bis 1963 wurden in der DDR rund 910 000 Wohnungen mit etwa 52,5 Mill. m² Gesamtfläche gebaut, darunter etwa 781 000 Neubauwohnungen. Etwa 2,8 Mill. Bürger erhielten eine neue Wohnung. Damit hat der Wohnungsneubau wesentlich zur Verbesserung der Wohnverhältnisse beigetragen.

In Übereinstimmung mit dem jährlich wachsenden Investitionsvolumen für den Wohnungsbau wuchs die Anzahl der fertiggestellten Wohnungen. In den Jahren 1953 bis 1956 wurden diese Proportionen infolge eines unseren ökonomischen Möglichkeiten nicht angemessenen Aufwandes (Architektur, Wohnungsgröße usw.) verletzt. Die dadurch steigenden Baukosten führten trotz höherer Mittelbereitstellung zu einer Stagnation der Wohnungsproduktion (siehe Abb. 1). Von Partei und Regierung wurden diese Tendenzen 1957 korrigiert. Dazu wurden Maßnahmen zur Senkung des Aufwandes und zur Industrialisierung der Bauprozesse eingeleitet, die den Nutzeffekt der Wohnungsbauinvestitionen in den Jahren nach 1957 ständig erhöhten.

Bis 1955 entstanden Mehrfamilienhäuser fast ausschließlich im Rahmen des volkseigenen Wohnungsbaus. Ab 1954 haben die neugebildeten Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften einen Teil des Wohnungsbaus übernommen. Bis 1963 entstanden etwa 900 Arbeiterwohnungsbaugenossenschaften mit rund 370 000 Mitgliedern, die bereits 227 000 Wohnungen gebaut haben (siehe Tab. 1).

Die Konzentration der Kräfte und Mittel auf die Bauvorhaben, die für die Stärkung der ökonomischen Grundlagen unserer Republik ausschlaggebend sind, und die erhöhten Aufwendungen für die Erhaltung des Wohnungsbestandes führten 1961/1962 zu einem vorübergehenden Rückgang im Wohnungsbau. Während zum Beispiel die Leistungen der Bauwirtschaft im komplexen Wohnungsneubau von 1962 zu 1963 um rund 190 Mill. MDN zurückgingen, stiegen sie im gleichen Zeitraum für die Wohnungserhaltung um rund 160 Mill. MDN.

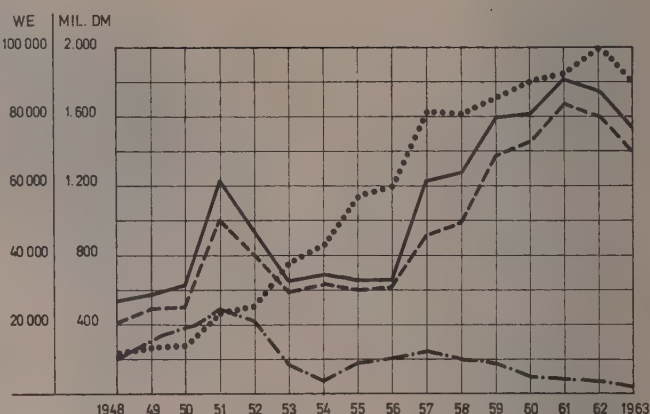
Territoriale Verteilung des Wohnungsbaus

Der Wohnungsbau ist als gebietsbedienendes Element eine Folgemaßnahme der territorialen ökonomischen Entwicklung. Die Standorte der Arbeitsstätten bestimmen die räumliche Bewegung der Familien und die Standorte ihrer Wohngebäude. Mit dem Wohnungsbau muß die proportionale Entwicklung der Gebiete, Städte und Dörfer sowie der Wirtschaftszweige unterstützt werden.

In den ersten Jahren unseres Aufbaus konzentrierte sich deshalb der Wohnungsbau auf die ländlichen Gebiete, in denen nach der Bodenreform rund 75 000 Neubauernwohnhäuser errichtet wurden, und auf die neuen Industrieschwerpunkte in Eisenhüttenstadt, Ludwigsfelde, Sangerhausen, das Wismutgebiet und andere. Der Anteil des ländlichen Wohnungsbaus am Bauprogramm betrug im Zeitraum von 1948 bis 1952 70 bis 45 Prozent.

Nach dieser Periode begannen außer dem Wohnungsbau in den Industrieschwerpunkten die Umgestaltung der Städte und der Wiederaufbau bestimmter Straßenzüge in den Stadtzentren wie der Karl-Marx-Allee in Berlin, des Altmarktes in Dresden und der Langen Straße in Rostock. In dieser Zeit entstanden auch Eisenhüttenstadt, die erste sozialistische Stadt, und größere Wohnkomplexe

Gebaute Wohnungen 1948 bis 1963 und die aufgewandten finanziellen Mittel



..... Aufgewandte Mittel (Mill. MDN)
—— Wohnungen insgesamt (WE)
--- Neubauwohnungen (WE)
- · - Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern (WE)

Tabelle 1 Entwicklung des Wohnungsbaus

Bezeichnung	1950	1955	1960	1961	1962	1963
Gebaute Wohnungen (1000 WE)	31,0	32,8	80,5	92,0	87,2	76,0
Davon Neubauwohnungen (1000 WE)	25,0	29,7	72,4	85,4	79,6	68,9
Geschaffene Hauptfläche (1000 m ²)	1800	2157	4447	5063	4867	4217
Aufgewendete Mittel (Mill. MDN)	286	1128	1802	1856	2002	1791
Anteil der Eigentumsformen am Wohnungsbau (%)						
Volkseigen	39	63	35	29	31	36
Genossenschaftlich	—	12	58	66	64	59
Privat und Sonstige	61	25	7	5	5	5

Tabelle 2 Von 1945 bis 1963 gebaute Wohnungen je 1000 Einwohner

Bezirk	WE/1000 EW	Bezirk	WE/1000 EW
Berlin	85	Gera	48
Cottbus	82	Dresden	47
Frankfurt (Oder)	72	Magdeburg	47
Rostock	66	Potsdam	47
Neubrandenburg	64	Karl-Marx-Stadt	45
Halle	52	Leipzig	43
DDR-Durchschnitt	52	Erfurt	42
Schwerin	50	Suhl	42

Tabelle 3 1945 bis 1963 gebaute Neubauwohnungen nach Gemeindegrößengruppen

Gemeindegröße in Einwohner	Einwohner 1000	Gebaute Wohnungseinheiten 1000	Gebaute Wohnungseinheiten je 1000 Einwohner
20 000 und mehr	7 067	218 = 21 %	56
2 000 bis unter 20 000	5 300	218 = 28 %	41
Unter 2 000	4 769	165 = 21 %	35
Insgesamt	17 136	781 = 100 %	46

Tabelle 4 Konzentration des Wohnungsbaus nach der Größe des Standortes (in %)

Wohnungen je Standort	1950	1955	1960	1961	1962	1963
1 bis 20	46	31	10	10	9	9
21 bis 250	42	32	30	24	22	21
251 bis 800	9	22	24	26	28	20
über 800	3	15	36	40	41	50

Tabelle 5 Komplexer Wohnungsneubau und seine Proportionen gemessen am Wertvolumen (in %)

Bezeichnung	1950	1955	1960	1961	1962	1963
Wohnungsneubau	94	90	86	84	78	75
Aufschließungen	5	7	9	10	15	16
Gemeinschaftseinrichtungen	1	3	5	6	7	9

Tabelle 6 Vergleich des komplexen Wohnungsneubaus der örtlichen Organe 1963 und 1960

Kategorie	1960	1963	1963: 1960
Neubauwohnungen (Wohnungen)	69 810	65 950	95 %
Polytechnische Oberschulen (Plätze)	11 200	15 980	143 %
Kindergärten (Plätze)	1 810	2 320	128 %
Kinderkrippen (Plätze)	1 050	1 540	147 %
Verkaufsstätten (m ² Verkaufsfläche)	12 060	22 470	186 %

in allen Bezirken. Im Jahre 1956 wurde mit dem Aufbau von Hoyerswerda begonnen, bisher wurden dort 5430 Wohnungen gebaut. Im Zeitraum von 1953 bis 1960 betrug der Anteil der auf dem Lande errichteten Wohnungen etwa 8 Prozent.

Seit dem Jahre 1962 wurde der Wohnungsbau als ökonomischer Hebel stärker wirksam.

Mit der Konzentration des Wohnungsneubaus in den Gebieten der Industriebetriebe, die für die Stärkung unserer ökonomischen Grundlagen bedeutungsvoll sind, wurde die notwendige Ansiedlung von Arbeitskräften sowie die Bildung von Stammebelegschaften bei diesen Betrieben gesichert und der Prozeß zur Bildung unserer nationalen Wirtschaft gefördert. Demgemäß wurden etwa 40 Prozent der Neubauwohnungen in den letzten Jahren für volkswirtschaftlich wichtige Betriebe errichtet.

Ferner wurde der Wohnungsbau in den letzten Jahren in höherem Maße auf die ländlichen Gebiete konzentriert, in denen die Ansiedlung von Fachkademern und Arbeitskräften für die schnelle Entwicklung der Landwirtschaft erforderlich ist. Nach der sozialistischen Umgestaltung ist der Anteil des Wohnungsbaus auf dem Lande am Bauprogramm auf 12 Prozent gestiegen.

Auf Grund der differenzierten Ansprüche der Gebiete an den Wohnungsbau und der Konzentration des Wohnungsbaus auf die Zentren des wirtschaftlichen Aufbaus ergab sich im Zeitraum von 1945 bis 1963 die in Tabelle 2 und 3 dargestellte Verteilung des Wohnungsbaus.

Auch künftig wird der Wohnungsbau vornehmlich auf die Industrieschwerpunkte, auf wichtige Gebiete der Landwirtschaft und in Stadtzentren konzentriert. Dabei ist vor allem die Neuansiedlung von Arbeitskräften zu sichern, und die Wohnverhältnisse der Werktätigen in den führenden Zweigen der Volkswirtschaft sind zu verbessern. Der Wohnungsbau bei volkswirtschaftlich wichtigen Investitionsvorhaben und bei den Industrieschwerpunkten wird in den nächsten Jahren einen Anteil von durchschnittlich 45 Prozent erfordern, etwa 15 Prozent der Wohnungen werden für die Beschäftigten in der Landwirtschaft gebaut.

Komplexes Bauen

Der Bau von Gemeinschaftseinrichtungen stand angesichts des großen Wohnraummangels nach dem zweiten Weltkrieg im ersten Jahrzehnt unseres Aufbaus hinter dem Bau von Wohnungen zurück. Die Wohnungsnotstände in fast allen Gebieten verursachten zunächst eine starke Zersplitterung der Bautätigkeit auf viele Standorte; nur an wenigen Standorten wurden bereits zusammenhängende Neubaukomplexe mit den dazugehörigen Gemeinschaftseinrichtungen geschaffen.

Mit der zunehmenden Konzentration des Wohnungsbaus und dem Bau zahlreicher Wohnungen in Wohnkomplexen (siehe Tab. 4) wurden die Bemühungen zur Schaffung funktionstüchtiger Einheiten in den letzten Jahren verstärkt. Nur in seltenen Fällen ist es jedoch bisher gelungen, die neuen Wohngebiete nach den Gesichtspunkten des sozialistischen Städtebaus als komplexe Einheit von Wohngebäuden und Gemeinschaftseinrichtungen zu bauen.

Die Baupolitik der örtlichen Organe war vielfach noch wie in der ersten Periode unseres Aufbaus auf die Fertigstellung von Wohnungen und nicht auf die Herstellung ganzer, gut funktionierender Wohngebiete gerichtet. Ein großer Teil der Gemeinschaftseinrichtungen sowie die Freiflächen werden erst lange nach Übergabe der Wohngebäude fertiggestellt.

Zur Durchsetzung des komplexen Bauens wurden 1961 die Investitionsmaßnahmen für Aufschließungen und Gemeinschaftseinrichtungen, die bis dahin von einer Vielzahl von Fachplanträgern geplant wurden, mit dem Wohnungsbau in einem einheitlichen Plan zusammengefaßt. Die gegebene Orientierung zum komplexen Bauen führte zu Veränderungen in den Proportionen des Bauprogramms (siehe Tab. 5) und zu einer bedeutenden Steigerung beim Bau von Gemeinschaftseinrichtungen (siehe Tab. 6).

Ein weiterer Schritt zur komplexen Vorbereitung und Durchführung des Wohnungsbaus wurde 1963 mit der Bildung von Hauptplanträgern bei den Räten der Bezirke getan.

Künftig sind die neuen Wohnkomplexe als funktionstüchtige Einheiten zu errichten. Die notwendigen Einrichtungen zur täglichen Versorgung, zur Betreuung und Erziehung der Kinder sowie zum gesellschaftlich-kulturellen Leben sind zum gleichen Zeitpunkt wie die Wohnbauten fertigzustellen. Ferner sind die bisher entstandenen Rückstände an Gemeinschaftseinrichtungen in neuen Wohnkomplexen und Wohngruppen schrittweise zu beseitigen. Die Aufschließung ist grundsätzlich vor Beginn der Hochbauarbeiten vorzunehmen.

Der Übergang zu neuen Wohnformen mit Speisegaststätten für die gemeinschaftliche Verpflegung aller Bewohner, mit Internaten für Schulen sowie mit größeren Bauten für die gesellschaftliche Tätigkeit kann in den nächsten Jahren noch nicht erfolgen. In der Regel ist für Kindergärten und Kinderkrippen die erste Versorgungsstufe vorzusehen. An volkswirtschaftlich wichtigen Standorten wie zum Beispiel Halle-West ist ein höherer Versorgungsgrad zu erreichen.

Wirtschaftlichkeit beim Bau von Wohnkomplexen

Mit dem größeren Umfang komplexer Bauvorhaben haben die Fragen der Wirtschaftlichkeit beim Bau von Wohnkomplexen größere Bedeutung erhalten. Sie wurden anfangs vernachlässigt, weil viele Jahre hindurch die größeren Wohnungsbauvorhaben von Architekten und Städtebauern vorbereitet wurden, die den Fragen der künstlerischen Gestaltung mehr Beachtung schenken als den Fragen der Ökonomie. In erster Linie ist beim Bau vieler Wohngebiete gegen eine wirtschaftliche Geländedenutzung verstoßen worden.

Die Forderung, den Nutzeffekt der Investitionen zu erhöhen und den wissenschaftlich-technischen Höchststand durchzusetzen, erzwingt schließlich Konzeptionen, mit denen günstigste Bedingungen für die Anwendung moderner Bauweisen und für das Wohnen geschaffen wurden.

Während die meisten Wohnkomplexe bisher mit einer Einwohnerdichte von 150 bis 180 Einwohnern je Hektar gebaut wurden, werden jetzt Einwohnerdichten bis zu 330 Einwohner je Hektar und erhebliche Einsparungen an Investitionen erreicht.

Als die wichtigsten Methoden zur Erreichung einer höheren Bebauungsdichte und zur Senkung des Aufwandes beim Bau von Wohnkomplexen haben sich erwiesen:

■ größere Länge der Wohngebäude (auf über 100 m) bei gleichzeitiger Verkürzung der Frontlänge/Wohnung;

■ Bau von vorwiegend fünfgeschossigen Wohngebäuden. Die Wohnungen in vielgeschossigen Gebäuden sind auf die Zentren zu konzentrieren und vornehmlich als zehn- bis zwölfgeschossige Bauten zu errichten;

■ Reduzierung der Gebäudeabstände auf ein der Besonnung entsprechendes Minimum;

■ Zusammenfassung der Wohngebäude zu größeren städtebaulichen Einheiten mit 10 000 bis 15 000 Einwohnern;

■ Konzentration der Gemeinschaftseinrichtungen in kompakten und kombinierten sowie mehrgeschossigen Gebäuden.

Mit diesen Methoden läßt sich auch die bisher in den meisten Wohngebieten fehlende Einheit zwischen Plastischem und Räumlichem erreichen. Die großen Wohngebäude und Kompaktbauten für Gemeinschaftseinrichtungen ermöglichen bei relativ dichter Bebauung eine bessere Ordnung der städtebaulichen Räume. Es wird eine neue Qualität beim Bau von Wohnkomplexen erreicht und der kleinstädtische und ländliche Siedlungscharakter der bisherigen Wohnkomplexe überwunden.

Hauptform des Wohnungsbaus muß deshalb künftig der Bau kompletter, voll funktionsfähiger, möglichst großer Wohnkomplexe sein. Mit der Konzentration des Wohnungsbaus und der größeren Einwohneranzahl je Hektar können die Anteile der Versorgungsleitungen, der Straßen- und Freiflächen je Wohnung gesenkt werden. Darüber hinaus ist es bei gleichem Gesamtaufwand in großen Wohnkomplexen möglich, ein weit höheres Niveau der Versorgung der Bevölkerung zu erreichen als in kleinen Wohnkomplexen.

Gebäudearten, Typenprojekte und Wohnungsgröße

Der Hauptanteil des Wohnungsbaus wurde bisher durch den mehrgeschossigen Wohnungsbau bestimmt. Lediglich im Zeitraum von 1945 bis 1952 hatte infolge des Bauprogrammes für Neubauern das Ein- und Zweifamilienhaus am Bauprogramm einen größeren Anteil. Der von 1954 bis 1957 leicht ansteigende Eigenheimbau (siehe Abb. 1) ist auf die Bautätigkeit der Arbeiterwohnungsbaugenossenschaft zurückzuführen, die in der ersten Periode ihrer Entwicklung vielfach Einfamilien-Reihenhäuser bauten.

Seit 1953 werden über 70 Prozent aller Wohnungen in mehrgeschossigen Wohngebäuden errichtet, 1963 betrug ihr Anteil am Bauprogramm 85 Prozent.

Der vielgeschossige Wohnungsbau umfaßte bis 1960 nur 1 bis 3 Prozent des Neubauprogrammes. Mit der Anwendung der neuen

Prinzipien zur Bebauung großer Wohnkomplexe sowie der Konzentration des Wohnungsbaus auf die Stadtzentren wird sein Anteil zunächst auf etwa 12 Prozent und in den folgenden Jahren auf etwa 18 Prozent ansteigen.

Im mehrgeschossigen Wohnungsbau wird außerdem in den Städten immer mehr die fünfgeschossige und auf dem Lande die dreis- bis viergeschossige Bebauung angewandt.

Im mehrgeschossigen Wohnungsbau wurde bisher fast ausschließlich das Sektionshaus gebaut. Außenganghäuser sind nur in Einzelfällen errichtet worden.

Vielgeschossige Wohngebäude wurden in erster Linie als Sektionshäuser (8 bis 12 Geschosse), ferner als Punkt- und seltener als Mittelganghäuser errichtet. Die Punkthäuser sind im wesentlichen auf die rechteckige oder quadratische Grundrißform beschränkt. Punkthäuser in Stern-, Ypsilon-, Kreuzform und so weiter sind bisher nicht gebaut worden. Ebenso sind Mittelganghäuser im Duplex- oder Triplexsystem unbekannt.

In den ersten Jahren beschränkte sich die Typenprojektierung vornehmlich auf den Grundrißentwurf. Die architektonische Gestaltung und Lösung der konstruktiven Details erfolgte durch die örtlichen Entwurfsbüros. Mit der Schaffung einer einheitlichen Basis in der Bau- und Baustoffindustrie und dem Übergang vom traditionellen zum industriellen Bauen erstreckte sich die Typisierung auch auf die technisch-konstruktive Gestaltung und die Technologie des Bauens. Die Veränderung in der Konstruktion und die Herausbildung neuer Bauweisen führten jedoch zu keiner prinzipiellen Änderung der seit 1950 angewandten Grundrißtypen.

Die Grundrißform mit der quer zur Längsachse des Gebäudes liegenden zweiläufigen Außentreppe sowie mit der außenliegenden Küche und dem danebenliegenden Bad kehrt in allen Typenprojekten wieder.

In Abbildung 2 sind die bisher für den Bau von Zwei- und Dreiraumwohnungen am meisten angewandten zentralen Typenprojekte und einige der in Vorbereitung befindlichen neuen Typenprojekte dargestellt.

Anfangs wurde die Längswandkonstruktion bevorzugt, sie wurde mit der Einführung der industriellen Bauweise von der Querwandkonstruktion abgelöst.

Bei der Mehrzahl aller Typenreihen wurden die Kleinwohnungen als Dreispänner und die größeren Wohnungen als Zweispänner gebaut. Die Typenreihe Q 6 wurde erstmalig nur auf eine Zweispänner-Grundsektion aufgebaut. Das Raumprogramm der Wohnungen ist in allen Typenreihen gleich.

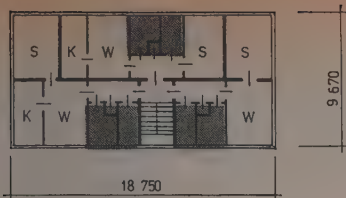
Die Größe der durchschnittlichen Zwei- und Dreiraumwohnungen sowie der Räume zeigt Tabelle 7.

Tabelle 7 Wohnungs- und Raumgrößen in den Typenprojekten

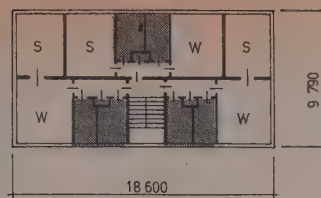
Jahr und Typ	Bauweise	Wohnungsgröße	Dreiraum- wohnung	Raumgröße in Wohn- zimmer	Schlaf- zimmer	Dreiraum- wohnung	Kinder- zimmer	Küche
		Zweiraum- wohnung						
		m ²	m ²	m ²	m ²	m ²	m ²	m ²
1950	Traditionell	41,5	50,2	14,5	13,9	9,1		4,9
1953 W	Traditionell	52,5	64,7	19,4	14,9	11,2		7,7
1956 L 1	Traditionell	52,0	62,6	18,0	15,6	10,6		7,0
1957 Q 3	Blockbau	46,8	55,6	18,1	13,6	8,9		6,9
1958 L 1	Traditionell	49,3	59,9	17,4	15,9	10,0		6,7
1958 L 4	Blockbau	50,0	59,5	17,4	15,1	9,9		6,3
1960 Q 6	Blockbau	47,2	58,1	19,5	13,0	10,4		6,1
1961 P 1	Plattenbau	48,0	58,0	16,2	16,0	10,8		6,8

Grundsätzliche Veränderungen in der Grundrißlösung gegenüber den bisherigen Typenprojekten zeigen die in Vorbereitung befindlichen neuen Typenreihen. Bereits 1962 wurde in Berlin-Fennpfuhl ein Experimentalbau errichtet, bei dem nicht alle unmittelbar dem Wohnen dienenden Räume in das Innere des Gebäudes (Treppe, Bad, Küche) verlegt sind. Ein 1963 veranstalteter Wettbewerb zeigte in der Mehrzahl ähnliche Lösungen, so daß die Konzeption Grundlage für neue Typenprojekte wurde (siehe Abb. 2).

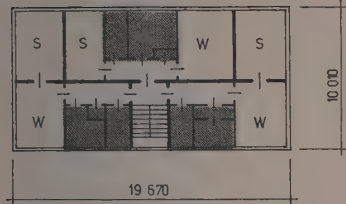
Die besser differenzierte Fläche dieser Wohnungen ermöglicht bei Einhaltung einer bestimmten Durchschnittsgröße den Bau eines höheren Anteiles von Mehrraumwohnungen. Die Verlegung der sanitär-technischen Räume und der Treppe nach innen führt zu einer bedeutenden Verkürzung der Frontlänge und ermöglicht damit höhere Einwohnerdichten und Einsparung an Bauland und an Investitionen für Aufschließung. Während zum Beispiel bei den bisherigen Typenprojekten für eine mittelgroße Wohnung die Frontlänge 7,2



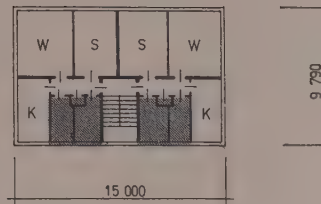
1950 - 3 2 - 3 - 3



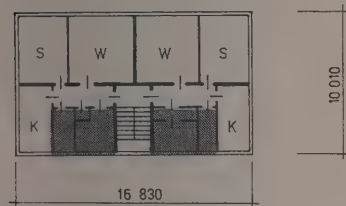
1958 - L4 2 - 2 - 2



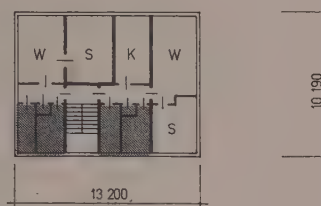
1953 - 4 2 - 2 - 2



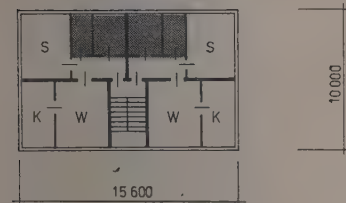
1958 - L4 3 - 3



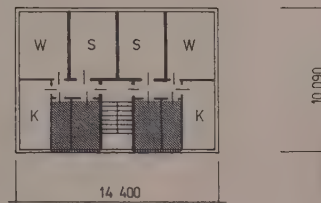
1953 - 2 3 - 3



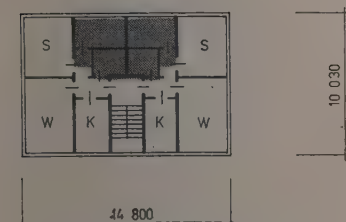
1960 - Q6 2 - 3



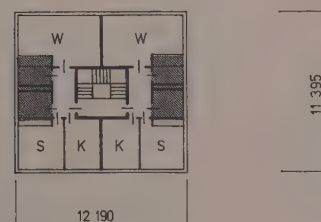
1956 - L1 3 - 3



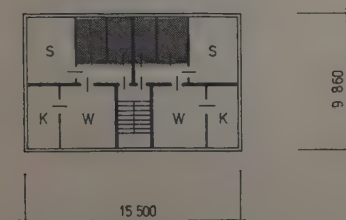
1961 - P1 3 - 3



1957 - Q3 3 - 3



P2 3 - 3



1958 - L1 3 - 3



WEIMAR 3 - 3

bis 8,0 m betrug, beträgt sie bei den neuen Typenentwürfen nur noch 5,5 bis 6,0 m.

Die durchschnittliche Wohnungsgröße ergibt sich im wesentlichen aus dem Anteil der unterschiedlich großen Wohnungen am Bauprogramm; die bisherigen Proportionen zeigt Tabelle 8.

Ab 1962 wurde auf einen höheren Anteil kleinerer, moderner und komfortabler Wohnungen am Bauprogramm orientiert, damit vor allem junge Ehepaare in den volkswirtschaftlich wichtigen Schwerpunkten der Industrie kurzfristig eine Wohnung erhalten können. Dabei sind die Wohnbedingungen durch einen höheren Ausstattungsstandard und eine günstigere Ausnutzung der Wohn- und Nebenflächen zu verbessern. Es wurde eine durchschnittliche Fläche von 49 bis 50 m² je Wohnung festgelegt. Künftig ist im städtischen Wohnungsbau eine Durchschnittsfläche von 50 m² und im ländlichen Wohnungsbau von 54 m² einzuhalten. Mit den neuen Typen sollte in Übereinstimmung mit dem Wohnungsbedarf angestrebt werden, bei Einhaltung dieser Flächen den Anteil der Ein- und Zweiraumwohnungen auf etwa 35 bis 40 Prozent zu senken und den Anteil der Dreiraumwohnungen auf etwa 50 bis 55 Prozent zu erhöhen (vgl. Tab. 8).

Ausstattung

Die Qualität einer Wohnung wird durch ihre Ausstattung entscheidend beeinflusst. Primitiv ausgestattete Wohnungen verlieren ständig an Wert. Die Familien versuchen, von unzulänglichen alten Wohnungen in besser ausgestattete Neubauwohnungen überzuwechseln.

Im städtischen Wohnungsbau sind in der Regel alle nach 1945 errichteten Neubauwohnungen mit Bad und WC ausgestattet worden. Im Zeitraum bis 1959 wurden die Küchen im wesentlichen mit einem Kochherd und einem Spül- oder Ausgußbecken ausgestattet. Dabei wurden von den städtischen Wohnungen über 95 Prozent, von den ländlichen etwa 40 Prozent an eine zentrale Wasserversorgung angeschlossen.

Die höhere Leistungsfähigkeit unserer Industrie ermöglichte ab 1960 einen qualitativen Wandel sowohl in der Ausstattung der Küche als auch des Bades. Die komplette Einbauküche wurde eingeführt und im Bad bei Wohnungen mit Ofenheizung der unbequeme Kohlebadofen durch die Gas-Mehrzapftherme ersetzt.

Die Tendenz bei der Ausstattung der Wohnungen geht dahin, den Anteil der festen Einbauten am gesamten Inventar einer Wohnung zu erhöhen und damit den vorhandenen Raum besser auszunutzen. Neben den Einbauküchen, die sich bereits durchgesetzt haben, werden in den Schlafräumen im zunehmenden Umfang Schrankeinfbauten vorgesehen.

Von größter Bedeutung für die Bequemlichkeit und den Wohnkomfort ist die Art der Beheizung. Bis 1960 betrug der Anteil der Wohnungen mit Zentralheizung weniger als 10 Prozent. Die Zentralheizung war auf Wohnbauten in den Stadtzentren der Großstädte und auf wenige Schwerpunkte wie Eisenhüttenstadt und Hoyerswerda beschränkt. Mit dem qualitativen Wandel in der Ausstattung seit 1960 wurde auch der Anteil der zentralbeheizten Wohnungen ständig erhöht (siehe Tabelle 9). Die Wärmeversorgung erfolgt vorwiegend durch Heiz- oder Heizkraftwerke auf der Basis von festen Brennstoffen.

Der Anteil der Wohnungen mit Fernheizung wird in den nächsten Jahren auf 45 Prozent erhöht. Dabei ist zu beachten, daß von den Wohnungen etwa die Hälfte in Wohnkomplexen gebaut werden, die grundsätzlich zentral beheizt werden sollten. Um den Anteil der Wohnungen mit Zentralheizung weiter zu erhöhen, ist vorgesehen, die Gaseinzelheizung mit Außenwandgasöfen in größerem Umfang im Wohnungsneubau einzuführen.

Industrialisierung

Die notwendige Industrialisierung der Bauprozesse wurde im Wohnungsbau bereits im Zeitraum von 1953 bis 1956 begonnen, ohne jedoch in dieser Periode über das Experiment hinaus zu gelangen.

Im Jahre 1955 begannen bei uns die wissenschaftlichen Vorarbeiten für die Großblockbauweise mit Gewichtsklassen von 400 kp, 750 kp und 1,5 Mp. In größerem Umfang wurde die 750-kp-Großblockbauweise 1958 im Wohnungsbau eingeführt und damit ein wesentlicher Schritt zur Industrialisierung des Wohnungsbaus getan.

Nach Versuchen im Großplattenbau in den Jahren 1953 bis 1956 in Berlin und Cottbus wurde 1956 in Hoyerswerda mit dem Bau des ersten Betonwerkes für die Herstellung von Elementen für die Plattenbauweise begonnen.

Besonders seit 1958 wurden mit der Erweiterung der Betonfertigteilproduktion für die Verlagerung eines Teiles der Bauarbeiten in die Vorfertigung, als wesentlichen Schritt vom handwerklichen zum industriellen Bauen, gute Voraussetzungen geschaffen.

Ende 1963 wurden in Plattenwerken Betonelemente für etwa 15 000 Wohnungen je Jahr produziert. Auf insgesamt 20 Gleitfertigeranlagen konnten zum gleichen Zeitpunkt Betonelemente für rund 25 000 Wohnungen je Jahr hergestellt werden.

Mit der Inbetriebnahme dieser Vorfertigungsstätten und der ständigen Verbesserung ihrer Technologie und Ausrüstung ist es gelungen, den Arbeitsaufwand in der Vorfertigung von anfangs acht Stunden auf ein bis zwei Stunden je Kubikmeter Beton zu senken. Die Produktion der Blöcke entwickelte sich von der Standfertigung zur Gleitfertigung. Bei der Plattenbauweise entwickelte sich das Fertigteil zu einem mit Fenstern, Türen und fertigen Oberflächen versehenen großformatigen Element, das in mechanisierten Kipp- und Batterieformen hergestellt wird. Die Entwicklung der Montagebauweise und der Arbeitsproduktivität zeigt Tabelle 10.

Die erste Etappe der Industrialisierung des Wohnungsbaus wird mit der generellen Anwendung der Montagebauweise in diesem Jahr erfolgreich abgeschlossen. Im Jahre 1964 werden erstmalig über 90 Prozent aller Wohnungsneubauten aus großformatigen Fertigteilen (0,75 bis 5,0 Mp) montiert. In den folgenden Jahren kommt es darauf an, den bisher erreichten Nutzeffekt bei der Industrialisierung der Bauprozesse bedeutend zu erhöhen. Dazu sind die unseren Bedingungen entsprechenden optimalen Technologien (Vorfertigung und Montage) allseitig durchzusetzen.

Der Anteil der Plattenbauweise am Bauprogramm wird bis auf 60 Prozent erhöht. Die Produktion von Betonelementen für den Wohnungsbau auf Gleitfertigeranlagen wird mit Ausnahme der vollen Produktionsaufnahme einiger noch im Bau befindlichen Anlagen nicht wesentlich erweitert, teilweise sogar zugunsten anderer Baukategorien umgestellt.

Bauzeiten

Der bisher erreichte Fortschritt in der Technisierung des Wohnungsbaus hat bisher noch keine der industriellen Produktion entsprechende Kontinuität in der Fertigung erwirkt. Obwohl die Mechanisierung der Arbeitsprozesse und der Einsatz schwerer Maschinen dazu zwingen, die Arbeiten zu spezialisieren und nach technologischen Gesetzen zu ordnen, bestehen noch ernste Mängel im Bauablauf, die sich schließlich in langen Bauzeiten auswirken (siehe Tab. 11).

Die Bauzeiten im Montagebau betrugen 1963 im Durchschnitt der DDR noch 15 Monate, obwohl bereits in einigen Fällen (Plattenbauten in Rostock und Berlin) Bauzeiten von 5 bis 6 Monaten erreicht wurden.

Die Kontinuität im Wohnungsbau ist nicht gegeben, wie die Fertigstellung der Wohnungen und die Inanspruchnahme der Mittel nach Quartalen zeigt (Durchschnitt 1960 bis 1963):

	I.	II.	III.	IV.
Wohnungen	9 %	22 %	29 %	40 %
Wert	17 %	27 %	28 %	28 %

Der bisher in jedem ersten Quartal eingetretene Rückstand konnte in den nachfolgenden Quartalen nur zum geringen Teil aufgeholt werden, weil die Produktionsziele bereits hohe Bauleistungen erfordern. Der Rückgang zu Anfang des Jahres ist nicht eine Folge des Winterwetters, das beweisen uns solche Länder wie Norwegen und Schweden, die bedeutend härtere Witterungsbedingungen und trotzdem eine höhere Kontinuität im Wohnungsbau haben. In diesen Ländern verteilte sich zum Beispiel 1962 der Wohnungsbau auf die Quartale folgendermaßen:

	I.	II.	III.	IV.
Schweden	22 %	25 %	21 %	32 %
Norwegen	23 %	25 %	21 %	31 %

Die Hauptursache für die Diskontinuität und die langen Bauzeiten im Wohnungsbau besteht in der ungenügenden Leitungstätigkeit und in der nur mangelhaft beherrschten Organisation einer modernen Fließproduktion, besonders im Stadium der Vorbereitung und Bilanzierung. Die Baubetriebe sind an kurzen Bauzeiten materiell nicht interessiert.

Bauzeitunterbrechungen von 4 bis 9 Monaten sind infolge ungenügender Bilanzierung der Bauaufgaben mit den vorhandenen Baukapazitäten und -materialien keine Seltenheit.

Die Ausbauzeiten sind bis zu dreimal so lang wie die Rohbauzeiten, weil die vorhandenen Ausbaukapazitäten unzureichend sind und zum großen Teil noch mit handwerklichen Methoden gearbeitet wird. Beim Ausbau sind nicht alle Gewerke in die Technologie des Bauprozesses eingegliedert.

Die Disproportionen zwischen Roh- und Ausbau sind deshalb nicht schlechthin durch Erweiterung der Ausbaukapazitäten, sondern durch Verlagerung eines Teiles der Ausbauarbeiten in die Vorfertigung zu überwinden. Der Taktablauf ist mehr in Teilarbeiten bei gleichzeitiger Spezialisierung aufzugliedern und besser zu mechanisieren.

Tabelle 8 Anteil der Wohnungen am Bauprogramm (in %)

Zeitraum	Ein- bis Zweiraum- wohnungen	Dreiraum- wohnungen	Vier- und Mehrraum- wohnungen
1948 bis 1951	50	40	10
1952 bis 1957	35	45	20
1958 bis 1963	45	40	15

Tabelle 9 Ausstattung neugebauter Wohnungen (in %)

Ausstattung mit	1960	1961	1962	1963
Zentralheizung	8,9	18,9	20,2	29,2
Bad oder Dusche	99,1	99,1	99,5	98,3
Einbauküche	25,6	43,2	56,4	70,0
Mehrzapftherme	17,5	30,9	30,3	38,5

Tabelle 10 Anteil der Bauweisen am Neubauprogramm und ihre Arbeitsproduktivität

Bauweise	1958	1960	1961	1962	1963
Traditionell	88 %	67 %	51 %	36 %	24 %
Blockbau	12 %	30 %	45 %	52 %	58 %
Plattenbau	—	3 %	4 %	12 %	18 %
Arbeitsproduktivität (TMDN/Prod.-Arb.)	22,5	30,5	35,7	40,5	45,0
Traditionell	21,0	24,0	27,0	28,0	29,0
Blockbau	35,0	42,0	44,0	46,0	48,0
Plattenbau	—	49,0	53,0	56,0	58,0

Tabelle 11 Bauzeiten im Wohnungsneubau

Bauzeitgruppen	1958	1960	1961	1962	1963
Bis 12 Monate Bauzeit	26 %	18 %	12 %	14 %	20 %
13 bis 16 Monate Bauzeit	30 %	35 %	28 %	30 %	34 %
Über 16 Monate Bauzeit	44 %	47 %	60 %	56 %	46 %
Durchschnittliche Bauzeit in Monaten	15,8	16,4	17,6	17,4	16,4

Tabelle 12 Wohnungsbaupreise

Bezugseinheit	1950	1955	1960	1961	1962	1963
Je Wohnung (TMDN)	14,0	30,5	21,7	21,0	20,4	21,0
Je Quadratmeter Hauptfläche insgesamt (MDN)	250	479	388	380	368	377
Montagebauweisen (MDN)	—	—	368	371	359	372
Je Kubikmeter umbauter Raum (MDN)	50	85	77	76	76	81

Bereits bei der Projektierung, der Bauvorbereitung, der Maschinen- und Materialbereitstellung (einschließlich Ersatzteile) sowie bei der Kooperation der verschiedenen Gewerke, des Transportes und so weiter werden die Voraussetzungen für eine reibungslose Fließfertigung geschaffen. Bei der Planung und Beauftragung der Baubetriebe sind deshalb alle Maßnahmen festzulegen, um die gegebene Orientierung in den Bauzeiten (Plattenbau 5,5 Monate, Blockbau 6,5 Monate) zu erreichen und zu unterbieten. Den Baubetrieben ist ein finanzieller Anreiz zur Erreichung optimal kurzer Bauzeiten zu geben. Der Grad der Fließfertigung ist auf mindestens 90 Prozent, darunter der Anteil der Schnellbaufertigung auf mindestens 70 Prozent zu erhöhen.

Wohnungsbaupreise

In der Tabelle 12 sind die Veränderungen der Baupreise im Wohnungsbau von 1950 bis 1963 dargestellt (Ergebnis einer Repräsentativerhebung). Der darin ausgewiesene Preisanstieg von 1950 bis 1955 ist hauptsächlich auf Veränderungen der Wohnungsgrößen, des architektonischen Aufwandes, der angewandten Konstruktionen, der Ausstattung und der Kosten der Bauausführung zurückzuführen. Bei der Veränderung der Konstruktionen wirkte sich besonders die ab 1951/1952 anstelle der Holzdecke mit Sparbalken verwandte Massivdecke aus.

Seit 1955 wurden die Wohnungsbaupreise um rund ein Drittel gesenkt. Der Preis je Quadratmeter Gesamfläche sank dagegen durchschnittlich um etwa 20 Prozent und je Kubikmeter umbauter Raum nur um etwa 10 Prozent. Diese unterschiedliche Veränderung des Baupreises zeigt, daß die Senkung des durchschnittlichen Preises je Wohnung vornehmlich zurückzuführen ist auf die Flächenreduzierung der Wohnung (1955 = 64 m², 1960 = 56 m²), die Senkung der Geschoßhöhe (von 3,2 auf 2,75 m) und die Erhöhung des Anteiles vier- bis fünfgeschossiger Wohnbauten (1955 = 48 %, 1963 = 70 %).

Der Nutzeffekt der Montagebauweisen ist also in den Baupreisen (ähnlich wie bei den Bauzeiten) nur zum geringen Teil wirksam geworden. Durch mangelnde Organisation und Kooperation aller am Bau beteiligten Kräfte wurden die in Teilabschnitten des Bauprozesses erreichten Fortschritte wieder annulliert. Nur im Bezirk Cottbus ist es bisher gelungen, in größerem Umfange mit der Montage von Wohngebäuden auch eine Baupreissenkung zu erzielen. Dort wurde in der Plattenbauweise ein Baupreis von 18 700 MDN je Wohnung (339 MDN/m²) erreicht. Der Bezirk hat seit Jahren eine hohe Kontinuität und die durchschnittlich beste Planerfüllung im Wohnungsbau.

Bei gleichartigen und gleichgroßen Wohnungen verhalten sich die Preise für eine Wohnung in Wohngebäuden mit unterschiedlicher Geschoßanzahl wie folgt zueinander (Durchschnitt 1960/1963):

zweigeschossig = 100 %, dreigeschossig = 87 %,
viergeschossig = 82 %, fünfgeschossig = 79 %.

Der in Tabelle 12 um 1 bis 3 Prozent geringere Quadratmeterpreis bei Montagebauweisen ist im wesentlichen auf den höheren Anteil der vier- bis fünfgeschossigen Wohnbauten zurückzuführen.

Der Baupreis einer Wohnung in einem vielgeschossigen Wohngebäude ist auf Grund der notwendigen Aufzüge und konstruktiven Veränderungen um etwa 4000 MDN höher als für eine gleichwertige Wohnung in einem mehrgeschossigen Wohngebäude. Vielgeschossige Gebäude sind deshalb in der Regel nur an exponierten Standorten (Stadtzentren usw.) zu bauen, bei denen die Mehraufwendungen durch die bessere Ausnutzung des hochwertigen Baulandes (Einwohnerdichte bis zu 500 EW/ha) zum Teil wieder kompensiert werden.

Eine kleine Wohnung ist infolge des fast gleichbleibenden Umfangs der sanitärtechnischen Einrichtungen relativ teurer als eine große Wohnung. So können mit den Investitionen für 100 Einraumwohnungen etwa 65 Dreiraumwohnungen mit 195 Wohnräumen für mindestens 200 Personen gebaut werden. Die Konzentration der Kleinwohnungen auf die ohnehin schon aufwendigeren vielgeschossigen Gebäude ist unter Berücksichtigung dieser Relationen unökonomisch; es sind dabei Preise von über 20 000 MDN (700 MDN/m²) für eine Einraumwohnung entstanden im Vergleich zu 20 500 MDN (330 MDN/m²) für eine Dreiraumwohnung im mehrgeschossigen Wohnungsbau.

Der vielgeschossige Wohnungsbau sollte deshalb vorwiegend in Form des Sektionshauses als „Wohnhausscheibe“ mit Zwei- bis Vierräumwohnungen und einem Richtpreis von etwa 430 MDN/m² Hauptfläche gebaut werden. Die Ein- bis Eineinhalbraumwohnungen sind in vier- bis fünfgeschossigen Mittelgangshäusern mit veränderten sanitären Einrichtungen (Dusche statt Wanne usw.) vorzusehen.

Die Baupreise sind künftig in Übereinstimmung mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu senken. Der Nutzeffekt, die höhere Arbeitsproduktivität der industriellen Bauweisen, muß sich auch in den Baupreisen auswirken.



Fertigung, Montage und Instandsetzung von:

Stahlskelettbauten
Dach- und Turmkonstruktionen
Deckenkonstruktionen
Industrie- und Ausstellungshallen
Sonderkonstruktionen des Hochbaus
Kranbahnkonstruktionen

Entwurf / Statik

ERICH GISA KG, Stahlbau, Berlin C2, Brückenstr. 14

Fernruf: 272629/272705



Wer liefert was?

Zeile, 63 mm breit, monatlich 1,80 MDN beim Mindestabschluß für ein halbes Jahr

Ausbau

Friedrichroda, Elastonwerk, Saller & Co. KG, Bahnhofstr. 36 b, Ruf 2 69, LAKO-Scheuerleisten, PVC-Hartprofil mit Gips- und Glasfasereinlage

Bodenbelag

Hohenfichte, Kr. Flöha (Sa.), „Parkettfabrik Metz-dorf“, Herbert Schwarz KG, Tel. Augustusburg 2 19

Dachanstriche



Hermsdorf (Thüringen)
W. Hegemann & Söhne KG
Hematect-Werk
Ruf 5 05/5 06

Dachklebemassen



Hermsdorf (Thüringen)
W. Hegemann & Söhne KG
Hematect-Werk
Ruf 5 05/5 06

Dampfkesselanlagen



Borsdorf, Bezirk Leipzig
Fraenkel, Bergemann & Co.
Fernruf 3 48
Projektion und Ausführung
von Hoch- und Niederdruck-
Dampferzeugungsanlagen

Dichtungsmaterial

Gotha, VEB (K) Weiß- u. Teerstrickfabrik, Ruf 34 11,
Weiß- u. Teerstricke f. Fernwasserl. u. Abwasser

Fensterbeschläge



Scherbach (Thür.), VEB (K)
Metallwaren, Ruf Tabarz
4 44 - 4 46, Spezialbetrieb
für Scharniere aller Art,
Kippdrehbeschläge für Fen-
ster, Verbundfensterbeschlä-
ge, Möbelinnenbeschläge

Fugenvergußmassen



Hermsdorf (Thüringen)
W. Hegemann & Söhne KG
Hematect-Werk
Ruf 5 05/5 06

Fußbodenpflege



Lutherstadt Wittenberg, VEB
Wittol, Wittol braucht man
zur Fußbodenpflege, Wittol-
Bohrerwachs, Wittol-Edel-
wachs, Wittol-Emulwachs,
Wittol-Selbstglanz

Gummifördergurte



Bad Blankenburg (Thüringer Wald),
VEB Transportgummi, Ruf 6 41-6 45
Telegramme: Transportgummi
Bad Blankenburg (Thüringer Wald)
Telex: 058 724

Harmonikaturen

Karl-Marx-Stadt, Max Schultz, Dresdner Str. 66-70

Kesseleinmauerung

Gera, Louis Fraas & Co. KG, mit staatlicher Betei-
ligung, Schornstein-, Feuerungs- und Industrie-
bauten, Laasener Straße 6, Telefon 66 00

Kippdrehbeschläge für Fenster



Scherbach (Thür.), VEB (K)
Metallwaren, Ruf Tabarz
4 44 - 4 46, Spezialbetrieb
für Scharniere aller Art,
Kippdrehbeschläge für Fen-
ster, Verbundfensterbeschlä-
ge, Möbelinnenbeschläge

Kunsthandwerk

Oelsnitz i. Vogtl., Melanchthonstraße 30
Kurt Todt, echte Handschmiedekunst, Tür-
beschläge, Laternen, Gitter

Mauerisolieranstriche



Hermsdorf (Thüringen)
W. Hegemann & Söhne KG
Hematect-Werk
Ruf 5 05/5 06

Mech. Wandtafeln



Friedrichroda (Thür.)
Ewald Friedrichs,
Mech. Wandtafeln
Tel.: 3 81 und 3 82

Möbelbeschläge



Scherbach (Thür.), VEB (K)
Metallwaren, Ruf Tabarz
4 44 - 4 46, Spezialbetrieb
für Scharniere aller Art,
Kippdrehbeschläge für Fen-
ster, Verbundfensterbeschlä-
ge, Möbelinnenbeschläge

Modellbau

Plauen (Vogtl.), Wolfgang Barig,
Architektur- und Landschafts-Modellbau
Technische Lehrmodelle und Zubehör,
Friedensstraße 50, Fernruf 39 27

Profilglas



Pirna-Copitz
VEB Guß- und Farbglas-
Werke, Telefon 6 57
„Copilit“-Profilglas für
Bedachung, Trennwände
und Industrieverglasungen

Rohrverlegewinden

Georgenthal (Thür.), Herbert Bittner, Maschinen-
fabrik, Ruf 2 86, Rohrverlegewinden 750 kp

Scharniere



Scherbach (Thür.), VEB (K)
Metallwaren, Ruf Tabarz 4 44
bis 4 46, Spezialbetrieb für
Scharniere aller Art, Kipp-
drehbeschläge für Fenster,
Verbundfensterbeschläge,
Möbelinnenbeschläge

Schornsteinbau

Gera, Louis Fraas & Co. KG, mit staatlicher Betei-
ligung, Schornstein-, Feuerungs- und Industrie-
bauten, Laasener Straße 6, Telefon 66 00

Sonnenschutzrollos



Friedrichroda (Thür.)
Ewald Friedrichs,
Sonnenschutzrollos
Tel.: 3 81 und 3 82

Technische Gummischläuche



Bad Blankenburg (Thüringer Wald)
VEB Transportgummi, Ruf 6 41-6 45
Telegramme: Transportgummi
Bad Blankenburg (Thüringer Wald)
Telex: 058 724

Teppiche



Münchenbernsdorf (Thür.)
VEB Thüring. Teppichfabriken
Wir fertigen:
Tournay-,
Bouclé-Teppiche,
Brücken,
Läufer und
Bettumrandungen
Schlingenpolware „Ranowa“

Verdunkelungsanlagen



Friedrichroda (Thür.)
Ewald Friedrichs,
Verdunkelungsanlagen
Tel.: 3 81 und 3 82



Ewald Friederichs

Friedrichroda / Thür.

Tel.: 381 und 382

Verdunkelungsanlagen Sonnenschutz - Rollos Mechanische Wandtafeln

Vertretung in Berlin: **Hans Seifert**, Berlin NO 55,
Greifswalder Straße 44 Ruf: 533578

Produktionsgenossenschaft für

Heizungs- und Lüftungstechnik

**„Fortschritt“
Schmalkalden/Thür.**

Siechenrasen 15 • Ruf: 2887

Schiebefenster, Hebetüren

sowie alle Fenster-
konstruktionen aus Holz

PGH Spezial-Fenster- und Türenbau

Gaschwitz bei Leipzig
Gustav-Meisel-Straße 6
Ruf: Leipzig 39 65 96

Hochspannungs-Leuchtröhren

für Beleuchtung und Reklame

PGH Neonlicht, Ilmenau (Thüringen)

Oehrenstocker Straße 9
Eingang Karl-Liebknecht-Straße
Schließfach 260 – Telefon 26 61

Spezial-Fußböden Marke „KÖHLIT“



als schwimmende Estriche in verschiedenen Aus-
führungen mit besten schall- und wärmedämmen-
den Eigenschaften sowie Industriefußböden, Lino-
leumestriche und Kunststoffbeläge verlegt

STEINHOLZ - KOHLER KG (mit staatl. Beteiligung)
Berlin-Niederschönhausen, Blankenburger Str. 85–89
Telefon 48 55 87 und 48 38 23

Max Kesselring

Erfurt Wenige Markt 20
Fernruf 34 08

Lichtpausen – Fotokopien
Technische Reproduktionen

Brücol -Holzkitt (flüssiges Holz)

Zu beziehen durch die Nie-
derlassungen der Deutschen
Handelszentrale Grundchemie
und den Tischlerbedarfs-
Fachhandel.

Bezugsquellenachweis durch:
**Brücol-Werk Möbius
Brückner, Lampe & Co.
Marktleeburg-Großstädteln**

PHONEX und RAUMA

für akustik und lärm bekämpfung ein-
schließlich entwicklung, projektierung,
produktion und montage durch



horst f. r. meyer kg

berlin-weißensee • max-steinke-straße 5/6
tel. 5631 88 • tel. 6466 31

Die Zeitschrift

Deutsche Architektur

erscheint monatlich

Inlandheftpreis 5,— MDN

An unsere Leser

Im Einvernehmen mit den Herausgebern hat der VEB Verlag für Bauwesen Herrn Dr. Gerhard Krenz, Architekt BDA, als neuen Chefredakteur der Zeitschrift „Deutsche Architektur“ berufen. Herr Dr. Krenz war seit 1953 als Architekt und in verantwortlichen Stellen tätig und hat vor kurzem auf dem Gebiet der Siedlungsplanung promoviert.

Unter seiner Leitung wird die Redaktion ihre Hauptaufgabe darin sehen, eine noch engere Verbindung zu den Architekten in den Entwurfsbüros zu schaffen, kritisch die Architekturentwicklung unserer Zeit einzuschätzen und insbesondere auch die zahlreichen Leser im Ausland mit dem Bauwesen unserer Republik vertraut zu machen.

Herrn Dipl.-Ing. Bruno Flierl, dem eine neue verantwortliche Aufgabe übertragen wurde, möchten wir für seine mehrjährige erfolgreiche Tätigkeit in der Redaktion unseren Dank aussprechen. Seiner Tätigkeit und Initiative ist es zu danken, daß das Niveau der Zeitschrift in den letzten Jahren wesentlich gehoben werden konnte.

G. Waterstradt, Verlagsleiter

Aus dem vorigen Heft:

Ausbildung und Förderung der Architekten
Wohngebiete
Tierpark Berlin
Das Volkshaus als Stadtkrone

Im nächsten Heft:

Projektierung und wissenschaftlich-technischer
Höchststand
Gesellschaftliche Bauten in den Wohngebieten
Internationales Kolloquium der Ostseeländer
Einige Probleme der Entwicklung des Siedlungs-
netzes in Ungarn

Redaktionsschluß:

Kunstdruckteil 27. 7. 1964
Illusdruckteil 1. 8. 1964

Titelbild:

Teilansicht des WK II in Schwedt (Oder) und der
Reformierungsanlage im Erdölverarbeitungswerk
Schwedt (Oder)
Fotos: Herbert W. Brumm, Wolzig

Fotonachweis:

VEB Industrieprojektierung Leipzig (10); Herbert W. Brumm, Wolzig (8); VEB Industrieprojektierung Dresden (8); VEB Dresdenprojekt (5); Grundig, Dresden (3); Peter Garbe, Berlin (1); K. Hoffmeister, Berlin (3); Günter Ewald, VEB Industrieprojektierung Stralsund (3); VEB Industrieprojektierung Jena (3); Zentralbild, Berlin (4); Entwurfsbüro für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung Gera (4); Fotowerkstätten Spoerl, Gera (4); VEB Hochbauprojektierung Schwerin (4); VEB Hochbauprojektierung Halle (4); Stadtbauamt Dessau (5); Foto-Brüggemann, Leipzig (8); Friedrich Weimer, Dresden (2); PGH Fotostudio, Leipzig (1); Walter Gladitz, Berlin (4); VEB Industrieprojektierung Dessau (2); Ursula Tabbert, Berlin (1); Deutsche Bauakademie, Sektion Städtebau und Architektur, Entwurfsgruppe für Gebietsplanung und Städtebau (15); Dieter Rosski, Berlin-Köpenick (2); Photohaus Bark, Bad Frankenhausen (2); Ernst Höhne, Schwerin (3).

Redaktion

Zeitschrift „Deutsche Architektur“, Berlin W 8,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 02 31
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrats
der Deutschen Demokratischen Republik
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 1013/64

Verlag

VEB Verlag für Bauwesen, Berlin W 8,
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 02 31
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nummer: 011 441 Techkammer Berlin
(Bauwesenverlag)

Satz und Druck

Märkische Volksstimme, Potsdam,
Friedrich-Engels-Straße 24 (1/16 01)



BETONTASCHENBUCH

Feige

m 31409

1/64

Tränkler

Dunckerstr. 54

Der wichtigste Baustoff für moderne Industrie- und Hochbauten ist der Beton

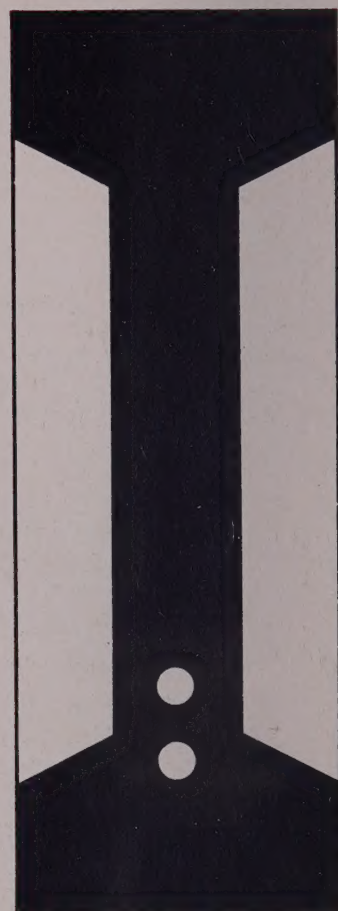
Betontaschenbuch-Reihe
des VEB Verlag für Bauwesen,
Berlin

Band I: Betontechnologie

Band II: Berechnung und Bemessung

Band III: Fertigungstechnik

Betontaschenbuch Band II
Berechnung und Bemessung
2. Auflage, erscheint im Herbst 1964,
mit der Neufassung der
TGL 11422 (Traglastverfahren),
verbindlich ab Januar 1965!
Ausführliche Darstellung des
Zustandes II
nach TGL 0-4227 (Neufassung)
(Die 1. Auflage war bereits bei
Erscheinen beim Verlag vergriffen!)
640 Seiten
333 Abbildungen
110 Tafeln
Format L8 NS (110 mm x 180 mm)
Handliches Taschenbuchformat
Kunstleder 18,80 MDN



Herausgeber

Professor Dr.-Ing. Paul Mlosch
Lehrstuhl für Hochbaustatik
und Baukonstruktionen
Technische Universität Dresden

Mit Beiträgen von:

Professor Dr.-Ing. P. Mlosch
Dr.-Ing. G. Rickenstorf
Dipl.-Ing. D. Fenster
Dipl.-Ing. H. Tremel

Inhalt

Technisch-physikalische Werte
Statik
Festigkeitslehre
Berechnung von Stahlbeton-
und Spannbetonkonstruktionen
Ausgewählte Kapitel aus der Theorie
des Stahlbetons und des
Spannbetons
Grundformen des Stahlbetonbaus
Vorschriften (Standards u. a.)
Umfangreiche Literaturverzeichnisse

VEB VERLAG FÜR BAUWESEN BERLIN